

Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen 2022

1. Januar 22

Oschatz – Sachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung werden geflüchtete Personen aus Afghanistan und Syrien tödlich angegriffen.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS Sachsen 7/8950;
LT DS Sachsen 7/10441;
BT DS 20/3007*

1. Januar 22

Lutherstadt Eisleben im Landkreis Mansfeld-Südharz – Bundesland Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird ein 56 Jahre alter Geflüchteter aus der Türkei gegen 15.30 Uhr von zwei Männern angegriffen und verletzt.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS SaAnh 8/1213;
BT DS 20/2008*

2. Januar 22

Kyritz im Bundesland Brandenburg. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung greift eine 43-jährige deutsche Frau zwei geflüchtete Frauen (20 und 22 Jahre alt) aus der Russischen Föderation im Bürgerpark in der Perleberger Straße körperlich an und beleidigt sie anschließend rassistisch.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Brbg 7/5294;
BT DS 20/2008*

2. Januar 22

München – Bayern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung greift ein Mann drei geflüchtete Personen aus rassistischen Motiven an.

Das Verfahren wegen des Verdachts auf Körperverletzung wird später eingestellt.

*LT DS Bayern 18/27987;
BT DS 20/2008*

7. Januar 22

Landeshauptstadt Schwerin – Ortsteil Stern Buchholz in Mecklenburg-Vorpommern. Die Polizei wird gegen 1.10 Uhr in die Erstaufnahme-Einrichtung gerufen, weil sich eine dort wohnende Person eine unbekannte Substanz injiziert hat. Die Person wird von den Notfall-Team im Rettungswagen behandelt.

LT DS MeckPom 8/2078

7. Januar 22

Angermünde im brandenburgischen Landkreis Uckermark. Am Bahnhofsvorplatz wird ein 31 Jahre alter Geflüchteter aus Eritrea von circa 15 Personen rassistisch angepöbelt und beleidigt. Die Gruppe verfolgt ihn bis zu seiner Haustür, wo ihm von einem Mann aus der Gruppe mit der Faust ins Gesicht geschlagen wird. Durch Flucht ins Haus kann er sich weiteren

Torturen entziehen. Er berichtet der Polizei, dass es seit längerem rassistische Anfeindungen am Bahnhof gebe.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung ein.

*OPP;
LT DS Brbg 7/5630;
BT DS 20/2008*

8. Januar 22

Augsburg – Bayern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung schlägt ein Mann eine geflüchtete Person aus rassistischen Motiven.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung. Es erfolgt eine rechtskräftige Verurteilung des Täters zu 90 Tagessätzen à 15 Euro.

*LT DS Bayern 18/27987;
BT DS 20/2008*

10. Januar 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (öRU) Am Öjensdorfer See gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10799

11. Januar 22

Oschatz – Sachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf eine geflüchtete Person aus Afghanistan.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Sachsen 7/9531;
BT DS 20/2008*

12. Januar 22

Gemeinde Burgkirchen an der Alz im Landkreis Altötting. Im Ortsteil Holzen endet die Verfolgungsjagd eines Kombis durch die Bundespolizei. Der syrische Fahrer versucht zu fliehen, wird dann eingeholt und festgenommen.

Von den sieben Insass:innen im Alter von 15 bis 62 Jahren werden sechs Personen verletzt, eine schwer und ein 16-Jähriger bleibt unversehrt. Sie kommen aus verschiedenen Ländern und haben die österreichisch-deutsche Grenze unerlaubt passiert.

Gegen 23.00 Uhr im Bereich Nonnreit (Bundesstraße 20) war einer Streifenwagen-Besatzung der Bundespolizei der Kombi durch unsichere Fahrweise aufgefallen. Die Beamt:innen verfolgten den Wagen, der zunächst in die Kreisstraße TS 10 in Richtung Asten fuhr. Nachdem der Fahrer ein Stoppschild an der Kreuzung zur Staatsstraße 2357 missachtet hatte, schalteten die Polizist:innen Blaulicht ein.

Der Kombi beschleunigte bis zu 140 km/h und überholte in dem Tempo zwei PKWs. Einer musste, um einen Zusammenstoß zu verhindern, auf den Seitenstreifen der Straße ausweichen. Im Ortsteil Holzen in der Wendelsteinstraße durchfuhr der Fluchtwagen eine Tempo-30-Zone mit 100 km/h. Dann verlor der Fahrer die Kontrolle, geriet in den rechten Seiten

streifen, rammte einen gegenüber parkenden VW Crafter und kam an einem Baum zum Stehen.

Durch Entscheidung des Amtsgerichts Mühldorf wird der Fahrer, der auch zunächst ins Krankenhaus kam, nach seiner Entlassung in Untersuchungshaft genommen.

*Welt 13.1.22;
PNP 14.1.22*

13. Januar 22

München – Bayern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/3007

15. Januar 22

Görlitz – Sachsen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS Sachsen 7/10441;
BT DS 20/3007*

15. Januar 22

Halle im Bundesland Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird in Giebichenstein ein 34 Jahre alter Geflüchteter aus Burkina Faso gegen 23.00 Uhr von zwei jungen Männern angegriffen und verletzt.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung ein.

*LT DS SaAnh 8/865;
BT DS 20/2008*

17. Januar 22

Abschiebehafteinrichtung im bayerischen Erding. Eine einsitzende Person aus Marokko versucht sich zu strangulieren.

BT DS 20/6318

17. Januar 22

Rosenheim – Bayern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 20/2008

18. Januar 22

Köln – Nordrhein-Westfalen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS 18/520;
BT DS 20/2008*

18. Januar 22

Regensburg – Bayern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung greift ein Mann eine geflüchtete Person aus rassistischen Motiven an.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS Bayern 18/27987;
BT DS 20/2008*

20. Januar 22

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt ein 31 Jahre alter Bewohner aus dem Irak einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/10440

20. Januar 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Am Radeland gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10799

20. Januar 22

Landkreis Celle im Bundesland Niedersachsen. Gegen 1.10 Uhr dringt die Polizei in Begleitung eines Mitarbeiters des Landkreises Celle in die Wohnung der schlafenden Familie M. ein. Obwohl der Ausländerbehörde bekannt ist, dass Frau M. im siebenten Monat risiko-schwanger und Herr M. psychisch krank ist und mehrere Suizidversuche hinter sich hat, haben sie die Absicht, die Familie nach Georgien abzuschicken.

Da sich Frau M. sehr aufregt und zu kollabieren droht, verzichtet die Behörde vorerst auf ihre Abschiebung und versucht sie zu einer "freiwilligen" Ausreise zu bewegen. Ihr Mann allerdings und die vier gemeinsamen Kinder im Alter von drei bis 10 Jahren werden gegen ihren Willen nach Berlin gekarrt, dort in einen Sammelcharter gesetzt und nach Georgien ausgeflogen. Damit ist die Familie getrennt.

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen skandalisiert die scheinheilige Argumentation der Ausländerbehörde, die den Anschein erwecken will, dass vor lauter Rücksicht auf die gesundheitliche Situation von Frau M. deren Abschiebung abgebrochen wurde. Da Herr M. aufgrund seiner desolaten psychischen Situation gar nicht in der Lage ist, die Kinder zu versorgen, ist es offensichtlich, dass die Behörde Frau M. – trotz Risikoschwangerschaft – psychisch zwingen will, in die "freiwillige" Ausreise einzuwilligen.

Die Rechtsanwält:innen der Familie erfahren erst morgens um 9.00 Uhr von der Abholung des Mannes und der Kinder. Das angerufene Innenministerium sieht keine Veranlassung einzugreifen, das Verwaltungsgericht ist nicht in der Lage, eine Entscheidung vor dem Abheben des Sammelcharters um 12.00 Uhr zu treffen, sodass Frau M. alleine zurückbleibt.

FRat NieSa 21.1.22

22. Januar 22

Bergen im mecklenburg-vorpommerschen Landkreis Vorpommern-Rügen. Die Polizei wird gegen 3.30 Uhr in die Gemeinschaftsunterkunft gerufen, weil eine dort wohnende Person ihren Suizid ankündigte.

LT DS MeckPom 8/2078

23. Januar 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Alma-Ohlmann-Weg (Nr. 1a-f) gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10550

24. Januar 22

Gadebusch im Landkreis Nordwestmecklenburg in Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird eine geflüchtete Person von einer anderen Person angegriffen und bespuckt.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS MeckPom 8/2077;
BT DS 20/3007*

24. Januar 22

Bad Dübén im sächsischen Landkreis Nordsachsen. Gegen 15.00 Uhr klingelt es an der Wohnung der Familie G. und als die Bundespolizeibeamten dabei sind, die Tür aufzubrechen, öffnen sie diese von innen. 15 Polizeibeamten dringen in die Wohnung – die Familie gerät in Panik. Herr G. wehrt sich gegen die Festnahme, bis Tränengas gegen ihn eingesetzt und ihm zweimal ins Gesicht geschlagen wird. In seiner Verzweiflung verletzt Herr G. sich selbst und die gerufenen Sanitäter:innen machen Routinekontrollen – Wundversorgung findet nicht statt. Er wird von seiner Familie getrennt und kommt in Abschiebungshaft.

Seine Frau und die Kinder werden mit einem Linienflug von München nach Tiflis (Georgien) abgeschoben.

Anfang Februar befindet sich Herr G. immer noch in Dresdner Abschiebehaft. Seine Wunden im Gesicht sind noch deutlich erkennbar und er berichtet Besucher:innen von der Abschiebehaftkontakt-Gruppe sehr detailliert von der Brutalität und Würdelosigkeit während der Abschiebung.

Er war mit seiner Familie vor Verfolgung aus Georgien geflüchtet. Dass sie jetzt ohne ihn dort ist, beunruhigt ihn und er möchte baldmöglichst hinterher fahren.

FRat Sachsen 3.2.22

27. Januar 22

Hannover – Niedersachsen. Politisch motiviert wird eine geflüchtete Person mit der Faust geschlagen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*BT DS 20/2008;
Innenministerium NieSa 6.6.23*

28. Januar 22

Gransee im brandenburgischen Landkreis Oberhavel. Am Güterbahnhof wird ein 21 Jahre alter Geflüchteter aus Afghanistan von vier Angreifern im Alter von 16, 17, 18 und 19 Jahren – rassistisch motiviert – mit Pfefferspray attackiert.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung ein.

*OPP (Polizei);
LT DS Brbg 7/5294;
BT DS 20/2008*

28. Januar 22

Hansestadt Hamburg. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 20/7214

29. Januar 22

Marktoberdorf – Bayern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung schlägt ein unbekannter Täter zwei geflüchtete Person aus rassistischen Motiven.

Das Verfahren wegen des Verdachts auf Körperverletzung wird später eingestellt.

*LT DS Bayern 18/27987;
BT DS 20/2008*

29. Januar 22

Kaufbeuren – Bayern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung greift ein Mann eine geflüchtete Person aus rassistischen Motiven an,

Das Verfahren wegen des Verdachts auf Körperverletzung wird später eingestellt.

*LT DS Bayern 18/27987;
BT DS 20/2008*

30. Januar 22

Chemnitz im Bundesland Sachsen. Ein 48 Jahre alter Geflüchteter aus Tunesien nimmt sich das Leben.

LT DS Sachsen 7/10440

Ende Januar 22

Gummersbach im Bundesland NRW. Die vier Jahre alte Aashaa wird zusammen mit ihrer Mutter nach Sri Lanka abgeschoben und dadurch von ihrem sorge- und umgangsberechtigten Vater Solomon Omomeje Ayodele getrennt.

Die Eltern lebten in getrennten Haushalten und hatten seit Juli 2019 das Sorgerecht gemeinsam inne. Das Kind lebte im Haushalt seiner Mutter. Das örtliche Jugendamt hatte Anfang September 2021 ein Verfahren nach § 8a SGB VIII (Kindeswohlgefährdung) beim Amtsgericht Gummersbach eingeleitet. Die Situation des Kindes bewertete das Jugendamt als "chronische Kindeswohlgefährdung". Der nigerianische Vater hat sich schon seit längerem für die Übertragung des alleinigen Aufenthaltsbestimmungsrechts auf sich selbst eingesetzt.

Insgesamt liefen zum Zeitpunkt der Abschiebung drei familiengerichtliche Verfahren beim Amtsgericht Gummersbach, die nun abgebrochen wurden. Neben dem Kindeswohlverfahren und dem Verfahren über das Aufenthaltsbestimmungsrecht lief noch ein Verfahren über das Umgangsrecht für das Kind. Die Kindsmutter hatte wiederholt die mit dem Kindsvater vereinbarten Umgangskontakte mit dem Kind nicht wahrgenommen. Da sich die Mutter aus Sicht des Jugendamtes in einem geistig verwirrten Zustand befand, empfahl es zudem dringend die Aufnahme einer psychiatrischen Behandlung. Die Ausländerbehörde hatte von all diesen Verfahren Kenntnis.

Durch die Abschiebung sind dem Kindsvater nun faktisch sämtliche elterlichen Sorgerechte entzogen worden. Durch seinen Duldungsstatus ist es ihm selbst nicht möglich, seine Tochter in Sri Lanka zu besuchen. Vieles deutet daraufhin, dass das Mädchen durch seine Mutter nicht hinreichend versorgt werden kann. So berichtet der Kindsvater, dass Mutter und Tochter seit der Abschiebung nach Sri Lanka obdachlos sind und hungern müssen. Die Sorge, die Mutter könne sich aufgrund einer psychischen Erkrankung nicht adäquat um das Mädchen kümmern, bleibt. Ayodele äußert sich dem Kölner Stadtanzeiger gegenüber: "Sie erpresst mich damit, Aashaa zu schlagen, wenn ich kein Geld überweise. Vor laufender Handkamera schlägt sie meine kleine Tochter."

*Abschiebungsreporting NRW 6.4.22;
KStA 24.5.22; KStA 9.7.22;
Pro Asyl 13.12.22*

Januar 22

Gießen im Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt in der Erstaufnahmeeinrichtung ein 46 Jahre alter Geflüchteter aus Aserbaidschan einen Suizidversuch.

LT DS Hessen 20/10627

Januar 22

Neustadt im hessischen Landkreis Marburg-Biedenkopf. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt in der Erstaufnahmeeinrichtung ein 26 Jahre alter Geflüchteter aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.
LT DS Hessen 20/10627

Januar 22

Neustadt im hessischen Landkreis Marburg-Biedenkopf. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt in der Erstaufnahmeeinrichtung eine 17 Jahre alte Geflüchtete aus Afghanistan einen Suizidversuch.
LT DS Hessen 20/10627

Januar 22

Landkreis Esslingen in Baden-Württemberg. In einer Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 32 Jahre alter Mann aus Algerien einen Suizidversuch.
LT DS BaWü 17/4875

Januar 22

Sigmaringen in Baden-Württemberg. In der Landeserstaufnahme-Einrichtung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 21 Jahre alter Mann aus Syrien einen Suizidversuch.
LT DS BaWü 17/4875

Januar 22

Landkreis Ludwigsburg in Baden-Württemberg. In einer Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 27 Jahre alter Mann aus der Türkei einen Suizidversuch.
LT DS BaWü 17/4875

Januar 22

Landkreis Zollernalb in Baden-Württemberg. In einer Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt eine 16 Jahre alte Jugendliche aus Pakistan einen Suizidversuch.
LT DS BaWü 17/4875

Januar 22

Baden-Württemberg. In einer Erstaufnahme-Einrichtung in Freiburg unternimmt ein 19 Jahre alter Mann aus einem der Maghreb-Staaten einen Suizidversuch.
LT DS BaWü 17/4875

Januar 22

Ingolstadt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus dem Iran einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.
LT DS Bayern 18/27961

Januar 22

Geltendorf im bayerischen Landkreis Landsberg am Lech. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Syrien einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.
LT DS Bayern 18/27961

Januar 22

Steingaden im bayerischen Landkreis Weilheim-Schongau. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus dem Jemen einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.
LT DS Bayern 18/27961

Januar 22

Deggendorf im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Syrien einen Suizidversuch durch Erhängen.
LT DS Bayern 18/27961

Januar 22

Bamberg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus der Republik Moldau einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.
LT DS Bayern 18/27961

Januar 22

Erlangen im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus dem Iran einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.
LT DS Bayern 18/27961

Januar 22

Landkreis Schweinfurt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Niederwerrn unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.
LT DS Bayern 18/27961

1. Februar 22

Trier – Rheinland-Pfalz. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.
BT DS 20/2008

2. Februar 22

Bad Bibra im Burgenlandkreis – Bundesland Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird ein 13 Jahre alter Geflüchteter aus Syrien auf dem Schulhof der Sekundarschule gegen 9.00 Uhr von einem Jugendlichen angegriffen.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.
LT DS SaAnh 8/1430; BT DS 20/3007

2. Februar 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Berzeliusstraße gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.
Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10799

3. Februar 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Friesenstraße gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.
Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10799

3. Februar 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Unterbringung minderjähriger Ausländer:innen (UmA) Feuerbergsstraße gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.
Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10550

3. Februar 22

Köln – Nordrhein-Westfalen. Die 34-jährige Irakerin Hivali Al Marzo wird nach Rumänien abgeschoben und damit von ihrem

Mann Khavry Abdilly, einem britischen Staatsangehörigen mit Daueraufenthaltserteilung in Deutschland, getrennt.

Die Ehe war nach irakischem Recht geschlossen und die Heiratsurkunde auch in Deutschland anerkannt worden. Frau Al Marzo hatte im April 2021 einen Asylantrag gestellt und wohnte zuletzt mit ihrem Ehemann und seinen drei Kindern im Alter von 7 bis 13 Jahren in einer Kölner Wohnung. Die Kurdin jesidischen Glaubens ist zum Zeitpunkt der Abschiebung schwanger.

Die Abschiebung wurde am 11. Januar 22 begonnen. Khavry Abdilly stellte sich schützend vor seine Ehefrau, woraufhin ihm mehrfach Gewalt angedroht wurde. Schließlich wurde er gefesselt in einen Nebenraum gebracht. Hivali Al Marzo leistete ebenfalls verbal Widerstand und befolgte die Anweisungen der Dienstkräfte nicht. Auch ihr wurden Handfesseln angelegt. Gegen ihren Willen wurden ihr mithilfe von Gewalt Jacke und Schuhe angezogen und ein Coronatest durchgeführt, für den zusätzlich ihr Kopf fixiert wurde.

Die drei Kinder des Ehepaars erlebten die Szene mit und befanden sich im Anschluss in einem psychisch desolaten Zustand. Die Abschiebung verzögerte sich im Anschluss, da die Begleitung des Fluges durch Polizeibeamt:innen nicht möglich war. Das Amtsgericht Köln verhäng daraufhin Abschiebungshaft aufgrund von Fluchtgefahr. Frau A. wurde ins Abschiebegefängnis Ingelheim gebracht. Dort unternahm sie einen Selbsttötungsversuch, der vom Wachpersonal verhindert wurde.

Nach ihrer erfolgten Abschiebung wird Frau A. im Haftzentrum Otopeni in Rumänien inhaftiert. Trotz des Einschaltens von UNHCR, dem Jesuiten Flüchtlingsdienst und anderen in Rumänien tätigen Organisationen durch den Kölner Flüchtlingsrat verliert sich dort ihre Spur.

*FRat Köln 12.1.22;
KStA 17.1.22;*

*Abschiebungsreporting NRW 1.2.22;
KStA 2.2.22; FRat Köln 28.2.22*

6. Februar 22

Halle – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/2008

8. Februar 22

Mühlhausen – Unstrut-Hainich-Kreis – Thüringen. In den Umkleieräumen der Mühlheimer Therme befindet sich am Morgen eine dritte Schulklasse mit Kindern, die sich nach dem Schwimmunterricht umziehen wollen. Da greift ein 71 Jahre alter Mann einen achtjährigen Geflüchteten aus dem Irak an – er beleidigt den Jungen rassistisch, stößt und tritt ihn.

Andere Kinder informieren daraufhin das Lehrpersonal, das die Polizei ruft. Ermittlungen wegen Körperverletzung werden eingeleitet.

*Polizei Nordhausen 8.2.22;
weltonline 8.2.22;
LT DS Thüringen 7/5963;
BT DS 20/3007*

11. Februar 22

Bad Berleburg im nordrhein-westfälischen Landkreis Siegen-Wittgenstein. Die 29 Jahre alte Sevine Muradi wird während eines regulären Termins gegen 11.00 Uhr in der Kreisaußenbehörde Siegen verhaftet und in Abschiebehaft genommen. Es wird ihr nicht gestattet, sich von ihrem Mann Elvin und ihren Kindern im Alter von zwei, fünf und sieben Jahren zu verabschieden. Sie soll nach Aserbaidschan abgeschoben werden.

Seit drei Jahren lebt die Familie Muradi in dem kleinen Dorf Aue-Wingeshausen. Die Eheleute sind "im Ort anerkannt und integriert", so der Dorfverein. Sie wollen beide berufliche Ausbildungen machen – er zum Krankenpfleger und sie zur Frisörin – was aber nur möglich ist, wenn sie eine Ausbildungsduldung erhalten würden. Genau dieses Anliegen hatte Sevine Muradi heute vorgetragen – bevor der Amtsleiter mit zwei Ordnungskräften vor ihr stand.

Massiver Druck von Unterstützenden, der Öffentlichkeit und der Fürsprache hochrangiger Politiker:innen wie z.B. NRW-Vizepräsident Stamp sorgen dafür, dass Frau Muradi zu ihrer Familie zurückkehren kann.

Durch eine Anhörung im Petitionsausschuss des Landtags kann bewirkt werden, dass die Abschiebung ausgesetzt wird – ein zeitlicher Gewinn, um einen Härtefall-Antrag zu stellen.

Weitere Duldungen werden bewilligt, sodass die Eheleute ihre Berufsausbildungen beginnen können.

Herr Muradi hatte in Aserbaidschan heftige Probleme bekommen, als er bei Korruptionen in einem Unternehmen nicht mitmachen wollte. Er musste mit seiner Familie das Land verlassen.

*OpenPetition 14.1.22;
WP 11.2.22; wdr 14.2.22;
FRat NRW 14.2.22;
WP 8.3.22; ikz 3.6.22;
LT DS NRW 18/2102*

12. Februar 22

Luckenwalde – Brandenburg. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS Brbg 7/6159;
BT DS 20/3007*

12. Februar 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Erstaufnahme-Einrichtung (EA) Schmiedekoppel gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10550

14. Februar 22

Chemnitz im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt ein 20 Jahre alte Bewohner aus Marokko einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/10440

14. Februar 22

Mayen – Rheinland-Pfalz. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/2008

15. Februar 22

Bundesland Hessen. Nach 35 Tagen Hungerstreik wird die 37 Jahre alte Goar T. aus der Abschiebehaft in Darmstadt-Eberstadt entlassen. Die Yesidin aus der Russischen Föderation war am 11. Januar festgenommen worden und hatte augenblicklich mit dem Hungerstreik begonnen. Nachdem sich ihr Gesundheitszustand deutlich verschlechtert hatte, war sie zum zweiten Mal in ein Krankenhaus gekommen und wurde dann – auch aufgrund einer Haftbeschwerde – entlassen.

Goar T. war mit ihrer Mutter im Jahre 2016 nach Deutschland gekommen, um vor ihrem gewalttätigen Ex-Ehemann in Sicherheit zu sein. Dieser hatte sie entführt und fünf Tage lang in seiner Wohnung gefangen gehalten. Zwar hatte die russische Polizei sie befreit, jedoch die Tat anschließend nicht weiter strafrechtlich verfolgt. So konnte der Gewalttäter maskierte Männer schicken, die ihre 64-jährige Mutter überfielen und schwer verletzten.

Mutter und Tochter gelang die Flucht nach Deutschland und sie stellten in Gießen Anträge auf Asyl und kamen im mittelhessischen Gladenbach unter. Als die Mutter einen Schlaganfall erlitt, durch den sie zu 70 Prozent pflegebedürftig wurde (Pflegestufe 3), übernahm Goar T. die Pflege rund um die Uhr.

Der Asylantrag von Goar T. wurde im August 2017 abgelehnt – die Mutter erhielt ein Bleiberecht.

Während des Hungerstreiks der Tochter verweigerte die Mutter demonstrativ die Medikamenten-Einnahme, weshalb sie dann auch ins Krankenhaus eingewiesen werden musste.

*Community for all 8.2.22;
FR 9.2.22; FR 19.2.22;
OhP 23.2.22*

15. Februar 22

Wörth an der Isar im Landkreis Landshut. Als zwei Polizeibeamt:innen morgens gegen 6.00 Uhr einen 21-jährigen Mann zur Abschiebung festnehmen wollen, ergreift dieser die Flucht, springt über einen Zaun und eine Mauer und verletzt sich dabei leicht. Als er weiterläuft, gibt einer der verfolgenden Polizist:innen einen Warnschuss ab, woraufhin der Mann stehenbleibt und sich festnehmen läßt. Mit Kreislaufproblemen kommt er dann in ein Krankenhaus.

Er war schon vor Jahren nach Serbien-Montenegro ausgewiesen worden. Ihm gelang später die Rückkehr nach Deutschland. Allein aufgrund zweier Fahndungsnotierungen zur Aufenthaltsermittlung sollte er jetzt umgehend dorthin abgeschoben werden.

Polizei Niederbayern 15.2.22

16. Februar 22

Eichenau – Bayern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung greift ein Mann eine geflüchtete Person aus rassistischen Motiven an und bewirft sie.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährlicher Körperverletzung.

*LT DS Bayern 18/27987;
BT DS 20/3007*

16. Februar 22

München – Bayern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung greift ein Mann eine geflüchtete Person aus rassistischen Motiven an.

Das Verfahren wegen des Verdachts auf Körperverletzung wird eingestellt.

*LT DS Bayern 18/27987;
BT DS 20/3007*

17. Februar 22

Neuruppin im brandenburgischen Landkreis Ostprignitz-Ruppin. In der Innenstadt wird am Vormittag ein Geflüchteter von einem Mann aus einer Dreiergruppe heraus rassistisch beleidigt. Dann zerkratzt der Angreifer dem Betroffenen mit seinen langen Fingernägeln die Wangen. Als er auch noch

dessen Kopf verdrehen will, gelingt es dem Mann, sich zu wehren. Die Täter entfernen sich dann mit deutlichen Drohungen.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung ein. Das Verfahren wird später wegen nicht hinreichenden Tatverdachts eingestellt.

*OPP;
LT DS Brbg 7/5630;
BT DS 20/2008*

18. Februar 22

Bundesland Sachsen. In einer Einrichtung zum Vollzug der Abschiebehaft verletzt sich ein 26 Jahre alter Gefangener aus der Russischen Föderation. Zwei Tage später wiederholt er die Selbstverletzung.

LT DS Sachsen 7/10440

18. Februar 22

Nordhausen –Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/3007

22. Februar 22

Abschiebehaft Darmstadt. Der gefangene 27 Jahre alte Azania A. wird aus der Haft heraus mit einem Sammel-Charterflug nach Ghana abgeschoben. Er ist in Deutschland geboren und kennt das Herkunftsland seiner Eltern nur aus Erzählungen – er war nie dort.

Mit der Abschiebung ist er von seiner fünf Monate alten Tochter und deren Mutter, seiner festen Freundin, getrennt.

*Knastreport März 2022;
Community for all*

24. Februar 22

Landeshauptstadt Dresden. Nach einem Aufenthalt im Abschiebungsgewahrsam wird ein 39 Jahre alter Mann mit seinem 18-jährigen Sohn nach Georgien abgeschoben. Seine 38 Jahre alte Frau und die beiden Söhne im Alter von 15 und 17 Jahren waren – laut Aussage des Innenministeriums – von einer Haft vor der Abschiebung "aus Rücksicht" verschont worden. Sie sind auchv später nicht auffindbar. Damit ist die Familie weiterhin getrennt.

*LT DS Sachsen 7/10444;
LT DS Sachsen 7/10449*

25. Februar 22

Dresden im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt eine 25 Jahre alte Bewohnerin aus Venezuela einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/10440

26. Februar 22

Gadebusch im Landkreis Nordwestmecklenburg in Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird einem Geflüchteten von drei Personen der Fuß in der Hauseingangstür eingeklemmt.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS MeckPom 8/2077;
BT DS 20/3007*

27. Februar 22

Parchim im mecklenburg-vorpommerschen Landkreis Ludwigslust-Parchim. Die Polizei wird gegen 3.15 Uhr in die

Gemeinschaftsunterkunft gerufen, weil sich eine dort wohnende Person von Autos überfahren lassen wollte.

Die Person kommt zur medizinischen Versorgung ins Krankenhaus.

LT DS MeckPom 8/2078

27. Februar 22

Neu-Ulm – Bayern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 20/3007

28. Februar 22

Flughafen Hamburg. Ein 48 Jahre alter Mann aus Côte d'Ivoire (Elfenbeinküste) soll über Paris nach Abidjan abgeschoben werden. Er ist an Händen und Füßen gefesselt und trägt einen Kopfschutz aus Schaumstoff, wie er beim Boxen üblich ist. Nachdem er darauf hingewiesen wird, dass er jederzeit erneut gefesselt werden kann, werden ihm der Helm und die Hand- und Fußschellen abgenommen.

Seine Verhaftung war bei der Ausländerbehörde, als er seine Duldung verlängern lassen wollte, völlig überraschend geschehen. Da er dann Widerstand leistete und sich selbst verletzte, wurde er so massiv fixiert.

Seine Lebensgefährtin kann ihn per "Apple Watch" im Wartebereich erreichen und sagt ihm, er solle umgehend Asyl beantragen. Die Polizeibeamt:innen unterbrechen das Telefonat, geben jedoch das Asylbegehren weiter und bringen ihn ins Flugzeug. Da das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) diesen Antrag annimmt, wird die Abschiebung abgebrochen.

Abschiebungsbeobachtung HH 2022

Februar 22

Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt ein Geflüchteter aus dem Iran einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/8307

Februar 22

Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt eine Geflüchtete aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/8307

Februar 22

Gießen im Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt in der Erstaufnahmeeinrichtung ein 19 Jahre alter Geflüchteter aus Algerien einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/10627

Februar 22

Gießen im Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt in der Erstaufnahmeeinrichtung ein 19 Jahre alter Geflüchteter aus Algerien einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/10627

Februar 22

Gießen im Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt in der Erstaufnahmeeinrichtung ein 22

Jahre alter Geflüchteter aus Algerien einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/10627

Februar 22

Gießen im Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt in der Erstaufnahmeeinrichtung ein 28 Jahre alter Geflüchteter aus Marokko einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/10627

Februar 22

Gießen im Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt in der Erstaufnahmeeinrichtung ein 25 Jahre alter Geflüchteter aus Marokko einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/10627

Februar 22

Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt bei einem Abschiebungs- oder Überstellungsver-such ein Geflüchteter aus dem Iran einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/10627

Februar 22

Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt bei einem Abschiebungs- oder Überstellungsver-such eine Geflüchtete aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/10627

Februar 22

Baden-Württemberg. Im Ankunftszentrum Heidelberg für Asylbewerber:innen unternimmt eine 38 Jahre alter Frau aus Tunesien einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

Februar 22

Landkreis Esslingen in Baden-Württemberg. In einer Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 28 Jahre alter Mann aus der Türkei einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

Februar 22

Stadt Heilbronn in Baden-Württemberg. In einer vorläufigen Unterbringung für Asylbewerber:innen (VU) unternimmt ein 25 Jahre alter Mann aus dem Irak einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

Februar 22

Sigmaringen in Baden-Württemberg. In der Landeserstaufnahme-Einrichtung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 23 Jahre alter Mann aus Georgien einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

Februar 22

Kreisstadt Mühldorf am Inn im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Nigeria einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/27961

Februar 22

Gräfelfing im bayerischen Landkreis München. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Vergiftung/Verätzung.

LT DS Bayern 18/27961

Februar 22

Kreisstadt Ansbach im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus dem Iran einen Suizid durch Sturz aus einer Höhe.

LT DS Bayern 18/27961

Februar 22

Landkreis Schweinfurt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Geldersheim unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS Bayern 18/27961

Februar 22

Landkreis Schweinfurt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Geldersheim unternimmt eine Person aus Algerien einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/27961

Februar 22

Landkreis Schweinfurt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Niederwerm unternimmt eine Person aus Libyen einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/27961

Februar 22

Augsburg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Tunesien einen Suizidversuch durch Erhängen.

LT DS Bayern 18/27961

Februar 22

Königsbrunn im bayerischen Landkreis Augsburg. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Vergiftung/Verätzung.

LT DS Bayern 18/27961

Anfang März

Augsburg im Bundesland Bayern. Der abgelehnte Asylbewerber Halil İbrahim Kazankiran wird in die Türkei abgeschoben, unmittelbar auf dem Flughafen Istanbul festgenommen und kommt in Haft. Damit ist er von seiner Frau und den vier kleinen Kindern getrennt. Diese hören nach der Abschiebung wochenlang nichts von ihm.

Mitte März wird dann die Abschiebung seiner Frau Aishe mit den Kindern versucht. Diese kann aber in letzter Sekunde gestoppt werden.

Vor drei Jahren war der ehemalige Polizist Halil İbrahim Kazankiran mit seiner Familie nach Deutschland geflüchtet, weil er – als Mitglied der Gülen-Bewegung – als Terrorist verfolgt wurde. Im Jahre 2021 wurde er in Abwesenheit wegen Terrorismus zu acht Jahren Haft verurteilt.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hatte seinen Asylantrag abgelehnt. Als weitere Dokumente, wie der türkische Festnahme-Beschluss und das türkische Gerichtsurteil vorgelegt wurden, waren diese vom Bundesamt als "Totalfälschung" bezeichnet und als Beweismittel abgelehnt worden.

Aufgrund genau dieser Dokumente erfolgt dann seine Inhaftierung in der Türkei.

Abgelehnte Asylanträge mit fragwürdigen Begründungen sind inzwischen keine Einzelfälle mehr, so der Rechtsanwalt Düdar Kelloglu. Die Entscheidungspraxis des BAMFs ist so, dass den Geflüchteten aus der Türkei nicht geglaubt wird. Auch Beweise, die vorgelegt werden, werden als vermeintliche Fälschungen abgelehnt. Das führt zu Willkür- und Fehl-Entscheidungen in zunehmender Zahl.

*ARD "Monitor" 12.5.22;
FRat NieSa 13.5.22;
Düdar Kelloglu - Rechtsanwalt*

1. März 22

Oranienburg im Bundesland Brandenburg. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung beleidigt gegen 16.05 Uhr ein Mann einen 27-jährigen Geflüchteten aus Eritrea vor einem Supermarkt in der Oranienburger Lehnitzstraße rassistisch und würdigt ihn anschließend. Der Täter flieht noch vor dem Eintreffen der Polizei.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Brbg 7/5556;
BT DS 20/2008;
MAZ 2.3.22*

2. März 22

Stralsund im mecklenburg-vorpommerschen Landkreis Vorpommern-Rügen. Die Polizei wird gegen 0.50 Uhr in die Gemeinschaftsunterkunft gerufen, weil eine dort wohnende Person versuchte, sich zu strangulieren.

Die Person kommt zur medizinischen Versorgung ins Krankenhaus.

LT DS MeckPom 8/2078

2. März 22

Cottbus im Bundesland Brandenburg. Im Bereich der Stadthalle wird ein 23 Jahre alter Geflüchteter aus Syrien von mehreren Männern rassistisch beleidigt und mit Gewalt aus der Straßenbahn gezerrt.

Die Polizei leitet Ermittlungen gegen einen 42-Jährigen wegen des Verdachts der Körperverletzung ein.

*OPP (Polizei);
LT DS Brbg 7/5630;
LT DS Brbg 7/5713;
BT DS 20/3007*

3. März 22

Dresden im Bundesland Sachsen. Ein 23-jähriger Deutscher beleidigt gegen 14.00 Uhr im Stadtteil Pennrich an der Haltestelle "Gompitzer Höhe" einen 35 Jahre alten Geflüchteten aus Syrien zunächst rassistisch und schlägt dann mit der Faust auf ihn ein. Kurz danach versucht er den Syrer mit einem Stein anzugreifen. Diesem gelingt es die Attacke abzuwehren. Der Betroffene erleidet leichte Verletzungen.

Der Staatsschutz der Polizei Dresden ermittelt wegen Beleidigung und gefährlicher Körperverletzung.

*Polizei Dresden 4.3.22;
SäZ 4.3.22; SZ 4.3.22;
BT DS 20/3007;
LT DS Sachsen 7/9973*

4. März 22

Schwerin in Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird ein Geflüchteter von einer

anderen Person nach vorangegangener Auseinandersetzung verletzt.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS MeckPom 8/2077;
BT DS 20/3007*

5. März 22

Wismar im Landkreis Nordwestmecklenburg in Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird eine geflüchtete Person von einer unbekannt Person angegriffen und geschlagen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS MeckPom 8/2077;
BT DS 20/3007*

5. März 22

Stralsund im Landkreis Vorpommern-Rügen in Mecklenburg-Vorpommern. Gegen 18.00 Uhr überfallen drei Männer und eine Frau einen 51-jährigen Afghanan, der in der Unterführung des Grünhofer Bogens in Stralsund lebt. Sie fragen ihn zunächst nach seiner Herkunft. Als er sagt, dass er Afghane sei, schlagen ihm zwei der Angreifer:innen unvermittelt mehrfach ins Gesicht. Einer der Schläger nimmt dann einen stärkeren Ast, mit dem er mehrfach gegen den Oberkörper des Betroffenen schlägt. Währenddessen greift die andere Person den linken Arm des 51-Jährigen und raubt ihm die Armbanduhr. Sie wollen ihm noch seinen Ring stehlen, werden aber von einer sich nähernden Personengruppe gestört und entfernen sich vom Ort. Hinzugerufene Rettungskräfte behandeln den Betroffenen vor Ort. Er weist Hämatome am gesamten Oberkörper und im Gesicht auf, lehnt aber eine weitere medizinische Betreuung ab. Die Täter:innen kann er nicht beschreiben.

Am Tag darauf kommt es gegen 15.15 Uhr zu einem weiteren Angriff auf den Mann. Drei Personen bedrohen ihn mit einem Messer. Als die Polizei eintrifft, flüchten die drei Männer, werden jedoch kurz darauf von der Polizei gestellt. Es handelt sich um drei deutsche Jugendliche aus Stralsund, die an dem Raub vom Vortag beteiligt waren. Die Polizei findet bei ihnen Gegenstände, die aus dem Raub stammen sollen. Der Hauptverdächtige wird auf Anordnung der Staatsanwaltschaft vorläufig festgenommen. Die beiden anderen werden ihren Eltern übergeben.

Die Kriminalpolizei übernimmt die weiteren Ermittlungen.

*Polizei Stralsund 6./7.3.22;
LT DS MeckPom 8/2077;
BT DS 20/3007*

6. März 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Cuxhavener Straße gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10799

7. März 22

Forst im brandenburgischen Landkreis Spree-Neiße. Im Stadtzentrum wird ein 23 Jahre alter Geflüchteter von einem 41-jährigen Rassistin tödlich angegriffen.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung ein.

*OPP (Polizei);
LT DS Brbg 7/5556;
LT DS Brbg 7/5630;
BT DS 20/2008*

9. März 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Unterbringung minderjähriger Ausländer:innen (UmA) Feuerbergstraße gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10550

10. März 22

Cottbus im Bundesland Brandenburg. Im Ortsteil Sandow wird ein 37 Jahre alter Geflüchteter von einem 47-jährigen Rassistin beleidigt und tödlich angegriffen.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung ein.

*OPP (Polizei);
LT DS Brbg 7/5556;
LT DS Brbg 7/5630;
BT DS 20/2008*

10. März 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Unterbringung minderjähriger Ausländer:innen (UmA) Feuerbergstraße gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10550

10. März 22

Parchim im mecklenburg-vorpommerschen Landkreis Ludwigslust-Parchim. Die Polizei wird gegen 16.40 Uhr in die Gemeinschaftsunterkunft gerufen, weil eine dort wohnende Person eine unbekannt Anzahl von Tabletten einnahm.

Die Person kommt zur medizinischen Versorgung ins Krankenhaus – anschließend in die Psychiatrie.

LT DS MeckPom 8/2078

11. März 22

Mainz – Rheinland-Pfalz. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tödlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 20/2008

13. März 22

München – Bayern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tödlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/3007

13. März 22

München – Bayern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tödlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 20/3007

14. März 22

Halberstadt im Landkreis Harz – Bundesland Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird ein 28 Jahre alter Geflüchteter aus Syrien gegen 15.30 Uhr von einem Mann angegriffen.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

LT DS SaAnh 8/1277

14. März 22

Jena – Thüringen. Zwischen 16.00 und 18.00 Uhr wird ein geflüchteter Mann aus Eritrea in der Oberaue bei den Kleingärten von einem Anfang bis Mitte 20-jährigen Mann rassistisch beleidigt und körperlich angegriffen. Der Täter flüchtet zu Fuß durch den Park in Richtung Jena-Winzerla. Die Polizei nimmt Ermittlungen auf.

*Polizei Jena 14.3.22;
OtZ 23.3.22;
LT DS Thüringen 7/5963;
BT DS 20/2008*

15. März 22

Trier – Rheinland-Pfalz. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/3007

16. März 22

Halle im Bundesland Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird im Ortsteil Silberhöhe ein 31 Jahre alter Geflüchteter aus dem Irak gegen 10.00 Uhr auf dem Parkplatz eines Einkaufszentrums von einem Mann angegriffen und verletzt.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung ein.

*LT DS SaAnh 8/1277;
BT DS 20/2008*

16. März 22

Büdingen im hessischen Landkreis Wetterau. Die 13-jährige Yasaman Ghalianloo wird gemeinsam mit ihrer krebserkrankten Mutter in den Iran abgeschoben. Die Familie wird getrennt, da die Abschiebung des Vaters aufgrund eines Streiks bei der Fluggesellschaft und fehlendem Platz im Flugzeug aufgehoben wird. Der Vater reist einige Tage später "freiwillig" nach, um wieder bei seiner Frau und seiner Tochter zu sein. In Teheran kommt die Familie vorerst bei Verwandten unter, steht jedoch finanziell vor dem Nichts.

Familie Ghalianloo lebte seit 2012 in Deutschland. Beide Eltern waren erwerbstätig, der Lebensunterhalt der Familie war gesichert und sie hatten eine eigene Wohnung. Yasaman Ghalianloo besuchte die sechste Klasse der örtlichen Realschule. Die Familie erfüllte alle Voraussetzungen für ein Bleiberecht, Anträge wurden jedoch aufgrund der komplizierten Behördenvorgaben nicht gestellt.

*FRat Hessen 21.3.22;
FR 24.3.22;
Kreis-Anzeiger 26.3.22;
Hessenschau 1.4.22;
Hessenschau 15.4.22*

16. März 22

Markl im bayerischen Landkreis Altötting. Ein Fluchtfahrzeug rast mit 200 Stundenkilometern auf der Bundesautobahn (A 94) einer Polizeikontrolle davon. Als der Wagen schließlich zum Stehen kommt, fährt der Fahrer rückwärts mit Vollgas gegen die Beifahrertür des Polizeiwagens. In dem Moment verlassen vier Insass:innen den Fluchtwagen und verschwinden über die Leitplanke. Als der Wagen erneut auf die Polizei zurast, werden Warnschüsse abgegeben.

Mit Hilfe eines Polizeihubschraubers und der Ausbremsung des Fahrzeugverkehrs auf der Autobahn können dann zwei Fluchtwagen festgesetzt werden. Die Fahrer im Alter von

27 und 32 Jahren kommen in Untersuchungshaft. Der Jüngere ist nicht in Besitz einer gültigen Fahrerlaubnis.

Es werden Ermittlungen u.a. wegen Einschleusens von Ausländer:innen unter lebensgefährlichen Bedingungen eingeleitet.

SZ 16.3.22

18. März 22

Halle im Bundesland Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird in der Westlichen Neustadt ein 31 Jahre alter Geflüchteter aus Somalia auf einem Gehweg gegen 16.30 Uhr von einem Mann angegriffen und verletzt.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung ein.

*LT DS SaAnh 8/1277;
BT DS 20/2008*

19. März 22

Schwerin in Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es gegen 19:30 Uhr auf dem Marienplatz zu einer Auseinandersetzung zwischen syrischen Personen und mehreren Fans eines örtlichen Fußballvereins. Nach anfänglichen rassistischen Beleidigungen folgen körperliche Übergriffe. Ein größeres Aufgebot von Polizeibeamt:innen trennt schließlich die Personengruppen und führt polizeiliche Maßnahmen durch. Danach wird allen Beteiligten ein Platzverweis für den gesamten Marienplatz ausgesprochen. Ein Strafverfahren wegen des Verdachts des Landfriedensbruchs, der Körperverletzung und der Beleidigung wird gegen mehrere Personen eingeleitet.

Die Kriminalpolizei nimmt die Ermittlungen auf.

*Polizei Schwerin 20.3.22;
schwerin.lokal.de 23.3.22;
LT DS MeckPom 8/2077;
BT DS 20/3007*

19. März 22

Weiden – Bayern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 20/2008

20. März 22

Brandenburg an der Havel – im Bundesland Brandenburg. Eine 18 Jahre alte geflüchtete Person aus Syrien wird von einem 44-jährigen Rassisten tätlich angegriffen.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung ein.

*LT DS rbg 7/5556;
LT DS Brbg 7/5630;
BT DS 20/2008*

20. März 22

Erfurt – Thüringen. Gegen 1.20 Uhr werden ein 29 Jahre alter Iraker und sein 25 Jahre alter Begleiter in einer Erfurter Diskothek von anderen Diskobesucher:innen geschlagen und ein 24 Jahre alter Syrer von einer Glasflasche der selben Personen am Kopf getroffen und verletzt.

Anschließend wehren sich die Täter:innen körperlich gegen die Kontrollen der Polizei und rufen rassistische und nationalsozialistische Parolen.

Die Polizei ermittelt und bittet Zeug:innen, sich mit dem Inspektionsdienst Nord oder einer anderen Polizeidienststelle in Verbindung zu setzen.

*Polizei Erfurt 20.3.22;
TA 21.3.22*

22. März 22

Chemnitz im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt eine 29 Jahre alte Bewohnerin aus Syrien einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/10440

23. März 22

Erfurt – Thüringen. Kurz vor 21.00 Uhr werden zwei Männer im Alter von 23 und 29 Jahren in Erfurt-Wiesenhügel von vier Personen rassistisch beleidigt und körperlich angegriffen. Als Reaktion auf die verbalen Angriffe der Täter fängt der 23-Jährige an, das Geschehen zu filmen und wird daraufhin geschlagen und getreten. Als sein 29-jähriger Freund eingreifen will, wird auch dieser angegriffen.

Die Polizei kann später eine 28-jährige Frau und zwei 35 und 42 Jahre alte polizeibekannt Männer in Tatortnähe stellen, die vierte Person ist entkommen. Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung und Beleidigung werden eingeleitet.

*Polizei Erfurt 23.3.22;
TLZ 24.3.22*

23. März 22

Augsburg – Bayern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung greift ein Mann eine geflüchtete Person aus religiösen Motiven an.

Der Täter wird später rechtskräftig zu 40 Tagessätzen zu je 15 Euro verurteilt.

*LT DS Bayern 18/27987;
BT DS 20/2008*

24. März 22

Cottbus im Bundesland Brandenburg. Im Ortsteil Ströbitz wird ein Mitglied einer afghanischen Familie von einem 42-jährigen Angreifer getreten. Seit gut eineinhalb Jahren schikaniert der Mann die Familie mit Beleidigungen und verbalen Attacken, zerstörte auch schon deren Briefkasten.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung ein.

*OPP (Polizei);
LT DS Brbg 7/5713;
LT DS Brbg 7/6159;
BT DS 20/3007*

24. März 22

Dachau – Bayern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung greift ein Mann eine geflüchtete Person aus rassistischen Motiven an.

Gegen den Täter wird Anklage wegen Körperverletzung erhoben.

*LT DS Bayern 18/27987;
BT DS 20/2008*

27. März 22

Stralsund im Landkreis Vorpommern-Rügen in Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung werden zwei Geflüchtete von einer anderen Person geschubst.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS MeckPom 8/2077;
BT DS 20/3007*

29. März 22

Amberg – Bayern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüch-

tete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/3007

31. März 22

Bad Berleburg im nordrhein-westfälischen Landkreis Siegen-Wittgenstein. Als der 43-jährige Robert Muradyan zu einem üblichen Termin zur Duldungsverlängerung bei der Kreisausländerbehörde erscheint, wird er zuerst von seiner Frau und seinem Kind getrennt und dann umgehend festgenommen. Er soll nach dreijährigem Aufenthalt nach Armenien abgeschoben werden. Ihm werden Fußfesseln so fest angelegt, dass ihm die Knöchelschmerzen. Sein Tag endet in der Abschiebehaft in Büren.

Damit ist er von seiner Lebensgefährtin Marine Boghean und ihren gemeinsamen Töchtern, der fünf-jährigen Arpi und der 14-jährigen Viktorya getrennt. Frau Boghean erleidet einen Zusammenbruch, sodass sich eine befreundete Familie um die Kinder kümmern muss.

Das Bündnis "Recht zu Bleiben" erreicht einen Termin für eine Anhörung vor dem Petitionsausschuss des Landtages in Düsseldorf, bei der der Arbeitgeber von Herrn Muradyan sich für ein Bleiben der Familie einsetzen wird. Die Lehrer:innen und Mitschüler:innen der Realschule, die Viktorya besucht, Freund:innen, viele Unterstützende – auch der Bürgermeister – setzen sich für ein Bleiberecht der armenischen Familie ein.

Seit Beginn ihres Hierseins in Bad Berleburg haben sie sich sehr engagiert – Herr Muradyan auch viel mit ehrenamtlichen Tätigkeiten beim Ausbau von Wohnungen für Geflüchtete und bei der Renovierung des interkulturellen Mehrgenerationen-Treffpunkts. Zudem arbeitet er seit 2020 in einem festen Arbeitsverhältnis im Hotel "Alte Schule" und kann damit die Familie selbst unterhalten. Auch Frau Boghean ist dort ein Arbeitsplatz in der Küche zugesagt worden. Sie ist zudem aufgrund einer körperlichen Einschränkung auf medizinische Unterstützung in Deutschland angewiesen. Trotzdem schlägt die Ausländerbehörde vor, dass die Familie "freiwillig" ausreisen sollte und mit einem Arbeitsvisum zurückkehren könnte.

Robert Muradyan wird am 4. April drei Tage vor dem Abschiebetermin aus der Haft entlassen, denn er ist positiv auf eine Corona-Infektion getestet worden. Aus diesem Grund muss auch der Termin vor dem Petitionsausschuss verschoben werden – die Abschiebung wird ausgesetzt.

Bevor die Aufenthaltssituation der Familie dort besprochen werden kann, wird die Sitzung Anfang September überraschenderweise abgesagt. Denn die Familie soll von einer anstehenden Gesetzesänderung profitieren, die ihnen berechnete Hoffnung auf einen unbefristeten Aufenthalt geben kann. Es geht um die Deutschkenntnisse und die Integration der Tochter Viktorya und ihre guten Perspektiven auf einen Ausbildungsplatz. An ihrem 15. Geburtstag erhält die Familie diese Nachricht per Post.

*WDR 31.3.22;
WP 1.4.22; WR 2.4.22;
WR 4.4.22; WR 6.4.22;
WR 5.4.22; WR 23.8.22;
WR 2.9.22*

März 22

Darmstadt im Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt in der Erstaufnahmeeinrichtung ein 25 Jahre alter Geflüchteter aus Marokko einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/10627

März 22

Büdingen im hessischen Wetteraukreis. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt in der Erstaufnahmeeinrichtung ein 34 Jahre alter Geflüchteter aus der Türkei einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/10627

März 22

Landeshauptstadt München im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Somalia einen Suizidversuch durch Sturz aus einer Höhe.

LT DS Bayern 18/27961

März 22

Landeshauptstadt München im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/27961

März 22

Landshut im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Sierra Leone einen Suizidversuch durch Sturz aus einer Höhe.

LT DS Bayern 18/27961

März 22

Landkreis Schweinfurt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Niederwerrn unternimmt eine Person aus Algerien einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/27961

März 22

Landkreis Schweinfurt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Geldersheim unternimmt eine Person aus Algerien einen Suizidversuch durch Sturz aus einer Höhe.

LT DS Bayern 18/27961

März 22

Augsburg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Tunesien einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/27961

März 22

Landkreis Aichach-Friedberg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Mering unternimmt eine Person aus dem Irak einen Suizidversuch durch Sturz aus einer Höhe.

LT DS Bayern 18/27961

März 22

Langenneufnach im bayerischen Landkreis Augsburg. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Benin einen Suizidversuch durch Vergiftung/Verätzung.

LT DS Bayern 18/27961

1. April 22

Oldenburg – Niedersachsen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 20/2008

2. April 22

Parchim im Landkreis Ludwigslust-Parchim in Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird eine geflüchtete Person von einer anderen Person angegriffen, geschubst und beleidigt.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS MeckPom 8/2077;
BT DS 20/2806*

2. April 22

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt ein 35 Jahre alter Bewohner aus Syrien einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/10440

5. April 22

Augsburg im Bundesland Bayern. In der Flüchtlingsunterkunft Zusamstraße (Lechhausen) ruft gegen 16.20 Uhr ein Mitarbeiter die Polizei, weil er sich von einem 22 Jahre alten Mann aus Eritrea bedroht fühlt. Der Mann befindet sich in einer psychischen Krisensituation.

Als die Beamt:innen eintreffen, befindet er sich allein in einem Zimmer und droht, sich mit einem Messer zu töten. Er blutet schon aus verschiedenen Wunden und als er ansetzt die Selbstverletzungen fortzuführen, geben die Polizist:innen Geschosse mit einem Taser (Distanz-Elektro-Impulsgerät) auf ihn ab. Als er sich dann in deren Richtung bewegt, greifen diese zur Pistole und schießen ihn nieder. Von zwei Schüssen in den Beinen getroffen, bricht er zusammen. Er kommt ins Uniklinikum Augsburg und wird gegen Abend operiert.

Die Polizei leitet Ermittlungen gegen ihn wegen Widerstands ein und der Schusswaffengebrauch wird auf Anweisung der Staatsanwaltschaft Augsburg vom bayerischen LKA auf Rechtmäßigkeit überprüft.

Das Verfahren gegen den Eritreer wird später wegen Schuldunfähigkeit eingestellt und die Waffenbenutzung der Polizeibeamt:innen als Notfall-Maßnahme gerechtfertigt, weil diese angeben, dass der Mann unmittelbar nach dem Beschuss mit den Metallklammern aus dem Taser sie beide mit seinem Messer angreifen wollte.

*Polizei Schwaben Nord 6.4.22;
Welt 6.4.22;
StA Augsburg 5.5.23*

6. April 22

Bautzen im Bundesland Sachsen. Ein 42 Jahre alter Geflüchteter aus Syrien nimmt sich das Leben.

LT DS Sachsen 7/10440

7. April 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Unterbringung minderjähriger Ausländer:innen (UMA) Feuerbergrstraße gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10550

8. April 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Erstaufnahme-Einrichtung (EA) Sportallee gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10550

11. April 22

Cottbus im Bundesland Brandenburg. Ein 15 Jahre alter Geflüchteter aus Syrien wird auf dem Oberkirchplatz von

einem 38-jährigen Rassisten beschimpft – dann wirft ihm der Angreifer eine Flasche an den Kopf.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung ein.

*OPP (Polizei);
LT DS Brbg 7/5713;
LT DS Brbg 7/6159;
BT DS 20/3007*

14. April 22

Landeshauptstadt Magdeburg im Bundesland Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung werden auf dem Bahnhofsgelände vier Geflüchtete aus der Ukraine gegen 1.00 Uhr von einem Mann angegriffen. Die Geflüchteten sind zwischen 10 und 46 Jahre alt – drei sind weiblich und eine Person ist männlich.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung ein.

*LT DS SaAnh 8/1725;
BT DS 20/4253*

15. April 22

Greifswald im mecklenburg-vorpommerschen Landkreis Vorpommern Greifswald. Die Polizei wird gegen 2.45 Uhr in die Gemeinschaftsunterkunft gerufen, weil eine dort wohnende Person ihren Suizid ankündigte.

Die Person wird in die Psychiatrie eingewiesen.

LT DS MeckPom 8/2078

15. April 22

Wismar im Landkreis Nordwestmecklenburg in Mecklenburg-Vorpommern. Gegen 21:20 Uhr greift eine vierköpfige Gruppe in der Lübschen Straße einen 28-jährigen Mann aus Somalia mit Pfefferspray an. Anschließend flüchtet die Gruppe. Polizei-beamt:innen suchen die Umgebung ab und stellen drei 15- bis 23-jährige Deutsche, die von Zeug:innen zweifelsfrei als Täter identifiziert werden. Bei einer Durchsuchung der zum Teil alkoholisierten Männer wird ein Tierabwehrspray gefunden.

Es ergeht Anzeige wegen gefährlicher Körperverletzung. Die Staatsanwaltschaft Schwerin ordnet die vorläufige Festnahme der Tatverdächtigen an. Es wird geprüft, ob Haftanträge gestellt werden.

Polizei Rostock 16.4.22;

16. April 22

Güstrow im Landkreis Rostock in Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung werden zwei Geflüchtete von einer Person mit einer Eisenstange und einem Küchenmesser attackiert.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*OZ 19.2.22;
LT DS MeckPom 8/2077;
BT DS 20/2806*

16. April 22

Berlin. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/4253

16. April 22

Landeshauptstadt Magdeburg im Bundesland Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung werden zwei Geflüchtete aus Syrien (Alter 20 und 21 Jahre) im Werner-

von-Sienens-Ring auf einem Parkplatz gegen 3.40 Uhr von unbekanntenen Personen angegriffen und ein Mann wird verletzt.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS SaAnh 8/1500;
BT DS 20/3007*

19. April 22

Berliner Bezirk Marzahn-Hellersdorf. Am Nachmittag erscheint die Polizei in einer Marzahner Wohnung, um einen Mann in Abschiebehaft zu nehmen. Er soll abgeschoben werden.

Kurz danach – um 14.15 Uhr – stürzt der 27-Jährige vom Balkon der im fünften Stock gelegenen Wohnung und erleidet schwere Verletzungen.

Rettungskräfte bringen ihn ins Krankenhaus - Lebensgefahr bestehe nicht, so die Polizei.

*Polizei Berlin 20.4.22;
TS 20.4.22*

22. April 22

Diehlheim – Baden-Württemberg. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird ein geflüchtetes Mädchen aus der Ukraine von einem Jungen – rassistisch motiviert – angegriffen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS BaWü 17/4876;
BT DS 20/4253*

24. April 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (öRU) Jugendparkweg gerufen, weil sich eine dort wohnende Person selbst getötet hat.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10799

24. April 22

Fulda – Hessen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS Hessen 20/10624;
BT DS 20/3007;
BT DS 20/4253*

25. April 22

Lübeck – Schleswig-Holstein. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*BT DS 20/3007;
BT DS 20/4253*

26. April 22

Lutherstadt Wittenberg im Landkreis Wittenberg – Bundesland Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird ein 47 Jahre alter Geflüchteter aus dem Iran gegen 9.50 Uhr auf einem Gehweg von drei erwachsenen Männern angegriffen und verletzt.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS SaAnh 8/1500;
BT DS 20/3007*

26. April 22

Arnstadt – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere

Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.
BT DS 20/3007

26. April 22

Markdorf – Baden-Württemberg. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird eine Geflüchtete aus der Türkei von einem Mann – rassistisch motiviert – angegriffen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS BaWü 17/4876;
BT DS 20/2007*

27. April 22

Kassel-Kirchditmold im Bundesland Hessen. Am Nachmittag werden eine 13-Jährige und ihr dreijähriger Bruder mit syrischer Staatsangehörigkeit in einer Kleingartenanlage von einem Mann mit dem Tode bedroht und rassistisch beleidigt.

Ein 55-jähriger Mann wird von der Polizei ermittelt, bestreitet die Tat jedoch. Der Fall wird an die Staatsanwaltschaft Kassel übergeben, die wegen Bedrohung und Beleidigung ermittelt.

*Hessen schaut hin 27.4.22;
Polizei Kassel 3.5.22;
Polizei Kassel 5.5.22;
Hofgeismarer Allgemeine 6.5.22;
FR 6.5.22; Welt online 5.5.22*

28. April 22

Berlin. Zwei 16 und 17 Jahre alte aus der Ukraine geflohene Jugendliche werden gegen 9.20 Uhr in einem ICE am Berliner Hauptbahnhof rassistisch beleidigt und körperlich angegriffen. Ein 31-jähriger Mann fragt die Jugendlichen zunächst nach ihrer Herkunft, woraufhin er beginnt, die beiden zu beleidigen und mit Faustschlägen ins Gesicht und gegen den Oberkörper zu attackieren. Der 17-Jährige versucht, sich mit Schlägen zu wehren, trifft den Angreifer jedoch nicht.

Die alarmierte Bundespolizei nimmt den Mann vorläufig fest und leitet ein Ermittlungsverfahren ein. Einer der Jugendlichen klagt über Schmerzen im Kiefer, lehnt eine ärztliche Versorgung jedoch ab. Die beiden Ukrainer setzen im Anschluss ihre Fahrt im ICE fort.

*ReachOut Berlin 28.4.22;
TS 29.4.22;
BPOL Berlin 29.4.22*

Ende April 22

Hoyerswerda im Landkreis Bautzen – Bundesland Sachsen. Ein 42-jähriger Geflüchteter aus Syrien nimmt sich nahe der Gemeinschaftsunterkunft in der Thomas-Müntzer-Straße 25 das Leben.

Den Zustand der Unterkunft, die die AWO Lausitz betreibt, beschreiben Geflüchtete und Unterstützer:innen als katastrophal. In der Unterkunft sind vierhundert Menschen untergebracht, die Sanitäranlagen sind defekt und Renovierungsarbeiten werden aufgrund fehlender Gelder nicht durchgeführt. Die Ausländerbehörde Bautzen steht wegen ihrer rigiden und willkürlichen Behördenpraxis seit Jahren in der Kritik. (siehe hierzu: 28. August 22)

*SäZ 5.9.22;
FRat Sachsen 9.9.22*

April 22

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Gemeinschaftsunterkunft unternimmt eine 42 Jahre alte Bewohnerin aus dem Kosovo einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/10440

April 22

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Gemeinschaftsunterkunft unternimmt ein 20 Jahre alter Bewohner aus Pakistan einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/10440

April 22

Neustadt im hessischen Landkreis Marburg-Biedenkopf. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt in der Erstaufnahmeeinrichtung ein 24 Jahre alter Geflüchteter aus Bosnien Herzogowina einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/10627

April 22

Darmstadt im Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt in der Erstaufnahmeeinrichtung ein 25 Jahre alter Geflüchteter aus Marokko einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/10627

April 22

Bad Arolsen im hessischen Landkreis Waldeck-Frankenberg. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt in der Erstaufnahmeeinrichtung ein 36 Jahre alter Geflüchteter ungeklärter Herkunft einen Suizidversuch.

LT DS Hessen 20/10627

April 22

Landkreis Ludwigsburg in Baden-Württemberg. In einer Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 33 Jahre alter Mann aus China einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

April 22

Bundesland Bayern. In einer Gemeinschaftsunterkunft bei Augsburg lebt der 39-jährige Kurde Murat Akgül seit einhalb Jahren getrennt von seiner Familie. Er ist Vater von vier Kindern und lebte seit seinem 6. Lebensjahr in Nürnberg.

Wegen seiner politischen Aktivitäten – Beteiligung an legalen Veranstaltungen und Demonstrationen – war er ins Visier des Verfassungsschutzes geraten und am 29. Mai 2019 in die Türkei abgeschoben worden.

Dort tauchte er unter und es gelang ihm, mit Hilfe von Fluchthelfer:innen über die Balkan-Route zurück nach Deutschland zu kommen. Der Asylantrag, den er dann im November 20 stellte, wurde als "offensichtlich unbegründet" vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) abgelehnt.

Seitdem lebt er in der Gemeinschaftsunterkunft in Bayern, getrennt von seiner Familie, und muss sich dreimal pro Woche bei der Polizei melden.

Das Verwaltungsgericht revidiert zwar die "Offensichtlichkeit", jedoch hält es ihm vor, keine ausreichenden Gründe für politische Verfolgung vorlegen zu können – im Gegensatz zu den bayerischen Behörden, inklusive des Verfassungsschutzes, die ihn als Aktivist in die PKK-Strukturen involviert sehen und die ihn aus diesem Grunde im Mai 2019 abgeschoben hatten. (siehe auch: 29. Mai 19)

AZADI infodienst april 22

April 22

Bad Aibling im bayerischen Landkreis Rosenheim. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Nigeria einen Suizidversuch durch Erhängen.

LT DS Bayern 18/27961

April 22

Deggendorf im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Georgien einen Suizidversuch durch Vergiftung/Verätzung.

LT DS Bayern 18/27961

April 22

Nürnberg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Marokko einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/27961

April 22

Landkreis Schweinfurt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Niederwerm unternimmt eine Person aus Somalia einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/27961

April 22

Schonungen im bayerischen Landkreis Schweinfurt. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus der Ukraine einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/27961

1. Mai 22

Rostock in Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Landesregierung werden zwei Geflüchtete von einer Person geschlagen und getreten.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

LT DS MeckPom 8/2077

2. Mai 22

Riesa – Sachsen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Sachsen 7/10441;
BT DS 20/3007*

3. Mai 22

Weißenfels im Burgenlandkreis – Bundesland Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird in einem Supermarkt ein 20 Jahre alter Geflüchteter aus Guinea gegen 16.20 Uhr von einer Person angegriffen und verletzt.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS SaAnh 8/1500;
BT DS 20/3007*

3. Mai 22

Landeshauptstadt Magdeburg im Bundesland Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird ein 26 Jahre alter Geflüchteter aus Syrien in der Pestalozzistraße auf einem Parkplatz gegen 20.00 Uhr von einem 29-jährigen Mann mit einem Messer attackiert.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung. Später wird Anklage gegen den Täter erhoben.

*LT DS SaAnh 8/1500;
LT DS SaAnh 8/2054;
BT DS 20/3007*

3. Mai 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Unterbringung minderjähriger Ausländer:innen (UmA) Feuerbergsstraße gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10550

4. Mai 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Zentrale Erstaufnahme (ZEA) Ankunftscenter Bargkoppeltstieg (Nr. 10 – 14) gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10550

4. Mai 22

Flughafen Hamburg. Im Warteraum des Rückführungsbereichs sitzt ein 21 Jahre alter Syrer, der nach Griechenland abgeschoben werden soll, weil er dort bereits einen subsidiären Schutzstatus hat. Der Mann äußert den Bundespolizeibeamt:innen gegenüber seine Flugunwilligkeit und sagt auch, dass er immer wieder zurückkommen würde, weil er in Deutschland seine Familie habe.

Als er von einem Toilettengang nicht zurückkommt, finden ihn die Beamt:innen – nachdem sie die Tür öffnen mussten – mit aufgeschnittenen Armen neben dem Klosett. Zu dritt ziehen sie ihn dort heraus, bringen ihn in den Wartesaal zurück. Er zittert am ganzen Körper, wirkt apathisch und aufgewühlt. Er versucht weiter, sich aufzukratzen und sich mit seiner Uhr zu schlagen und er weigert sich, sich von Sanitäter:innen medizinisch versorgen zu lassen.

Letztlich wird die Rückschiebung abgebrochen, sodass er selbständig in seine Unterkunft zurückfahren darf.

Abschiebungsbeobachtung HH 2022

5. Mai 22

Halle – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/3007

5. Mai 22

Meinersen – Niedersachsen. Politisch motiviert wird eine jugendliche geflüchtete Person von anderen Jugendlichen tätlich angegriffen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*BT DS 20/4253;
Innenministerium NieSa 6.6.23*

5. Mai 22

Karlsbad – Baden-Württemberg. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird ein geflüchteter Junge aus Syrien von einem Mann – rassistisch motiviert – angegriffen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung..

*LT DS BaWü 17/4876;
BT DS 20/4253*

6. Mai 22

Wittstock im brandenburgischen Landkreis Ostprignitz-Ruppin. Ein 18 Jahre alter Geflüchteter aus Syrien wird zusammen mit seinem 17-jährigen Begleiter rassistisch beschimpft und

mit Fäusten angegriffen. Als ein 21-jähriger Eritreer dazwischen gehen will, wird auch er körperlich attackiert.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung ein.

*OPP (Polizei);
LT DS Brbg 7/6159;
LT DS Brbg 7/6303;
BT DS 20/3007*

9. Mai 22

Mittenwald – Bayern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung greift ein Mann eine geflüchtete Person aus rassistischen Motiven an.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Bayern 18/27987;
BT DS 20/4253*

10. Mai 22

Parchim im Landkreis Ludwigslust-Parchim in Mecklenburg-Vorpommern. Eine junge Frau wird von einer anderen Frau rassistisch beleidigt und geschubst.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LOBBI (Polizei);
LT DS MeckPom 8/2077;
BT DS 20/2806;*

10. Mai 22

Frankfurt am Main. Über 40 pakistanische Geflüchtete, vor allem aus Hessen, aber auch aus Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen sollen von hier aus abgeschoben werden. Circa die Hälfte der Menschen werden direkt aus der Abschiebehafte Darmstadt angeliefert.

Die Abschiebung einer 74-jährigen Frau, deren gesamte Familie und Verwandtschaft in Deutschland lebt, konnte durch einen Rechtsanwalt gestoppt werden.

Hum Hain Pakistan

10. Mai 22

München – Bayern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung greift ein Mann eine geflüchtete Person aus rassistischen Motiven an.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Bayern 18/27987;
BT DS 20/4253*

11. Mai 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Unterbringung minderjähriger Ausländer:innen (UmA) Feuerbergsstraße gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10550

13. Mai 22

Berlin. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 20/4253

13. Mai 22

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt eine 86 Jahre alte Bewohnerin aus der Ukraine einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/10440

13. Mai 22

Lutherstadt Eisleben im Landkreis Mansfeld-Südharz – Sachsen-Anhalt. In einem Laden in der Magdeburger Straße greift ein 43 Jahre alter Mann einen 66-Jährigen, einen 39-Jährigen und eine 26-Jährige aus dem Kosovo durch rassistische Beleidigungen zunächst verbal an und steigert sich dann in Gewalttätigkeit. Er schlägt dem Ältesten direkt ins Gesicht, sodass dieser mit dem Kopf aufschlägt. Auch auf die anderen beiden prügelt der Mann ein.

Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung auf. Der älteste Betroffene wird ins Krankenhaus gebracht.

*Polizei Halle 14.5.22;
mdr 14.5.22; SZ 14.5.22;
LT DS SaAnh 8/1500*

14. Mai 22

Boizenburg im Landkreis Ludwigslust-Parchim in Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird ein Geflüchteter von einer unbekannt Person niedergeschlagen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS MeckPom 8/2077;
BT DS 20/3007*

14. Mai 22

Zeititz im Burgenlandkreis – Bundesland Sachsen-Anhalt. In der Hainicher Dorfstraße werden zwei Geflüchtete aus Bosnien und ein siebenjähriges Mädchen von einem Mann rassistisch beleidigt. Er bespuckt das Mädchen und geht dann mit einem 30 Zentimeter langen Gegenstand auf die beiden Erwachsenen (38 und 39 Jahre alt) los und versucht sie zu schlagen.

*Polizei Halle 15.5.22;
BT DS 20/3007*

14. Mai 22

Gera –T hüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/4253

14. Mai 22

Puttgarden auf der schleswig-holsteinischen Insel Fehmarn. Im Zusammenhang mit ihrem nicht erlaubten Grenzübertritt wird eine aus Somalia geflüchtete Person in einem Reisesbus festgestellt. Sie hat offene Wunden an beiden Armen und wird ins Krankenhaus gebracht.

BT DS 20/6318

14. Mai 22

Solingen – Niedersachsen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/3007

16. Mai 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Billstieg gerufen, weil sich eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10799

17. Mai 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (öRU) Mattkamp gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10799

17. Mai 22

Weiden – Bayern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/3007

19. Mai 22

Leipzig im Bundesland Sachsen. Ein 29 Jahre alter Geflüchteter aus Syrien nimmt sich das Leben.

LT DS Sachsen 7/10440

19. Mai 22

Chemnitz im Bundesland Sachsen. In der Flüchtlingsunterkunft Annaberger Straße wird der 31 Jahre alte Bilal Jaffal gegen Mittag tot in seinem Bett vorgefunden.

Der Libanese war am Vortag spätabends nach Hause gekommen, hatte Schrammen im Gesicht und eine tennisballgroße blaue Beule hinter dem rechten Ohr. Als sein Mitbewohner Radwan M. ihn nach der Ursache fragte, berichtete er folgendes: Er war mit zwei Freunden in der Stadt unterwegs, als sie am Schloßteich-Pavillion von zwei deutschen Männern angegriffen wurden. Einer der Aggressoren habe ihm im Laufe der Auseinandersetzung eine leere Flasche Jack Daniels auf den Hinterkopf geschlagen und er habe auch Schläge ins Gesicht bekommen. Seine Begleiter hätten ähnliche Verletzungen erlitten.

Rettungswagen und Polizei waren vor Ort und es gab eine Anzeige gegen Unbekannt.

In der Unterkunft angekommen, hatte Bilal Jaffal die Mitarbeiter:innen des Sicherheitsdienstes um medizinische Hilfe gebeten, die er jedoch nicht bekam.

Er aß mit seinem Nachbarn Radwan M. noch eine Kleinigkeit und dieser brachte ihm eine kalte Cola, zum Abkühlen der dicken Schwellung am Kopf. In der Nacht starb Bilal Jaffal. Die Todesursache war – laut Obduktionsbericht –Ersticken an Erbrochenem.

Die Polizei berichtet den Angehörigen und der Presse zunächst, dass kein direkter Zusammenhang zwischen den äußeren Verletzungen und dem Tod bestehen würde.

Erst aufgrund von Berichten einiger Augenzeug:innen verdichtet sich der Verdacht auf zwei Täter, die Bilal Jaffal die Verletzungen zugefügt haben. Die beiden sind stadtbekannt und ein rechtes Motiv ist nicht auszuschließen.

Drei Wochen nach seinem Tod geht die Polizei von einer "nicht natürlichen" Todesursache aus – die Ermittlungen werden fortgesetzt

taz 30.5.22;

mdr-Sachsen 31.5.22; Tag24 3.6.22; CMP 9.6.22;

*YouTube** 12.6.22 "The Death of Bilal Jaffal";*

CMP 15.6.22; FR 25.6.22; LT DS Sachsen 7/10053

19. Mai 22

Hettstedt im Landkreis Mansfeld-Südharz – Bundesland Sachsen-Anhalt. Gegen 19.00 Uhr greift ein circa 21 Jahre alter Mann in der Novalisstraße drei Syrer im Alter von 17 bis 23 Jahren an. Er beschimpft und beleidigt diese und wirft eine Flasche, die einen Mann am Kopf trifft. Sein Hund beißt einen anderen Syrer. Dann verlässt er den Ort – die beiden Leichtverletzten müssen ambulant behandelt werden.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*Polizei Mansfeld-Südharz 20.5.22;
LT DS SaAnh 8/2479*

19. Mai 22

Bundesland Rheinland-Pfalz. Der abgelehnte Asylbewerber Ziya Ibrahimli soll in der Nacht nach Aserbaidschan abgeschoben werden. Die Polizei bricht seine Wohnungstür auf, nimmt ihm sein Telefon weg und wendet gegen ihn so heftige Gewalt an, dass er verletzt wird. Er wird ausgeflogen und am Flughafen Baku unmittelbar festgenommen.

Die offizielle Begründung hierfür ist die Nichtzahlung von Alimenten für seine Kinder, weshalb er bereits am 20. Mai vor einem Gericht in der Region Bilasuvar steht. Diese Vorwürfe sind unbegründet. Er hat keine Verteidigung bei dem Verfahren und wird zu einem Monat Arrest verurteilt. Niemand darf ihn dort besuchen.

Herr Ibrahimli ist Mitglied der oppositionellen Volksfront-Partei von Aserbaidschan (APFP) in der Region Bilasuvar. Bei den Präsidentschaftswahlen im Jahre 2018 hatte er aktiv gegen den Wahlbetrug gekämpft. Im selben Jahr musste er wegen Bedrohung und Verfolgung das Land verlassen.

Ziya Ibrahimli ist die sechste Person, die nach der Abschiebung aus Deutschland politisch motiviert verhaftet wird.

Bereits am 29. März diesen Jahres war der 37 Jahre alte Samir Ashurov abgeschoben und drei Wochen später inhaftiert worden. Der Vorwurf: Herr Ashurov habe einen Menschen mit einem Messer verletzt. Er bezeichnet die Vorwürfe als konstruiert, spricht von einem politisch motivierten Haftbefehl und beginnt einen Hungerstreik aus Protest gegen die Haft. (siehe hierzu: Oktober 21)

MAYDAN-TV 2.2.22;

MikroskopMedia 21.4.22;

JAMnews.newt 21.5.22;

BT DS 20/4084;

Antirassistische Initiative Berlin

20. Mai 22

Wolgast im Landkreis Vorpommern-Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern. Ein 14 Jahre alter Geflüchteter aus Syrien wird auf dem Heimweg von einem deutschen Mann aus seiner Nachbarschaft brutal überfallen. Der Erwachsene schubst ihn, stößt ihm in den Bauch und tritt gegen seinen Hals und ins Gesicht. Zeug:innen filmen die Tat und rufen die Polizei.

Diese sichert das Video jedoch nicht, sondern weist die Zeug:innen an, das Video nicht weiterzugeben. Im Vorfeld des Angriffs hatte es bereits zahlreiche rassistische Anfeindungen auf dem gemeinsamen Hof gegeben.

Am 16. Mai 23 wird der polizeibekannt Täter wegen Körperverletzung vom Amtsgericht Greifswald zu einer Zahlung von 140 Tagessätzen zu je 33 Euro verurteilt.

LOBBI 24.7.23

21. Mai 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (öRU) Mattkamp gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10799

23. Mai 22

Gemeinde Jürgenstorf im mecklenburg-vorpommerschen Landkreis Mecklenburgische Seenplatte. Die Polizei wird gegen 23.00 Uhr in die Gemeinschaftsunterkunft gerufen, weil eine dort wohnende Person ihren Suizid ankündigte.

LT DS MeckPom 8/2078

23. Mai 22

Landeshauptstadt Magdeburg im Bundesland Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird im Ortsteil Klosterwuhne ein 31 Jahre alter Geflüchteter aus Afghanistan gegen 14.30 Uhr von einem Mann und einer Frau angegriffen und verletzt.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS SaAnh 8/1500;
BT DS 20/3007*

24. Mai 22

Landkreis Leipzig – Bundesland Sachsen. Da die 12-jährige Tochter zur Zeit der Abschiebung nicht anwesend ist, bleibt der 34-jährige Vater zurück, während seine 31 Jahre alte Frau mit den zehn- und dreijährigen Töchtern nach Nordmazedonien abgeschoben wird. Dadurch ist die Familie getrennt. Später reist der Vater mit der Tochter nach.

*LT DS Sachsen 7/10444;
LT DS Sachsen 7/10449*

24. Mai 22

Köln im Bundesland Nordrhein-Westfalen. Am frühen Morgen erscheinen Polizei und Mitarbeiter:innen der Ausländerbehörde in der Wohnunterkunft am Schlagbaumweg, um das Ehepaar Lico mit ihren drei Kindern im Alter von vier, sieben und neun Jahren nach Albanien abzuschicken. Dabei spielen sich dramatische Szenen ab:

Die 34 Jahre alte Daniela Lico versucht, sich mit einem Messer selbst zu verletzen. Die Polizei geht dazwischen – ihr 39-jähriger Mann Gentian Lico versucht, seine Frau zu schützen und es endet damit, dass sie beide – vor den Augen ihrer Kinder – gefesselt werden. In dieser aufgebrachten Situation nötigen die Beamt:innen die neunjährige Antonella zu dolmetschen, weil kein offizieller Übersetzer anwesend ist.

Die Mutter der Kinder leidet aufgrund einer Blutrache-Fehde unter einer Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS). Sie hat mehrere Suizidversuche hinter sich und ist seit längerem in psychologischer Behandlung.

Die Abschiebung wird durchgesetzt und die Familie ausgeflogen. Mittellos und ohne Perspektive auf Arbeit oder eine ordnungsgemäße Anmeldung kommt sie für kurze Zeit in Korca in einem kleinen Hotel unter. Dann geht das Geld zur Neige.

Unterstützer:innen vor allem aus Umnfeld der Stephan-Lochner-Schule am Rathenauplatz, in der Antonio und Antonella viele Freunde haben, beginnen eine Geldsammlung, um die Familie etwas zu unterstützen. Die Chancen zurückzukommen sind sehr gering, weil Albanien offiziell als sogenanntes sicheres Herkunftsland eingestuft ist.

*gofundme.com 8.6.22;
KStA 14.6.22;
Abschiebungsreporting NRW 31.8.22*

24. Mai 22

Bundesland Bayern. Als Geflüchtete am Münchner Rangierbahnhof Trudering gegen 14.00 Uhr den Güterzug, mit dem sie über die Grenze nach Deutschland gekommen sind, über die Dachplane eines mittransportierten LKW-Anhängers verlassen wollen, setzt strömender Regen ein und es kommt zu einem 15.000 Volt starken Stromüberschlag aus der Bahnüberleitung, wodurch neun Personen zum Teil schwer verletzt werden.

Vor den Augen der Kurdin Meliha Avci (38), die schon vom Waggon heruntergestiegen ist, werden ihre Kinder Melike und Umut Akbaş und ihr Neffe Abu Bekir Demirkan vom

Stromschlag getroffen: Ihren 12-jährigen Sohn Umut, dessen Haare in Flammen aufgehen, kann sie herunterziehen, ihre Tochter Melike und ihr Neffe werden auf die Gleise geschleudert. Die drei hatten sich an den Händen gefasst, wodurch Umut schwere Verbrennungen an seiner Hand erleidet. Der 21-jährige Abu Bekir, er stand am höchsten Punkt am Waggon, muss noch vor Ort wiederbelebt werden. Er und seine 15 Jahre alte Cousine Melike sind so schwer verletzt, dass sie im Krankenhaus ins künstliche Koma gelegt werden müssen.

Zwei Frauen (35 und 48 Jahre), ein 7-jähriges Mädchen und zwei 21-jährige und noch ein 24-jähriger Mann, die alle ebenfalls aus der Türkei kamen, werden leichter verletzt. Zwei weitere Personen können sich dem Zugriff der Bundespolizei entziehen. Die Identität aller ist vorerst unklar – sie sprechen Türkisch und Kurdisch.

Meliha Avci und Yılmaz Akbaş hatten in Bursa – im Westen der Türkei – gelebt und geheiratet, was ihre beiden Familien, die eine jahrzehntelange Blutrache verbindet, jedoch nicht dulden wollten. Jahrelang wurde Meliha deshalb auch von ihrer eigenen Familie bedroht und misshandelt. Ihr Bruder drohte, seinen Kampfhund auf ihre Kinder zu hetzen und ihr Vater hatte sie krankenhauserreif geschlagen. Obwohl es eindeutige Beweise für die Gewalttaten gab, wurde der Vater von der türkischen Justiz freigesprochen. Der Richter meinte, dass Meliha froh sein könne, dass sie nicht starb.

Aufgrund der permanenten Bedrohung von beiden kurdischen Familien ließen sich Meliha und Yılmaz scheiden, wurden dann weiter drangsaliert. Da sowohl die Kinder als auch ihre Eltern es nicht mehr ertragen konnten, beschlossen sie schließlich, die Türkei zu verlassen, um woanders zusammen in Frieden leben zu können.

Ihre 15-jährige Tochter Melike Akbaş entwickelte den Fluchtplan. Der Vater, der schon mehrmals aus politischen Gründen im Gefängnis saß, sollte später alleine nachkommen. In Istanbul stellten sie Anträge für Einreisevisa sowohl bei der deutschen als auch bei der griechischen Botschaft. Als diese abgelehnt wurden, verließ Meliha mit ihren Kindern und zwei Neffen im Frühjahr die Türkei – sie flogen zunächst nach Bosnien-Herzegowina. Von da an ging es zu Fuß weiter – durch Kroatien und Slowenien immer in Wäldern. Sie erlebten schreckliche Wochen voller Bedrohungen und Not, Kälte, Hunger und auch Pushbacks durch Militärs.

Irgendwann hatten sie Verona (Italien) erreicht und schlossen sich einer Gruppe kurdischer Geflüchteter an.

Am 23. Mai war die 12-köpfige Gruppe um Mitternacht auf den Güterzug geklettert, der in Richtung Deutschland abfuhr und um 13.30 Uhr München erreichte. Hier ereignete sich die Katastrophe.

Der 21-jährige Abu Bekir Demirkan bleibt wochenlang im Koma, muss mehrmals operiert werden, schließlich wird ihm die Schädelplatte entfernt. Bleibende Schäden vernichten seine Zukunftspläne: er kann nicht laufen, ist halbseitig gelähmt und hat Konzentrationsschwierigkeiten. Die Ausländerbehörde droht mit Abschiebung oder "freiwilliger" Ausreise für 200 Euro als Gegenwert. Auch im Dezember liegt er noch im Krankenhaus.

Die 15-jährige Melike Akbaş erliegt am 8. Juni ihren schweren Verletzungen, ohne noch einmal aus dem Koma erwacht zu sein.

Zu ihrer Beerdigung bekommt ihr Vater tatsächlich eine Einreiseerlaubnis nach Deutschland. Er berichtet, dass er bei der Ausreise von der türkischen Polizei drei Tage lang in Haft genommen worden war.

Die Familie wird in einer Gemeinschaftsunterkunft einer bayerischen Kleinstadt untergebracht. Wenn sie das Grab von

Melike besuchen wollen, müssen sie mehrere Stunden mit der Bahn zum Münchner Friedhof fahren.

Mutter und Sohn sind schwer traumatisiert, sodass der Junge immer öfter tageweise bei seiner Tante lebt, weil er in der Unterkunft (Schimmel an den Wänden) nicht zur Ruhe kommt. Sie kämpfen jeden Tag, dass es irgendwie weitergeht.

Feuerwehr München 25.5.22;

SZ 25.5.22; SZ 26.5.22;

MM 26.5.22; SZ 27.5.22;

medico international 20.12.22;

Kristina Milz "Todesursache: Flucht" 2023

24. Mai 22

Abschiebungseinrichtung in Glückstadt im schleswig-holsteinischen Kreis Steinburg. Der 52 Jahre alte Hossein Nejat wird nach neuntägigem Hungerstreik aus gesundheitlichen Gründen entlassen. Der offizielle Grund "Reiseunfähigkeit", so eine Sprecherin der Stadt Kiel.

Die für den 27. Mai geplante Abschiebung wird "bis auf Weiteres verschoben".

Die Flucht von Hossein Nejat, dem Iraner mit kurdischen Wurzeln, begann vor 22 Jahren, als er die Repressionen und Verfolgungen des iranischen Mullah-Regimes nicht mehr ertragen wollte. Er floh zunächst in die Türkei und dann nach Griechenland. Nach monatelanger Gefangenschaft wurde er dort von der griechischen Polizei nach Athen gebracht, wo er im Jahre 2003 einen Asylantrag stellte. Als er mit anderen Geflüchteten mit einer Demonstration gegen ihre menschenverachtenden Lebensbedingungen protestierte, gab es wieder Repressionen, sodass er zunächst in die Schweiz und dann – vor neun Jahren – nach Deutschland floh.

Er lernte die Sprache schnell, übersetzte für Kirchengemeinden und begleitete Geflüchtete zu Behörden oder ins Krankenhaus. Eine Arbeitserlaubnis bekam er nicht. 2018 wurde sein Asylantrag endgültig abgelehnt, sodass er fortan befristete Duldungen bekam.

Als er am 11. Mai zur Kieler Ausländerbehörde gehen wollte, um seine Duldung verlängern zu lassen, stand die Polizei vor seiner Tür, um ihn abzuschieben. Da er sich widersetzte, kam er in Abschiebehaft nach Glückstadt.

taz 20.5.22;

FRat SH 25.5.22;

taz 26.5.22

25. Mai 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Kieler Straße gerufen, weil eine dort wohnende Person selbst getötet hat.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10799

26. Mai 22

Fürstenberg im brandenburgischen Landkreis Oberhavel. Drei geflüchtete Männer aus dem Sudan halten sich im Stadtpark Fürstenberg in der Nähe des Schwedtsees auf und werden unvermittelt von einer siebenköpfigen Gruppe Jugendlicher beleidigt, bespuckt, geschlagen und rassistisch beschimpft.

Die Gruppe flüchtet bis auf einen 13-Jährigen, den die hinzugerufene Polizei seiner Mutter übergibt. Der Jugendliche ist – aufgrund ähnlicher Taten – bereits bekannt. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung und Volksverhetzung.

BM 27.5.22; MAZ 28.5.22;

Welt 28.5.22;

LT DS Brbg 7/6303;

BT DS 20/3007

26. Mai 22

Landkreis Mittelsachsen im Bundesland Sachsen. Ein 22 Jahre alter Geflüchteter aus Somalia nimmt sich das Leben.

LT DS Sachsen 7/10440

26. Mai 22

Chemnitz im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt ein 28 Jahre alte Bewohner aus dem Iran einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/10440

26. Mai 22

Dresden im Bundesland Sachsen. Am sogenannten Vater- oder Herrentag (Christi Himmelfahrt) randalieren acht Männer im Stadtteil Pappritz an einer Haltestelle in der Fernsehurmstraße. Sie beschädigen Leitpfosten und zerschlagen Glasflaschen. Als ein 18-jähriger Geflüchteter aus dem Irak zu der Haltestelle kommt, beleidigen sie diesen rassistisch. Dann treten zwei aus der Gruppe auf den Betroffenen ein.

Polizeibeamt:innen können einen der beiden Täter, einen 33-jährigen Deutschen noch vor Ort festsetzen. Dem anderen Aggressor gelingt es, sich zu entfernen. Die Polizei beginnt mit Ermittlungen wegen Beleidigung, Sachbeschädigung und gefährlicher Körperverletzung.

Polizei Dresden 27.5.22;

BT DS 20/4253;

LT DS Sachsen7/11038

26. Mai 22

Landeshauptstadt Magdeburg in Sachsen-Anhalt. Gegen 19.40 Uhr wird an der Sternbrücke ein 14 Jahre alter syrischer Geflüchteter aus einer siebenköpfigen Gruppe heraus angepöbelt, rassistisch beleidigt, dann körperlich angegriffen und verletzt.

Als die Polizei eintrifft, werden auch die Beamt:innen angepöbelt. Ein 21-Jähriger zeigt den sogenannten Hitlergruß und versucht sich der Identitätsfeststellung zu widersetzen, sodass er zwischenzeitlich gefesselt werden muss.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung, und es werden vier Tatverdächtige im Alter von 28, 29, 35 und 37 Jahren ausgemacht. Letztlich wird das Ermittlungsverfahren wegen mangelnden Tatverdachts eingestellt.

LT DS SaAnh 8/1500;

LT DS SaAnh 8/2238;

LT DS SaAnh 8/2481;

BT FDS 20/3007

27. Mai 22

Flensburg an der deutsch-dänischen Grenze im Bundesland Schleswig-Holstein. Im Zusammenhang mit ihrem nicht erlaubten Grenzübertritt erleidet eine geflüchtete Person aus dem Irak einen Kreislaufkollaps.

BT DS 20/6318

28. Mai 22

München – Bayern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/4253

30. Mai 22

Schkeuditz, Ortsteil Dölzig, im sächsischen Landkreis Nord-sachsen. Als der Nigerianer Osaro O. am Abend in der Erstauf-

nahme-Einrichtung die reguläre Einlasskontrolle passieren will, reagiert der Metalldetektor. Er leert seine Hosentaschen und legt Handy und Geldbörse auf den Tisch. Als der Detektor erneut reagiert und er gerade äußern will, dass es auch sein Gürtel sein könnte, wird er "wie aus dem Nichts" von mehreren Mitarbeiter:innen des Sicherheitsdienstes gepackt. Zwei Personen drücken seine Arme auf den Rücken, zwei halten seine Beine fest und dann wird ihm von einer weiteren Person massiv ins Gesicht geschlagen und geboxt.

Er kommt ins Krankenhaus, wo ein Augenhöhlenbruch und eine Verletzung des Augapfels der rechten Seite diagnostiziert werden.

Polizeiliche Ermittlungen werden eingeleitet. Tatsächlich entschuldigen sich Personen des Sicherheitsdienstes bei Herrn O. und begründen den Gewaltausbruch mit der Aussage, dass zu der Tatzeit Mitarbeiter:innen eines Subunternehmens die Kontrollen durchführten.

Osaro O. ist abgelehnter Asylbewerber und leidet unter der rassistischen Diskriminierung seit er in Deutschland ist. Er wurde mehrmals Opfer von Racial Profiling der Polizei, wobei er gewaltvoll gegen eine Wand gedrückt wurde.

Auch leidet er, wie viele aus der Unterkunft, unter den schlechten Lebensbedingungen im Heim.

Das Lager ist seit Jahren in der Kritik von verschiedenen Hilfsorganisationen und der Bewohner:innen selbst. Es ist zu voll, es gibt keine Privatsphäre, die Qualität des Essens ist schlecht und es liegt isoliert vom gesellschaftlichen Leben. Viele Bewohner:innen berichten über häufige gewalttätige Auseinandersetzungen.

Osaro O.: "Dabei will ich nichts außer dieses Heim verlassen, auf sämtliche Hilfe des Staates verzichten und eine Arbeitsgenehmigung bekommen."

*FRat Sachsen 30.5.20;
FRat Sachsen 15.6.22;
LVZ 15.6.22*

30. Mai 22

Alzey – Rheinland-Pfalz. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tödlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/3007

30. Mai 22

Alpirsbach im baden-württembergischen Landkreis Freudenstadt. In dem Asylheim wird ein Brand gelegt, der die 25 Bewohner:innen in Lebensgefahr bringt. Ein 41-jähriger Geflüchteter verletzt sich schwer, als er sich durch einen Fenstersprung aus der zweiten Etage retten will. Die sonstigen Bewohner:innen unterschiedlicher Nationalitäten kommen mit dem Schrecken davon. Das Gebäude ist nicht mehr bewohnbar.

Als Brandstifter wird in unmittelbarer Nähe ein 36 Jahre alter Wohnungsloser festgenommen, der zuvor in der Unterkunft gewohnt hatte. Er kommt in Untersuchungshaft.

*Welt 30.5.22;
Zeit 3.6.22*

31. Mai 22

Prenzlau im brandenburgischen Landkreis Uckermark. Ein dreizehn Jahre altes Mädchen aus der Russischen Föderation wird von einer 17-jährigen Jugendlichen – rassistisch motiviert – geschubst.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung ein.

*OPP (Polizei); LT DS Brbg 7/6159;
LT DS Brbg 7/6303;
BT DS 20/3007*

Mai 22

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Gemeinschaftsunterkunft unternimmt eine 48 Jahre alte Bewohnerin aus Vietnam einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/10440

Mai 22

Darmstadt im Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt in der Erstaufnahmeeinrichtung ein 36 Jahre alter staatenloser Geflüchteter einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/10627

Mai 22

Friedberg im hessischen Wetteraukreis. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt in der Erstaufnahmeeinrichtung eine 19 Jahre alte Geflüchtete aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/10627

Mai 22

Neustadt im hessischen Landkreis Marburg-Biedenkopf. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt in der Erstaufnahmeeinrichtung ein 24 Jahre alter Geflüchteter aus Bosnien-Herzowina einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/10627

Mai 22

Neustadt im hessischen Landkreis Marburg-Biedenkopf. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt in der Erstaufnahmeeinrichtung ein 24 Jahre alter Geflüchteter aus Bosnien-Herzowina einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/10627

Mai 22

Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt bei einem Abschiebungs- oder Überstellungsversuch eine Geflüchtete aus dem Iran einen Suizidversuch durch Einnahme von WC-Reinigungsmitteln.

LT DS Hessen 20/10627

Mai 22

Stadt Pforzheim in Baden-Württemberg. In einer vorläufigen Unterbringung für Asylbewerber:innen (VU) unternimmt ein 24 Jahre alter Mann aus Nigeria einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

Mai 22

Landkreis Karlsruhe in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen (AU) unternimmt ein 40 Jahre alter Mann aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

Mai 22

Stadt Ludwigsburg in Baden-Württemberg. In einer Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 20 Jahre alter Mann aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

Mai 22

Landkreis Tübingen in Baden-Württemberg. In einer Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt eine 24 Jahre alte Frau aus Syrien einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

Mai 22

Landeshauptstadt München im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus dem Jemen einen Suizidversuch durch Vergiftung/Verätzung.

LT DS Bayern 18/27961

Mai 22

Nürnberg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus dem Iran einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/27961

Mai 22

Aschaffenburg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Marokko einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/27961

1. Juni 22

Merseburg im Saalekreis – Bundesland Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird in einem Hof eine 34 Jahre alte Geflüchtete aus der Ukraine gegen 17.00 Uhr von einer Frau angegriffen und verletzt.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung ein.

*LT DS SaAnh 8/1722;
BT DS 20/3007*

1. Juni 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Alma-Ohlmann-Weg (Nr. 1a-f) gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10550

1. Juni 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Alma-Ohlmann-Weg (Nr. 2a-f) gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10550

2. Juni 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Brookkehe gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10550

3. Juni 22

Ludwigslust im mecklenburg-vorpommerschen Landkreis Ludwigslust-Parchim. Die Polizei wird gegen 0.30 Uhr in die Gemeinschaftsunterkunft gerufen, weil sich eine dort wohnende Person sich mit einem Messer selbst verletzte.

Die Person kommt zur medizinischen Versorgung ins Krankenhaus – anschließend in die Psychiatrie.

LT DS MeckPom 8/2078

3. Juni 22

Flensburg an der deutsch-dänischen Grenze im Bundesland Schleswig-Holstein. Im Zusammenhang mit ihrem nicht erlaubten Grenzübertritt erleidet eine geflüchtete Person aus Eritrea einen stressbedingten Zusammenbruch.

BT DS 20/6318

4. Juni 22

Storkow (Mark) im brandenburgischen Landkreis Oder-Spree. Eine 18 Jahre alte Geflüchtete wird von einem 39-jährigen Autofahrer absichtlich und rassistisch motiviert angefahren.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung ein.

*OPP (Polizei);
LT DS Brbg 7/6159;
LT DS Brbg 7/6300;
BT DS 20/3007*

5. Juni 22

Berlin. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/4253

5. Juni 22

Landeshauptstadt Magdeburg in Sachsen-Anhalt. Gegen 19.00 Uhr wird ein 29 Jahre alter Geflüchteter aus Syrien in einer Straßenbahn der Linie 2 von drei Männern rassistisch beleidigt und angepöbelt. Einer der Provokateure versetzt ihm einen Kopfstoß ins Gesicht.

Als der Syrer in der Haltestelle Leiterstraße aussteigt, verfolgen sie ihn und ein zweiter Rassist würgt ihn und stößt ihn zu Boden.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung und sucht nach Augenzeug:innen.

*Polizei 6.6.22;
LT DS SaAnh 8/1722;
BT DS 20/3007*

5. Juni 22

Halle im Bundesland Sachsen-Anhalt. In einer Straßenbahn im Innenstadtbereich beginnt gegen 19.30 Uhr ein 21 Jahre alter Betrunkener eine Vierer-Gruppe ukrainischer Geflüchteter verbal anzugreifen und geht dann in körperliche Attacken über. Die betroffenen Männer sind im Alter von 21 bis 56 Jahren.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*Polizei 6.6.22;
LT DS SaAnh 8/2048;
BT DS 20/4253*

5. Juni 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Zentrale Erstaufnahme (ZEA) Ankunftscenter Bargkoppelweg (Nr. 60) gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10550

6. Juni 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Unterbringung minderjähriger Ausländer:innen (UmA) Feuerbergrasse gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10550

6. Juni 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Kroonhorst gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10550

7. Juni 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (öU) Mattkamp gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10799

7. Juni 22

Tier – Rheinland-Pfalz. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/3007

8. Juni 22

Berlin. Das Register Neukölln beschreibt die Erfahrungen einer obdachlosen geflüchteten Person, die aufgrund mehrere Diskriminierungsmerkmale vielfach benachteiligt wurde. Sie ist chronisch krank und wurde in einigen medizinischen Praxen nicht behandelt und letztlich an Praxen verwiesen, die Geflüchtete behandeln würden, obwohl diese Person krankenversichert ist.

Register Neukölln

8. Juni 22

Schallstadt im baden-württembergischen Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald. Morgens um 5.00 Uhr erscheinen Streifenpolizist:innen im hiesigen Wohnheim, um den 28-jährigen Nigerianer Christopher Njekwe in Abschiebehaft zu nehmen. Dieser weicht zurück und springt aus dem Fenster seines in der ersten Etage gelegenen Zimmers. Mit Knochenbrüchen an beiden Beinen kommt er schwer verletzt ins St. Joseph-Krankenhaus nach Freiburg.

Es stellt sich schnell heraus, dass diese versuchte Festnahme auf einem polizeinternen Kommunikationsfehler beruhte.

Aufgrund eines Antrags des Regierungspräsidiums war Herr Njekwe am Tag zuvor bereits schon festgenommen worden, um in Abschiebehaft zu kommen. Der zuständige Richter entschied beim Haftprüfungstermin allerdings, dass die Haft nicht angemessen sei, und der Gefangene war frei gekommen. Eine erneute Festnahme hätte es nicht geben dürfen.

Christopher Njekwe hatte 2016 Asyl in Deutschland erbeten, das ein Jahr später abgelehnt wurde – auch die Klage gegen den Negativ-Bescheid scheiterte.

Er hat eine feste Arbeit in einem Unternehmen im Landkreis und einen zusätzlichen Job in der Getränkeabteilung eines Supermarktes. In der Firma, in der er Maschinen betreut, besteht für ihn die Aussicht, eine Ausbildung zum Industriemechaniker zu machen.

Nachdem die Ausländerbehörde wegen seiner Ausbildungspläne – fälschlicherweise – Druck gemacht hatte, Identitätspapiere zu beschaffen, gelang es ihm tatsächlich, einen Reisepass zu bekommen, den er im März 2022 dem Amt vorlegte. Damit hatte die Behörde die sofortige Möglichkeit, ihn abzuschleppen.

Herr Njekwe muss sich Operationen am rechten Bein und am linken Fuß unterziehen und wird vorübergehend auf einen Rollstuhl angewiesen sein.

Ob er von dem – derzeit geplanten – sogenannten Chancen-Aufenthaltsrecht, das vom Bundesinnenministerium eingebracht wurde und als Gesetzentwurf zur Diskussion steht, noch vor der Abschiebung geschützt werden kann, ist noch offen.

*Polizei Freiburg 9.5.22;
BaZ 9.6.22; BaZ 10.6.22;
BaZ 17.6.22*

9. Juni 22

Rostock im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern. Im Zusammenhang mit ihrem nicht erlaubten Grenzübertritt erleidet eine geflüchtete Person aus der demokratischen Republik Kongo eine Ohnmacht.

BT DS 20/6318

9. Juni 22

Landeshauptstadt Magdeburg in Sachsen-Anhalt. In einer Straßenbahn der Linie 9 auf Höhe der Benneckerstraße werden gegen 8.30 Uhr zwei 16 und 17 Jahre alte Jugendliche aus der Ukraine von einem circa 45 Jahre alten Mann rassistisch beleidigt und bedroht, woraufhin sie die Bahn verlassen.

Am Nachmittag gegen 14.00 Uhr begegnen sie diesem Mann erneut in der Weberstraße. Im Vorbeigehen rempelt er einen Jugendlichen an, wodurch dieser verletzt wird.

*Polizei Magdeburg 9.6.22;
Polizei Magdeburg 10.6.22*

11. Juni 22

Mittenwalde im brandenburgischen Landkreis Dahme-Spreewald. Im Strandbad Motzen wird ein 32 Jahre alter Geflüchteter aus dem Senegal von zwei Männern im Alter von 18 und 21 Jahren nach Beleidigungen körperlich angegriffen.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung ein.

*OPP (Polizei);
LT DS Brbg 7/6630;
BT DS 20/4253*

11. Juni 22

Coswig (Landkreis Wittenberg) – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird ein 24 Jahre alter Geflüchteter aus dem Irak gegen 21.00 Uhr auf dem Bahnhofsteig von zwei Männern (40 und 45 Jahre alt) rassistisch beleidigt und verprügelt.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung ein. Die Ermittlungen werden später mangels hinreichenden Tatverdachts eingestellt.

*LT DS SaAnh 8/1725;
LT DS SaAnh 8/2054;
LT DS SaAnh 8/2481;
BT DS 20/4253*

12. Juni 22

Leipzig – Zentrum-West im Bundesland Sachsen. Ein 24 Jahre alter Geflüchteter aus Gambia schüttet zwischen vier und fünf Uhr morgens versehentlich in dem Lokal "Elsterartig" am Dittrichring 17 das Getränk einer weißen Besucherin aus. Er entschuldigt sich mehrfach. Türsteher packen ihn daraufhin, prügeln ihn eine Treppe hinunter, bringen ihn in einen separaten Raum und schlagen dort weiter auf ihn ein. Nach dem brutalen Angriff rufen andere Besucher:innen einen Rettungswagen. Der Gambianer erleidet einen Nasenbeinbruch und verliert drei Zähne. Er muss zur Versorgung seiner Verletzungen über Nacht im Krankenhaus bleiben und ist einen Monat lang arbeitsunfähig.

Der Betroffene erstattet eine Anzeige bei der Polizei gegen mehrere Türsteher wegen gefährlicher Körperverletzung. Die Täter zeigen ihn ebenfalls an. Das "Elsterartig" unterstellt ihm in sozialen Medien, er habe die Besucherin sexuell belästigt. Andere Besucher:innen berichten von rassistischen Einlasskontrollen an dem Abend und dass ein weißer Mann, der eine Frau belästigt hat, ohne gewaltvolles Eingreifen von der Security aus dem Lokal geführt wurde.

*Chronik.LE;
RAA Sachsen*

12. Juni 22

Salzwedel im Altmarkkreis Salzwedel – Bundesland Sachsen-Anhalt. In einer Diskothek bemerkt gegen Morgen ein 27 Jahre alter Mann aus Afghanistan, dass ein Bekannter von ihm von mehreren Männern bedrängt wird. Er geht zu ihm und begleitet ihn nach draußen. Die Gruppe folgt ihnen jedoch und nun bedrängen und beleidigen sie beide.

Der Afghane bittet Umstehende und Sicherheitspersonal um Hilfe – vergeblich. Es gelingt ihm, den Bekannten in ein Taxi zu setzen. Als er selbst in ein Taxi steigen will, bekommt er einen Faustschlag von hinten gegen den Kopf. Dann wird ihm von einem anderen Mann mit einem harten Gegenstand ins Gesicht geschlagen, dass ihm Blut aus der Nase läuft. Jetzt verschwinden die Täter mit einem Taxi. Ein Taxifahrer ruft die Polizei und den Rettungswagen, sodass der Betroffene, der einen mehrfachen Nasenbeinbruch und multiple Prellungen erlitten hat, ins Krankenhaus gebracht werden kann.

Mobile Beratung SaAnh

12. Juni 22

Schwarzenbek – Schleswig-Holstein. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*BT DS 20/3007;
BT DS 20/4253*

13. Juni 22

Wismar im Landkreis Nordwestmecklenburg in Mecklenburg-Vorpommern. An einer Bushaltestelle warten zwei junge Geflüchtete aus Syrien, als sie von zwei jungen Männern aus einem nahegelegenen Haus angesprochen werden. Als sie sich dem Haus nähern, werfen die Männer sie mit einer Flasche. Sie werden jedoch nicht getroffen.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung ein.

*LOBBI (Polizei);
BT DS 20/5773*

14. Juni 22

Altentreptow im mecklenburg-vorpommerschen Landkreis Mecklenburgische Seenplatte. Die Polizei wird um 14.35 Uhr in die Gemeinschaftsunterkunft gerufen, weil sich eine dort wohnende Person in selbsttötender Absicht erhängt hat.

LT DS MeckPom 8/2078

14. Juni 22

Zwickau im Bundesland Sachsen. Ein 21 Jahre alter Geflüchteter aus Afghanistan nimmt sich das Leben.

LT DS Sachsen 7/10440

14. Juni 22

Bundesland Nordrhein-Westfalen. Gegen 1.00 Uhr morgens erscheint ein Abschiebekommando und schreckt die Familie Y. aus dem Schlaf auf. Die Polizeibeamt:innen schreien herum, werfen den zwei kleinen Kindern Tücher zu und befahlen ihnen, sich anzuziehen.

Durch die Unachtsamkeit eines Beamten, der dem sechs-jährigen Mädchen, das zu ihrer Mutter will, versehentlich auf den Mund schlägt, bricht ihm ein Zahn heraus. Beide Eltern werden mit Handschellen gefesselt und mit viel Gewalt aus der Wohnung gebracht.

Am Flughafen Düsseldorf startet die Abschiebemaschine mit 34 Geflüchteten unter Bewachung von circa 100 Bundespolizist:innen (viele in zivil) nach Lagos in Nigeria. Die

meisten Erwachsenen sind während des Fluges mit Handfesseln fixiert. Diejenigen, die sich trotzdem wehren, wie z.B. Herr Y., bekommen die massive Gewalt – auch in Form von Schlägen – durch die deutsche Polizei zu spüren.

Nach der Ankunft in Lagos im Frachtbereich des Flughafens werden alle Abgeschobenen in ein nahe gelegenes Hotel gebracht, in dem sie acht Tage lang in Quarantäne verbleiben müssen.

Erst danach kommen sie frei und Familie Y. kann in einer Schutzwohnung des DERS-Teams (Deportees Emergency Reception and Support) der Organisation Refugees4Refugees unterkommen. Die Unterstützer:innen organisieren auch einen Untersuchungs- und Behandlungstermin für Herrn Y. im Lagoon Hospital, um die Folgen der Misshandlungen und die Ursache der großen Schmerzen bei ihm zu dokumentieren und behandeln zu lassen

*Refugees4Refugees 27.6.22;
Refugees4Refugees*

15. Juni 22

Flensburg an der deutsch-dänischen Grenze im Bundesland Schleswig-Holstein. Im Zusammenhang mit ihrem nicht erlaubten Grenzübertritt erleidet eine geflüchtete Person aus dem Libanon einen körperlichen Zusammenbruch in einem Zug und muss in ein Krankenhaus gebracht werden.

BT DS 20/6318

16. Juni 22

Stralsund im Landkreis Vorpommern-Rügen in Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung werden drei Geflüchtete von einer Person mit Bierflaschen attackiert.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS MeckPom 8/2077;
BT DS 20/5773*

17. Juni 22

Erfurt – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 20/4253

17. Juni 22

Schleswig-Holstein. Laut Auskunft des Ministeriums für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung hat sich ein 24 Jahre alter Geflüchteter aus Afghanistan während seiner Abschiebung auf dem Weg zum Flughafen Hamburg im Polizeiwagen die Metall-Handschellen gegen den Kopf geschlagen und sich dadurch verletzt.

Sozialministerium S-H 1.6.23

17. Juni 22

Abschiebehafteinrichtung im bayerischen Erding. Eine einsitzende Person aus Tunesien versucht sich zu strangulieren.

BT DS 20/6318

18. Juni 22

Schleusingen – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 20/4253

19. Juni 22

Grevenbroich – Nordrhein-Westfalen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Eine Person wird dabei verletzt. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

LT DS NRW 18/3051

22. Juni 22

Königs Wusterhausen im brandenburgischen Landkreis Dahme-Spreewald. Im Regionalzug von Brand nach Königs Wusterhausen wird ein 16 Jahre alter Geflüchteter aus Syrien von drei Rassisten (58, 58 und 64 Jahre alt) beleidigt, und einer der Angreifer schlägt auf ihn ein.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung ein.

*OPP;
LT DS Brbg 7/6300;
BT DS 20/4253*

22. Juni 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Zentrale Erstaufnahme (ZEA) Ankunfts-Zentrum Bargkoppelweg (Nr. 66, 66a) gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10550

23. Juni 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (öRU) Mattkamp gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10799

24. Juni 22

Wolgast im mecklenburg-vorpommerschen Landkreis Vorpommern-Greifswald. Die Polizei wird gegen 15.40 Uhr in die Gemeinschaftsunterkunft gerufen, weil eine dort wohnende Person ihren Suizid ankündigte.

Die Person kommt zur medizinischen Versorgung ins Krankenhaus.

LT DS MeckPom 8/2078

25. Juni 22

Rostock in Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Landesregierung werden fünf Geflüchtete von fünf anderen Personen attackiert.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

LT DS MeckPom 8/2077

25. Juni 22

Magdeburg – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung werden zwei geflüchtete Personen aus Syrien (Mann/Frau, 49/42 Jahre alt) in einer Gartenanlage in der Welsleber Straße gegen 20.00 Uhr von zwei Männern angegriffen. Der Syrer wird dabei verletzt.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung ein.

*LT DS SaAnh 8/2048;
LT DS SaAnh 8/2479;
BT DS 20/4253*

27. Juni 22

Bautzen – Bundesland Sachsen. Gegen 5.55 Uhr steigt ein Geflüchteter aus Vietnam in einen Zug der Länderbahn Trilex

in Richtung Görlitz am Bahnhof gemeinsam mit einem anderen Mann ein. Dieser beginnt ihn kurz danach mit den Worten "Was willst du Ausländer?" rassistisch zu beleidigen. Dann greift er ihn mit einem Messer an. Kurz danach verlässt der Täter den Zug und entfernt sich Richtung Güterbahnhof. Eine Zugbegleiterin alarmiert die Bundespolizei. Der Betroffene erleidet Schnittverletzungen und muss von Rettungskräften versorgt werden.

Der polizeiliche Staatsschutz übernimmt die Ermittlungen und sucht nach Zeug:innen des Angriffs.

*Polizei Görlitz 1.7.22;
TAG 24 1.7.22;
BT DS 20/3007*

30. Juni 22

Bielefeld – Nordrhein-Westfalen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS 18/520;
BT DS 20/2007*

Juni 22

Berliner Bezirk Neukölln. Eine chronisch kranke, obdachlose und geflüchtete Person wird von mehreren Ärzt:innen weder untersucht noch behandelt, z.T. mit der Aussage "nicht zuständig". Schließlich wird sie von einem Arzt an das Medizinische Büro für Flüchtlingshilfe verwiesen, obwohl eine Krankenversicherung vorliegt.

Register Neukölln 8,6,22

Juni 22

Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt bei einem Abschiebungs- oder Überstellungsversuch ein Geflüchteter aus Afghanistan einen Suizidversuch durch die Absicht aus dem Fenster zu springen.

LT DS Hessen 20/10627

Juni 22

Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt bei einem Abschiebungs- oder Überstellungsversuch ein Geflüchteter aus Algerien einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/10627

Juni 22

Baden-Württemberg. Im Ankunfts-Zentrum Heidelberg für Asylbewerber:innen unternimmt ein 27 Jahre alter Mann aus Gambia einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

Juni 22

Baden-Württemberg. Im Ankunfts-Zentrum Heidelberg für Asylbewerber:innen unternimmt ein 33 Jahre alter Mann aus der Türkei einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

Juni 22

Landkreis Göppingen in Baden-Württemberg. In einer Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 22 Jahre alter Mann aus dem Irak einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

Juni 22

Ingolstadt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/27961

Juni 22

Landeshauptstadt München im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Marokko einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/27961

Juni 22

Deggendorf im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Aserbaidschan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/27961

Juni 22

Landkreis Schweinfurt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Geldersheim unternimmt eine Person aus Algerien einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/27961

Juni 22

Marktoberdorf im bayerischen Landkreis Ostallgäu. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus der Türkei einen Suizidversuch durch Sturz aus einer Höhe.

LT DS Bayern 18/27961

1. Halbjahr 22

Innerhalb der letzten sechs Monate mussten am hessischen Flughafen Frankfurt am Main zwei Abschiebungen wegen versuchter Selbstverletzung oder versuchtem Suizid abgebrochen werden. Die beiden Personen sind aus Algerien und Bangladesch.

BT DS 20/3130

2. Quartal 22

Suhl – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

LT DS Thüringen 7/6985

2. Quartal 22

Hansestadt Hamburg. In der Rückführungseinrichtung des Flughafens unternahm ein 30 Jahre alter Mann einen Suizidversuch. Er sollte nach Algerien abgeschoben werden.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/9041

1. Juli 22

Bundesland Bayern. In der JVA Hof sitzt derzeit ein Abschiebegefangener, der in vier Tagen nach Pakistan abgeschoben werden soll. Er ist werdender Vater und zudem Vater eines dreijährigen Kindes, dessen pakistanische Mutter in Besitz einer Blue Card ist.

Aufgrund einer Anordnung des Verwaltungsgerichts wird er aus der Haft entlassen und die Entscheidung des Verwaltungsgerichts zu seinem Asylantrag steht auch im Januar 2023 noch aus. Er lebt weiterhin mit einer Duldung – das zweite Kind ist inzwischen geboren worden.

Hum Hain Pakistan

2. Juli 22

Seelow im brandenburgischen Landkreis Märkisch-Oderland. Eine 36 Jahre alte Geflüchtete aus Syrien wird im Treppenhaus eines Mehrfamilienhauses von einer 52 Jahre alten Frau rassistisch beschimpft und körperlich angegriffen.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung ein.

*OPP;
BT DS 20/5773*

2. Juli 22

Landeshauptstadt Magdeburg in Sachsen-Anhalt. In der Dessauer Straße vor einem Asia-Imbiss werden gegen 20.30 Uhr vier Geflüchtete aus Syrien von mehreren Männern rassistisch beleidigt. Als sie weggehen, verfolgen diese sie, holen sie ein und treten und schlagen auf sie ein.

Dann flüchten die Täter unerkannt mit einem schwarzen Auto. Die Syrer im Alter von 14, 19, 20 und 21 Jahren werden alle verletzt, verweigern aber medizinische Behandlung.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung. Später wird Anklage gegen einen 49 Jahre alten Tatverdächtigen erhoben.

*LT DS SaAnh 8/1722;
LT DS SaAnh 8/2238;
BT DS 20/4253*

2. Juli 22

Erfurt – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 20/4253

2. Juli 22

Bayern – Landkreis Rosenheim. Auf der Autobahn A8, nahe Raubling am Chiemsee, stoppen Polizist:innen in Zivil einen PKW und legen den beiden Insassen, Yaşer Örnek und Durmaz Yahisi, Handschellen an – die Hände auf den Rücken fixiert. Der 27 Jahre alte Kurde Yaşer Örnek wird aufgrund eines von der türkischen Regierung veranlassten Interpol-Fahndungersuchens verhaftet und kommt in Auslieferungshaft nach Bernau.

Der 1. Strafsenat des Oberlandesgerichts München lehnt dieses Ersuchen am 12. Juli ab, Yaşer Örnek kann die JVA verlassen und in die Schweiz zurückkehren, wo er lebt.

Aufgrund seiner oppositionellen Tätigkeiten in Adana war er schon während seines Studiums (Türkisch und Literatur) an der Cukurovo-Universität mehrmals festgenommen worden. 2015 saß er drei Monate in Untersuchungshaft, weil er im Wahlkampf an einer Sitzung der Demokratischen Partei der Völker (HDP) teilgenommen hatte.

Nachdem er im Zusammenhang mit seinen – legalen – politischen Aktivitäten für die HDP wegen "Mitgliedschaft in einer Terrororganisation" angeklagt wurde, war er 2018 aus der Türkei geflohen und bekam in der Schweiz schließlich eine Aufenthaltsgenehmigung der "Kategorie B", die an politisch Verfolgte ausgegeben wird.

*ANF 9.7.22; ANF 12.7.22;
AZADI-infodienst Nr. 225*

3. Juli 22

Halle im Bundesland Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird in der Altstadt an einer Haltestelle ein 19 Jahre alter Geflüchteter gegen 5.00 Uhr angegriffen und verletzt.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS SaAnh 8/2236;
BT DS 20/5773*

4. Juli 22

Spremberg im brandenburgischen Landkreis Spree-Neiße. Ein Kind von Geflüchteten aus Afghanistan wird von einer Frau aus rassistischer Motivation heraus körperlich angegriffen.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung ein.

*OPP (Polizei);
BT DS 20/5773*

4. Juli 22

Nordkirchen im nordrhein-westfälischen Landkreis Coesfeld. Am Montagmorgen erscheinen Mitarbeiter:innen der Ausländerbehörde in der Flüchtlingsunterkunft im Ortsteil Südkirchen und nehmen den 30 Jahre alten Victor Irobore fest. Anschließend erfolgt seine Abschiebung nach Nigeria.

Das passiert so überraschend, dass sein Chef vermutet, dass er sicher krank sei, denn sonst gebe es keine Gründe nicht zur Arbeit zu kommen. Victor Irobore arbeitet in dem Logistikunternehmen Hirsch GmbH in Herbern seit Juli 2019 und seit 1. August 2020 mit festem Arbeitsvertrag. Zudem hat die Firma von der Agentur für Arbeit einen Zuschuss von 4.000 Euro (25 %) für eine neue Maschine bewilligt bekommen, mit der Sehbehinderte besser arbeiten können.

Victor Irobore leidet unter Albinismus, einer angeborenen Unfähigkeit des Körpers, Melanin (Hautfarbstoff) in der Haut und anderen Organen, zu bilden. In Zusammenhang damit ist er stark sehbehindert, was nicht behandelt werden kann.

Er war als 23-Jähriger nach Deutschland gekommen, weil er als sogenannter Albino in Nigeria gesellschaftlich geächtet und gefährdet war. Er hat sich hier durchgekämpft, lernte Deutsch und konnte sich als praktizierender Katholik – auch durch die katholische Gemeinde – immer besser einfinden.

Einen Rückschlag erlebte er, als die Ablehnung seines Asylantrags im Jahre 2019 vom Verwaltungsgericht Münster bestätigt wurde.

Wegen der geplanten Gesetzesänderungen für Langzeitgeduldete hätte die Ausländerbehörde Coesfeld die Entscheidung zur Abschiebung vertagen können – was aber nicht passierte.

Victor Irobore steht auch nach der Abschiebung in Kontakt zu seiner Gemeinde und seinem Chef. Dieser berichtet, dass er in der Millionenstadt Lagos jetzt eine Unterkunft suche.

*RN 8.8.22;
Abschiebungsreporting NRW 31.8.22*

5. Juli 22

Flensburg an der deutsch-dänischen Grenze im Bundesland Schleswig-Holstein. Im Zusammenhang mit ihrem nicht erlaubten Grenzübergang werden zwei geflüchtete Personen aus Marokko festgestellt, die mit dem Verdacht, eine ansteckende Hautkrankheit zu haben, umgehend in ein Krankenhaus gebracht werden.

BT DS 20/6318

5. Juli 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Unterbringung minderjähriger Ausländer:innen (UmA) Feuerbergsstraße gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10550

5. Juli 22

Nordkirchen im nordrhein-westfälischen Landkreis Coesfeld. Nach fünf Jahren Deutschland-Aufenthalt wird Hassan Ali völlig unerwartet festgenommen, von Berlin aus nach Katar geflogen und dann weiter nach Pakistan abgeschoben.

Der Weg vom Flughafen Islamabad bis zu seinem Heimaort im Westen des Landes wird für ihn zur Tortur: Er wird ausgeraubt und ihm werden mit Messern tiefe Wunden am ganzen Körper zugefügt. Er wäre fast verblutet, berichtet sein Unterstützer und Betreuer in Deutschland, der mit ihm in Kontakt steht.

Hassan Ali war vor sechs Jahren alleine aus Pakistan geflohen und hatte Deutschland nach einer achtmonatigen Odyssee erreicht. Er hatte schnell Fuß gefasst und war zum Zeitpunkt seiner Abschiebung schon lange Zeit festes Teammitglied des Schlossrestaurants, in dem er als Aushilfe in der Spülküche, beim Schneiden von Lebensmitteln und bei Reinigungsarbeiten mitarbeitete. Eine Festanstellung war für den nächsten Monat geplant.

*RN 8.8.22;
Deportation Alarm*

7. Juli 22

Landkreis Zwickau – Bundesland Sachsen. Da der 28 Jahre alte Ehemann zur Zeit der Abschiebung der Familie nicht Zuhause ist, werden seine Frau (29) und die sechsjährige Tochter und die drei und sieben Jahre alten Söhne alleine abgeschoben. Damit ist die Familie nach fast fünfjährigem Deutschland-Aufenthalt getrennt.

LT DS Sachsen 7/12010

7. Juli 22

Landeshauptstadt Dresden – Bundesland Sachsen. Da der 35-jährige Ehemann zur Zeit der Abschiebung nicht Zuhause ist, wird seine Frau (42) mit der einjährigen Tochter abgeschoben. Damit ist die Familie getrennt. Das Ehepaar hatte sich knapp zwei Jahre in Deutschland aufgehalten.

LT DS Sachsen 7/12010

8. Juli 22

Neubrandenburg im mecklenburg-vorpommerschen Landkreis Mecklenburgische Seenplatte. Die Polizei wird gegen 1.50 Uhr in die Gemeinschaftsunterkunft gerufen, weil sich eine dort wohnende Person versuchte, mit einem Messer zu verletzen.

Die Person kommt zur medizinischen Versorgung ins Krankenhaus.

LT DS MeckPom 8/2078

8. Juli 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Auf dem Stützbrack gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10550

10. Juli 22

Sonneberg – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 20/4253

11. Juli 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (öU) Mattkamp gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10799

12. Juli 22

Wusterhausen – Brandenburg. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/5773

12. Juli 22

Karlsfeld im Landkreis Dachau – Bundesland Bayern. Gegen 1.00 Uhr nachts kommen Polizist:innen in die Unterkunft und nehmen Familie Esiovmwa fest, um sie zur Abschiebung an den Flughafen München zu bringen. Die Eltern werden mit ihren drei Kindern, sechs, zehn und elf Jahre alt, nach Nigeria abgeschoben.

Beide Eltern sind krank. Herr Esiovmwa leidet an einer Autoimmunerkrankung und war medikamentös gut eingestellt, in Nigeria sind die Medikamente, die er benötigt, nicht erhältlich. Frau Esiovmwa hätte am Tag der Abschiebung einen wichtigen Untersuchungstermin gehabt, da der Verdacht eines Tumors im Raum steht und eine Operation bereits geplant ist. Der Sohn Gabriel hat schweres Asthma und eine Behinderung und zeigte aufgrund einer speziellen Förderung am Wohnort zuletzt gute Entwicklungsfortschritte.

Die Familie lebte seit 2015 in Deutschland und besaß eine Duldung, die nach dem 1. November 2021 nicht weiter verlängert wurde. Herr Esiovmwa war bei einer Reinigungs-firma angestellt, die ihn gerne weiterbeschäftigt hätte, was jedoch aufgrund der fehlenden Duldungsverlängerung nicht möglich war.

Ein Härtefallverfahren war in Vorbereitung, was der Ausländerbehörde Dachau bekannt war.

Der bayerische Flüchtlingsrat sowie Bundesstagsabgeordnete der Grünen forderten den Landrat und das bayerische Innenministerium auf, Familie Esiovmwa die Rückkehr zu ermöglichen.

In Nigeria ist die Familie mittellos. Die Kinder können aufgrund der Gebühren keine Schule besuchen. Für den behinderten Sohn der Familie gibt es ohnehin keine geeignete Schulform, die seinen besonderen Bedürfnissen gerecht wird. Die Wohnung der Familie hat keinen Stromanschluss, sodass dem Sohn bei einem Asthma-Anfall der elektrische Ventilator nutzlos ist.

*FRat Sachsen 15.7.22; MM 15.7.22;
Beate Walter-Rosenheimer- MdB;
SZ 3.8.22; SZ 1.9.22*

13. Juli 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (öU) Brookkehre gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10550

13. Juli 22

Detmold – Nordrhein-Westfalen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Eine Person wird dabei verletzt. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

LT DS NRW 18/3051

13. Juli 22

Erstaufnahme-Einrichtung des Landes Hessen in der Rödgener Straße in Gießen. Am Nachmittag bricht in einem Zimmer der Anlage ein Feuer aus, die Feuerwehr rückt an und kann einen schwerverletzten Mann bergen. Dieser kommt mit einem Rettungshubschrauber in eine Spezialklinik, wo er am nächsten Morgen seinen schweren Verbrennungen erliegt. Es handelt sich um einen 34 Jahre alten Asylbewerber aus dem Irak.

Da die Tür des Zimmers von innen verbarrikiert und der Bewohner an Händen und Füßen gefesselt war, kommt der Verdacht des Fremdverschuldens auf.

Die Gießener Staatsanwaltschaft kommt schließlich zu den Erkenntnissen, dass der Mann das Feuer selbst gelegt und somit Suizid begangen hat – sie sieht die Selbsttötung als gesichert an.

Der Geflüchtete lebte seit mehr als 20 Jahren in Deutschland und war nach der Ablehnung des Asylantrags seit langem nur noch geduldet.

Nach seinem Tod wird bekannt, dass im Jahre 2009 beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) eine psychische Erkrankung bei ihm dokumentiert worden war.

Am 4. Juli, also vor einer guten Woche, war der Mann entsprechend dem Dublin-Verfahren aus Schweden nach Deutschland zurückgeschoben worden und die Erst- und Folgeuntersuchungen in der Erstaufnahme-Einrichtung ergaben offiziell keine Hinweise auf psychische Auffälligkeiten.

Auf die Frage der Linksfraktion im hessischen Landtag, wie es sein kann, dass jemand mit einer psychischen Erkrankung seit Jahren nicht behandelt wurde, verweist das Sozialministerium auf die Ermittlungsergebnisse.

*Polizei Mittelhessen 14.7.22;
Gall 15.7.22; FR 27.7.22;
FR 30.7.22;
LT DS Hessen 20/8932;
LT DS Hessen 20/10627*

14. Juli 22

Gera – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 20/5773

15. Juli 22

Uckerfelde im brandenburgischen Landkreis Uckermark. Bei einem Fußballspiel wird ein 19 Jahre alter Geflüchteter aus dem Irak von einem Mann aus rassistischer Motivation heraus körperlich angegriffen.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung ein.

*OPP (Polizei);
BT DS 20/5773*

16. Juli 22

Delitzsch – Sachsen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Sachsen 7/12008;
BT DS 20/5773*

19. Juli 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Unterbringung minderjähriger Ausländer:innen (UmA) Feuerbergstraße gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10550

19. Juli 22

Georgensmünd – Bayern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung greift ein Mann eine geflüchtete Person aus rassistischen Motiven an,

Es liegt ein Antrag auf Erlass eines Strafbefehls wegen des Verdachts auf gefährlicher Körperverletzung vor.

*LT DS Bayern 18/27987;
BT DS 20/4253*

21. Juli 22

Naumburg im Burgenlandkreis – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird auf der Straße ein 26 Jahre alter Geflüchteter aus Afghanistan gegen 23.30 Uhr von einem Mann angegriffen.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung ein.

*LT DS SaAnh 8/1725;
BT DS 20/4253*

22. Juli 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Zentrale Erstaufnahme (ZEA) Ankunftszentrum Bargkoppelweg (Nr. 66, 66a) gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10550

22. Juli 22

Ansbach im Bundesland Bayern. Gegen 6.35 Uhr erscheinen Polizeibeamt:innen in der Gemeinschaftsunterkunft Naglerstraße und klopfen an einer Zimmertür in der dritten Etage. Der 31 Jahre alte Bewohner aus dem Iran soll entsprechend dem Dublin-Verfahren nach Slowenien rückgeschoben werden. Als er nicht öffnet, benutzen sie einen Zweitschlüssel und finden das Zimmer leer und das Fenster offen. Unten auf dem Rasen liegt – lebensgefährlich verletzt – der Iraner, der erst seit zwei Monaten hier untergebracht war.

*Polizei Mittelfranken 22.7.22;
Fränkische Landeszeitung 25.7.22*

23. Juli 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Am Röhricht gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10799

23. Juli 22

München – Bayern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung greift ein Mann sechs geflüchtete Personen aus rassistischen Motiven an.

Das Verfahren wegen des Verdachts auf Körperverletzung wird später eingestellt.

Die Polizei stellt die Ermittlungen wegen des Verdacht auf Körperverletzung nach § 170 II StPO ein.

*LT DS Bayern 18/27987;
BT DS 20/5773*

23. Juli 22

München – Bundesland Bayern. Gegen 22:30 Uhr blockiert ein 21 Jahre alter Mann einem 30 Jahre alten Geflüchteten aus Somalia den Zugang zu einer Unterführung im Bereich der Maria-Probst-Straße. Dabei ist der Täter in Begleitung von zwei weiteren Männern, die 20 und 24 Jahre alt sind. Der Betroffene versucht, sich den Weg frei zu bahnen und wird daraufhin vom 21-jährigen Täter rassistisch beleidigt und körperlich angegriffen.

Noch während des Angriffs wird die Polizei verständigt, die die Daten der Täter aufnimmt und Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung einleitet.

*Polizei München 27.7.22;
AZ München 27.7.22; tz 27.7.22;
AZ München 28.7.22;
LT DS Bayern 18/27987;
BT DS 20/4253*

25. Juli 22

Chemnitz im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt ein 27 Jahre alter Bewohner aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/12006

27. Juli 22

Lutherstadt Wittenberg – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung werden in einem Park drei geflüchtete Personen aus Eritrea (29 bis 34 Jahre) von einem Mann angegriffen und verletzt.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung ein.

*LT DS SaAnh 8/1725;
LT DS SaAnh 8/2479;
BT DS 20/5773*

27. Juli 22

Halle im Bundesland Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird in der Südlichen Neustadt in einem Linienbus gegen 11.20 Uhr eine 22 Jahre alte Geflüchtete angegriffen und verletzt.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung ein.

*LT DS SaAnh 8/2048;
BT DS 20/4253*

27. Juli 22

Bremen – Bremen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/3007

29. Juli 22

Eberswalde im brandenburgischen Landkreis Barnim. Ein 20 Jahre alter Autofahrer beleidigt einen 21-jährigen Geflüchteten aus dem Iran und versucht dann, ihn mit dem Pkw zu verletzen.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung ein.

*OPP (Polizei);
LT DS Brbg 7/6630;
BT DS 20/5773*

30. Juli 22

Landeshauptstadt Schwerin – Ortsteil Stern Buchholz in Mecklenburg-Vorpommern. Die Polizei wird gegen 7.30 Uhr in die Erstaufnahme-Einrichtung gerufen, weil eine dort wohnende Person sich an den Unterarmen verletzt.

Die Person kommt zur medizinischen Versorgung ins Krankenhaus – anschließend in die Psychiatrie.

LT DS MeckPom 8/2078

30. Juli 22

Wiesbaden – Hessen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere

Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS Hessen 20/10624;
BT DS 20/5773*

31. Juli 22

Finsterwalde im brandenburgischen Landkreis Elbe-Elster. Ein 47 Jahre alter Geflüchteter aus Syrien wird von einem 36-jährigen Rassisten beschimpft und tätlich angegriffen.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung ein.

*OPP (Polizei);
LT DS Brbg 7/6630;
BT DS 20/5773*

31. Juli 22

Erfurt – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/5773

Juli 22

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Gemeinschaftsunterkunft unternimmt eine 18 Jahre alte Bewohnerin aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/12006

Juli 22

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Gemeinschaftsunterkunft unternimmt ein 20 Jahre alter Bewohner aus dem Irak einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/12006

Juli 22

Neustadt im hessischen Landkreis Marburg-Biedenkopf. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt in der Erstaufnahmeeinrichtung ein 20 Jahre alter Geflüchteter aus Marokko einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/10627

Juli 22

Gießen im Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt in der Erstaufnahmeeinrichtung ein 35 Jahre alter Geflüchteter aus Marokko einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/10627

Juli 22

Baden-Württemberg. Im Ankunftszentrum Meßstetten für Asylbewerber:innen unternimmt eine 18 Jahre alte Frau aus der Ukraine einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

Juli 22

Ingolstadt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS Bayern 18/27961

Juli 22

Landeshauptstadt München im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Pakistan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/27961

Juli 22

Nittendorf im bayerischen Landkreis Regensburg. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus dem Irak einen Suizidversuch durch Erhängen.

LT DS Bayern 18/27961

Juli 22

Landkreis Schweinfurt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Niederwerm unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS Bayern 18/27961

Juli 22

Augsburg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Äthiopien einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/27961

2. August 22

Ballenstedt im Landkreis Harz – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung werden gegen 17.20 Uhr zwei geflüchtete Personen aus der Russischen Föderation beziehungsweise der Türkei (männlich/weiblich – beide 21 Jahre alt) von einem unbekanntem Mann angegriffen.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung ein.

*LT DS SaAnh 8/2088;
BT DS 20/5773*

2. August 22

Frankfurt am Main – Bundesland Hessen. In einem Hotel in der Moselstraße im Bahnhofsviertels wird der 23 Jahre alte Somalier Amin F. von einem SEK-Beamten mit sechs Schüssen aus der Dienstpistole niedergestreckt. Vier Projektilen treffen seinen linken Unterarm, eines den Oberkörper und das letzte den Kopf. Er stirbt noch vor Ort.

Vorgeschichte: Kurz nach Mitternacht befand Amin F. sich mit zwei Sex-Arbeiterinnen im Zimmer 303 der 3. Etage. Als er sie aufforderte, mit ihm zusammen Betäubungsmittel zu konsumieren, lehnten die Frauen das ab und es entstand ein verbaler Streit.

Mit dem Zeigen seines Klappmessers forderte Amin F. die beiden dann auf, das Zimmer zu verlassen. Als sie hinausgingen, sah eine der Frauen einen revolverähnlichen Gegenstand auf dem Nachttisch liegen. Ihre Bedenken teilten die beiden dann einer vorbeikommenden Polizeistreife mit.

Daraufhin trafen Kräfte des Sondereinsatzkommandos-Süd (SEK), eine Verhandlungsgruppe, ein Überfallkommando und sonstige Polizeibeamt:innen – letztlich insgesamt knapp 80 Personen – vor Ort ein. Amin F. befand sich noch alleine in dem Hotelzimmer, als ein Diensthund des SEK gegen ihn gehetzt wurde. Er verletzte das Tier dann mit dem Messer schwer. Danach erfolgen die Todesschüsse gegen ihn.

Dieser Einsatz des Diensthundes geschah unüblicherweise ohne vorherige Verhandlungsversuche mit dem Somalier, der im übrigen der deutschen Sprache mächtig war. Die Beamt:innen hätten wissen müssen, dass sich ein Mensch, der ein Messer in der Hand hat, gegen ein angreifendes Tier wehren würde.

Danach wurden in seinem Hotelzimmer noch zwei Schusswaffenimitationen gefunden: ein Feuerzeug und eine Spielzeugpistole.

Das Landeskriminalamt (LKA) beginnt mit den polizeilichen Ermittlungen wegen des Schusswaffengebrauchs. Der

Polizei-Einsatz sowie die Tatortarbeit und -reinigung werden ebenfalls polizeintern vom LKA überprüft. "Dadurch sind sowohl die Neutralität als auch einheitliche, hohe Standards der Ermittlungen sichergestellt", so der Innenminister Peter Beuth.

Zwei Wochen nach der Erschießung von Amin F. leitet die Staatsanwaltschaft Frankfurt die Ermittlungen gegen einen Beamten des SEK wegen des Verdachts auf Totschlag ein.

In der Antwort auf einen sogenannten dringlichen Berichts-antrag der Linksfraktion im Landtag begründet der Innenminister Peter Beuth die Gefährlichkeit des Geflüchteten später wie folgt: Zum einen war er alkoholisiert und hatte eventuell Drogen genommen, zum anderen hatte er ein Messer mit einer Klingenlänge von circa 20 Zentimetern bei sich, das er den Frauen gezeigt hatte. Er sei polizeilich durch zahlreiche Straftaten – auch Raub und Körperverletzung – bekannt. "Hieraus sowie aus den Gesamtumständen der Tat [sic !] ergab sich die Gefahr, dass er sein Zimmer jederzeit hätte verlassen und Polizeikräfte oder Unbeteiligte angreifen können".

Der Einsatz des Diensthundes erfolgte daher mit dem Ziel, ein milderer, geeignetes Mittel einzusetzen.

Gut ein halbes Jahr nach dem tödlichen Polizeieinsatz sind die Ermittlungen gegen den Todesschützen nicht entscheidend vorangekommen. Erst Mitte Februar 2023 sind die DNA-analytischen Untersuchungen beim Landeskriminalamt (LKA) abgeschlossen – ein schriftliches Gutachten dazu liege noch nicht vor, so die Staatsanwaltschaft.

Als weitere Gründe für die Verschleppung der Ermittlungen werden genannt: Dass die Aussagen der zahlreichen Zeug:innen doch teilweise deutlich auseinander gingen und oft nur eingeschränkt glaubhaft seien. Außerdem führe "der Umfang und die Komplexität" des Verfahrens dazu, "dass der Dezerent angesichts der quasi dauerhaften Belastung mit zahlreichen Haft- und Unterbringungssachen seit dem Eingang des polizeilichen Abschlussberichts leider nicht die Zeit hatte, sich dem Verfahren in der auch nur im Mindestmaß gebotenen Tiefe zu widmen", so die Staatsanwaltschaft weiter.

*FR 2.8.22; FR 8.9.22;
LT Hessen INA 8.9.22;
LT DS Hessen 20/9011;
FR 18.2.23*

2. August 22

Bietingen im Bundesland Baden-Württemberg. Im Zusammenhang mit ihrem nicht erlaubten Grenzübertritt werden zwei geflüchtete Personen aus Afghanistan in einem LKW festgestellt. Sie leiden aufgrund mangelnder Flüssigkeitsaufnahme unter körperlicher Austrocknung.

BT DS 20/6318

3 August 22

Meiningen – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/4253

4. August 22

Buckow im brandenburgischen Landkreis Märkische Schweiz. Ein 22 Jahre alter Geflüchteter aus dem Iran wird von einem 40-jährigen Rassisten beleidigt und tätlich angegriffen.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung ein.

*OPP (Polizei);
BT DS 20/5773*

4. August 22

Erfurt – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/5773

5. August 22

Erfurt – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/5773

5. August 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Zentrale Erstaufnahme (ZEA) Ankunfts-zentrum Bargkoppelweg (Nr. 66, 66a) gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10550

5. August 22

Gemeinde Gräfelfing im Landkreis München – Bundesland Bayern. Ein 65 Jahre alter Mann beleidigt zunächst gegen 16:30 Uhr an der Bushaltestelle Lochhamer Straße eine 35 Jahre alte Geflüchtete aus Afghanistan rassistisch und sexistisch. Als sich die Betroffene entfernen will, greift der Täter nach ihr, schüttelt sie und schlägt ihr mehrfach gegen den Oberkörper, wodurch sie leicht verletzt wird.

Es gelingt ihr, die Polizei zu verständigen, die die Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung einleitet.

*Polizei München 9.8.22;
AZ München 10.8.22; MM 10.8.22;
SZ 10.8.22; Welt 10.8.22;
LT DS Bayern 18/27987;
BT DS 20/4253*

6. August 22

Greifswald im mecklenburg-vorpommerschen Landkreis Vorpommern-Greifswald. Die Polizei wird gegen 22.00 Uhr in die Gemeinschaftsunterkunft gerufen, weil sich eine dort wohnende Person mit einem Messer selbst verletzte.

Die Person kommt zur medizinischen Versorgung ins Krankenhaus – anschließend in die Psychiatrie.

LT DS MeckPom 8/2078

6. August 22

Wittlich – Rheinland-Pfalz. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 20/4253

6. August 22

Burgau – Bayern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung greift ein Mann zwei geflüchtete Personen aus rassistischen Motiven an.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährlicher Körperverletzung.

*LT DS Bayern 18/27987;
BT DS 20/4253*

7. August 22

Wiesenthal – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere

Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.
BT DS 20/4253

8. August 22

Haren – Niedersachsen. Politisch motiviert geschieht es, dass nach verbalen Streitigkeiten, dass eine geflüchtete Person von dem Gegenüber angespuckt wird.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/5773;
Innenministerium NieSa 6.6.23

8. August 22

Bundesland Nordrhein-Westfalen – Dortmund-Nordstadt, Holsteiner Straße 21. Am Nachmittag gegen 16.00 Uhr sitzt der 16-jährige Mouhamed Lamine Dramé allein – den Rücken zur Kirchenmauer – auf dem Hof des katholischen Pfarramtes St. Antonius. Er hält ein Messer in der Hand und bewegt es immer wieder gegen seinen nackten Bauch – sein Kopf ist gesenkt.

Mitarbeiter:innen der Jugendhilfeeinrichtung machen sich Sorgen um den psychisch angeschlagenen Geflüchteten aus dem Senegal. Mehrere versuchen mit ihm in verschiedenen Sprachen Kontakt aufzunehmen – er reagiert nicht. Sie rufen schließlich die Polizei, bitten diese um Hilfe, damit der Jugendliche in stationäre Behandlung gebracht werden kann.

Zwölf Polizeibeamt:innen erscheinen und sprechen den Jugendlichen an, der allerdings weiterhin in seiner Haltung verharrt. Erst als sie ihn mit Pfefferspray attackieren, springt er auf. Es werden noch zwei Taser-Metalle (Elektroschockpistolen) auf seinen Körper abgeschossen – danach feuert ein Polizist, von außen durch den Gitterzaun des Geländes aus drei Meter Entfernung sechs Schüsse aus einer Maschinenpistole (MP5) ab. Von fünf Projektilen getroffen, bricht der Junge zusammen, er kommt ins Klinikum Nord und erliegt um 18.02 Uhr seinen schweren Verletzungen.

Umgehend wird Polizei und Presse von einem aggressiven Menschen berichtet, der mit dem Messer (Klinge 15-20 cm) auf die Beamt:innen losgegangen sei, sie in Lebensgefahr brachte, sodass ihnen nichts anderes übrig blieb, als zu schießen. Diese Geschichte wird auch immer wieder über lange Zeit von Innenminister Herbert Reul (CDU) wiederholt.

An der am 12. August stattfindenden Trauerfeier im Innenhof der Abu Bakr Moschee nehmen mehrere Hundert Menschen teil. Es verabschieden sich vor allem Angehörige aus afrikanischen und muslimischen Communities. Anwesend ist auch der Oberbürgermeister von Dortmund, Thomas Westphal (SPD), der in seiner Trauerrede mehrmals um Vertrauen in die Polizei und Justiz wirbt. Die Reaktion der Trauernden sind z.T. wütende und verärgerte Zwischenrufe.

Im Anschluss an die Trauerfeier bewegt sich eine Demonstration von der Moschee zum Rathaus, wo eine lückenlose Aufklärung der Erschießung von Mouhamed Lamine Dramé gefordert wird.

Am 2. September geht die Staatsanwaltschaft Dortmund an die Öffentlichkeit und stellt die bisherigen Aussagen von polizeilicher Seite deutlich in Frage.

Ein neues Beweismittel ist aufgetaucht: Es ist die Aufzeichnung eines Telefonats zwischen einem Sozialarbeiter und der Notrufzentrale der Polizei, also ein Tonmitschnitt über den gesamten polizeilichen Einsatz bis zu den tödlichen Schüssen.

Zum Vorwurf des Angriffs des Jugendlichen, der nach der Anwendung des Pfeffersprays auf die Polizei losgegangen sein soll, schreibt die Staatsanwaltschaft: "Als dem Jugendlichen die aufgesprühte Flüssigkeit über den Kopf lief, stand er auf, wischte sich mit einer Hand über den Kopf und wendete sich

mit einem Schritt nach rechts ... Unmittelbar danach setzten eine Polizeibeamtin und ein Polizeibeamter die Distanzelektronimpulsgeräte ein ... Sehr zeitnah ... ggf. sogar zeitgleich zu dem Einsatz des zweiten Gerätes – gab ein Polizeibeamter sechs Schüsse aus der mitgeführten Maschinenpistole ab." Weiterhin wird bekannt, dass alle anwesenden Beamt:innen BodyCams trugen, keine jedoch angestellt wurde.

Staatsanwalt Carsten Dombert: "Wir gehen davon aus, dass der Einsatz von Beginn an nicht verhältnismäßig gewesen ist."

Das Polizeipräsidium Recklinghausen, das aus "Neutralitätsgründen" ohnehin die Ermittlungen gegen die Dortmund-Kolleg:innen führt, richtet eine Mordkommission ein, denn gegen den Schützen wird jetzt wegen Verdacht auf Totschlag ermittelt – er wird vorläufig vom Dienst suspendiert. Ermittelt wird auch gegen die Beamtin, die Reizgas eingesetzt hatte, die Polizistin, die den Taser bediente und ihren Kollegen, der auch den Taser abschoss – wegen gefährlicher Körperverletzung. Gegen den Einsatzleiter lautet der Vorwurf "Anstiftung zur gefährlicher Körperverletzung im Amt".

Nach sechs Monaten Ermittlungen erhebt die Staatsanwaltschaft Anklage gegen die fünf Polizeibeamt:innen. In der 33-seitigen Anklageschrift stehen weitere Einzelheiten zum Geschehen.

Die Polizist:innen hatten beim Eintreffen am Ort eine statisch ruhige Situation vorgefunden. Es bestand also kein akuter Handlungsbedarf. Ohne einen Dolmetscher hinzuzuziehen, der den Jungen auf Französisch hätte ansprechen können, und ohne den Einsatz geschulter Verhandler:innen befahl der Einsatzleiter über Funk: "Vorrücken und einpfeffern. Das volle Programm. Die ganze Flasche!" Und wenige Sekunden später: "Ich wiederhole: Vorrücken. Schlagartig. Und den Mann einpfeffern." Es brauchte dann sechs Sekunden, bis die Flasche (mit überschrittenem Haltbarkeitsdatum) leer war.

Mouhamed Lamine Dramé stand auf und drehte sich in Richtung Innenhof, bewegte sich wenige Meter bis er durch den Beschuss eines der Elektro-Geschosse im Bauch- und Genitalbereich getroffen wurde und sich – wahrscheinlich vor Schmerzen – zusammenkrümmte. Unmittelbar danach – quasi zeitgleich (0,71 sek) – feuerte der als "Sicherheitsposten" abgestellte Polizist S. sechs Schüsse aus seiner Maschinenpistole ab, von denen fünf Projektilen trafen. Sie verletzten den Jugendlichen am Oberschenkel, im Bauch, an der rechten Schulter, im Gesicht und am Unterarm.

Drei Minuten nach dem ersten Ansprechen des Jugendlichen war der Höhepunkt der polizeilichen Eskalation mit seiner Erschießung überschritten.

Mouhamed Lamine Dramé war von schmächtiger Statur – 1,60 Meter und 57 Kilogramm – und wird als ein in sich gekehrter, ruhiger, trauriger und defensiver Mensch von Personen aus seinem Umfeld beschrieben. "Ein schüchterner Teenager", sagt ein Nachbar.

Er hatte Ende 2019 zusammen mit seinem Stiefbruder den Senegal verlassen. Über Mali und Mauretanien gelangten sie nach Marokko, wo sie ein Boot bestiegen, das sie nach Spanien bringen sollte. Sein Bruder hat die Fahrt nicht überlebt – er ist ertrunken.

Über Spanien und Frankreich erreichte Mouhamed Lamine Dramé im April 2022 Deutschland und wurde als unbegleiteter, jugendlicher Flüchtling zunächst in Rheinland-Pfalz registriert und in Zornheim, einem kleinen Dorf südlich von Mainz, untergebracht.

Es ging ihm psychisch schlecht, er hatte Schlafprobleme und weinte nachts oft – zu Freizeitangeboten musste er motiviert werden. Eine Ausnahme war das Fußballspielen. Er spielte leidenschaftlich gerne, sodass überlegt wurde, ihn an

einen Verein zu vermitteln. Weil es in umliegenden Einrichtungen keinen Platz für ihn gab, wurde er am 1. August in die Jugendhilfeeinrichtung der katholischen Kirche nach Dortmund gebracht. Darüber hat er sich gefreut, denn er war glühender Anhänger des Fußballvereins Borussia Dortmund (BVB).

Doch die schweren Erlebnisse der Vergangenheit belasteten ihn sehr und noch in der Nacht vor dem tödlichen Polizeieinsatz hatte er sich selbst bei der Polizei gemeldet und dort Suizidabsichten geäußert.

Sie brachten ihn in die eine Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie (LWL-Klinik), die er allerdings nach ärztlicher Untersuchung am folgenden Tag auf eigenen Wunsch wieder verlassen hatte.

Auch zum Einsatz am 8. August war die Polizei gerufen worden, um ihn in stationäre Behandlung zu bringen.

Spiegel 9.8.22; WB 10.8.22; Welt 11.8.22; dw 12.8.22; RN 13.8.22; KStA 13.8.22; wdr 15.8.22; wdr 16.8.22; taz 19.8.22; HeA 1.9.22; Spiegel 14.9.22; ARD "Monitor" 15.9.22; DoZ 27.10.22; WAZ 27.10.22; RN 9.11.22; SD 18.2.23; RN 20.2.23; WamS 4.3.23

9. August 22

Falkensee im brandenburgischen Landkreis Havelland. Ein Geflüchteter aus Syrien wird von mindestens vier Personen rassistisch beleidigt und körperlich angegriffen.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung ein.

*OPP (Polizei);
BT DS 20/5773*

10. August 22

Unterbringungseinrichtung für Ausreisepflichtige (UfA) Büren in Nordrhein-Westfalen. Ein seit sieben Tagen einsitzender 38 Jahre alter abgelehnter Asylbewerber aus Gelsenkirchen wird über den Flughafen Hannover mit einem Sammelcharter nach Lagos in Nigeria abgeschoben. Damit ist er von seiner Familie getrennt: von seiner nigerianischen Lebenspartnerin, ihren drei gemeinsamen Kindern im Alter von zwei und fünf Jahren (Zwillinge) und dem siebenjährigen Kind, das die deutsche Staatsangehörigkeit hat, weil dessen Vater deutsch ist. Die gemeinsamen Kinder und die Mutter sind in Besitz von Aufenthaltserlaubnissen.

Durch die Aussage der Stadt Gelsenkirchen, auch das deutsche Kind könne im Familienverband nach Nigeria ausreisen, wurde festgelegt, dass das Siebenjährige durchaus auf den direkten körperlichen Kontakt mit dem in Deutschland lebenden Vater verzichten könne, denn es gebe ja Messenger-Dienste, über die der Kontakt gehalten werden könne.

Mit der Abschiebung wurde auch eine 30-monatige Wiedereinreiseperrre festgelegt.

Der abgeschobene Familienvater ist seit 2015 in Deutschland und arbeitete bis zur seiner plötzlichen Festnahme am 3. August um 6.00 Uhr in seiner Wohnung in Vollzeit als Produktionshelfer in der Metallverarbeitung.

Damit wäre er prädestiniert, mithilfe des sogenannten Chancen-Aufenthaltsrechts, welches zur Zeit noch im Bundesrat beraten wird, ein Bleiberecht zu erhalten. Die Landesregierung NRW hatte in einem Vorgrifferrlass am 15. Juli 22 sogar schon festgelegt, dass die Ausländerbehörden bei den ausreisepflichtigen Menschen, die die Kriterien für die neue Regelung erfüllten, keine Abschiebungen einleiten sollen. Die Stadt hat diese Regelungen und damit auch das Kindeswohl schlichtweg ignoriert.

Unterstützende und Protestierende fordern eine Rückkehr des Nigerianers, damit ihm ein Bleiberecht zugestanden werden kann.

Der Abgeschobene wurde mittellos am Flughafen ausgesetzt. Er hat auch Monate später noch keine Arbeit gefunden, muss sich Geld bei Bekannten leihen und kann den Schock der Trennung von seiner Familie schwer verkraften.

*R4R 11.8.22; ProAsyl 11.8.22;
Abschiebungsreporting NRW 17.11.22;
WAZ 29.11.22; WAZ 10.12.22;
Abschiebungsreporting NRW 13.2.23*

11. August 22

Bad Lausick im Landkreis Leipzig – Bundesland Sachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird eine geflüchtete Person aus Syrien rassistisch beleidigt und tödlich angegriffen.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS Sachsen 7/11240;
LT DS Sachsen 7/12008;
BT DS 20/5773*

13. August 22

Dresden – Seevorstadt-Ost im Bundesland Sachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es zu einem tödlichen Angriff auf eine geflüchtete Person aus Syrien.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS Sachsen 7/12008;
LT DS Sachsen 7/11240;
BT DS 20/4253*

14. August 22

Erfurt – Thüringen. Eine Familie mit spielenden Kindern wird im Nordpark von zwei Männern zunächst rassistisch beleidigt. Im Anschluss wird das siebenjährige Kind der Familie mit einer Glasflasche beworfen und schwer verletzt.

*Ezra;
LT DS Thüringen 7/7259;
BT DS 20/5773;*

14. August 22

Hannover – Niedersachsen. Politisch motiviert kommt es nach rassistischen Beleidigungen auch zu Körperverletzungen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*BT DS 20/5773;
Innenministerium NieSa 6.6.23*

15. August 22

Greifswald im mecklenburg-vorpommerschen Landkreis Vorpommern-Greifswald. Die Polizei wird gegen 22.40 Uhr in die Gemeinschaftsunterkunft gerufen, weil sich eine dort wohnende Person zu Tode stürzen wollte.

Die Person kommt zur medizinischen Versorgung ins Krankenhaus – anschließend in die Psychiatrie.

LT DS MeckPom 8/2078

15. August 22

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt ein 24 Jahre alter Bewohner aus Georgien einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/12006

16. August 22

Chemnitz im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt ein 25 Jahre alter Bewohner aus der Türkei einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/12006

16. August 22

Hoyerswerda im Bundesland Sachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf eine geflüchtete Person aus Guinea. Diese wird geschlagen.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Sachsen 7/11038;
LT DS Sachsen 7/12008;
BT DS 20/4253*

16. August 22

Hoyerswerda im Landkreis Bautzen - Sachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird eine geflüchtete Person aus Syrien körperlich angegriffen.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS Sachsen 7/11447;
LT DS Sachsen 7/12008;
BT DS 20/5773*

17. August 22

Flughafen Hamburg. Sammelabschiebung nach Armenien, die vom Landesamt für Zuwanderung und Flüchtlingen Schleswig-Holstein (LaZuF) federführend durchgeführt wird. Vor Ort im Terminal Tango sind drei Dolmetscher:innen, zwei Notärzt:innen, ein Frontex-Monitor und diverse Bundespolizist:innen anwesend. Insgesamt werden 43 Personen aus vielen Bundesländern abgeschoben.

Ein Ehepaar aus Bayern wird getrennt zum Flughafen gebracht, denn der 57-jährige Mann kommt in einem Krankenwagen und ist auf der Liege mit einem Fesselungsgurt fixiert. Er trägt nur eine Badehose, in die er eingenässt hat. Er berichtet der Abschiebungsbeobachterin, dass er während der langen Fahrt mehrmals geäußert hatte, dass er auf eine Toilette müsste.

Jetzt darf er seine Hose wechseln und wird anschließend wieder mit einem Fesselungsgurt fixiert.

Letztlich nicht abgeschoben wird ein Ehepaar, das mit seiner Familie seit 20 Jahren in Deutschland lebt. Der Mann war völlig überraschend in seiner Wohnung festgenommen worden, als er um 5.00 Uhr von der Nachtschicht gekommen war. Er beschwerte sich und wurde daraufhin mit Stahlhandschellen auf dem Rücken gefesselt. In dieser Position wurde er neben seiner Frau zum Flughafen gefahren.

Als sie auf dem Flughafen-Gelände eintreffen, schreit er laut vor Schmerzen und bittet darum, die Fesseln abzunehmen. Nach der Übergabe der beiden an die Bundespolizei werden die Schellen entfernt und die Verletzungen an den Handgelenken sichtbar. Die Beamt:innen veranlassen, dass die starken Druckstellen und Schwellungen fotografiert werden.

Da ihr Anwalt in der Zwischenzeit einen Asylantrag gestellt hat, können sie das Gelände wieder verlassen und werden von ihrer Familie vor Ort in Empfang genommen.

Abschiebungsbeobachtung HH 2022

17. August 22

Abschiebehafteneinrichtung im bayerischen Hof (Oberfranken). Eine einsitzende Person aus Afghanistan versucht sich zu strangulieren.

BT DS 20/6318

20. August 22

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt ein 44 Jahre alter Bewohner aus Kolumbien einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/12006

21. August 22

Berlin-Kreuzberg. In der Falckensteinstraße Ecke Wrangelstraße versuchen gegen 18.00 Uhr vier Polizeibeamt:innen den 24-jährigen gambischen Geflüchteten Bubacar X. festzunehmen. Das geschieht mit brachialer Gewalt, bei der die ohnehin verletzte Hand (offener Knochenbruch) des Betroffenen gepackt wird, sodass er vor Schmerzen schreit. Er wird zu Boden gebracht und einer der Beamten drückt sein Knie in seinen Nacken, um ihn zur Ruhe zu bringen – dann verliert er das Bewusstsein.

Zwischenzeitlich hatten die Beamt:innen Unterstützung angefordert, sodass von den Polizeiabschnitten 51 und 53 jeweils noch acht Personen hinzugekommen waren. Es befanden sich also 20 Uniformierte vor Ort, einer mit einer gezogenen Pistole, ein zweiter Kollege mit einem Taser-Gerät in der Hand. Diese Aufrüstung wird später damit begründet, dass die Menschenmenge, die sich gesammelt hatte und die Beendigung der Quälerei forderte, auf Abstand gehalten werden sollte.

Ein Rettungswagen bringt den Gambier ins Urban-Krankenhaus, das er nach kurzer Zeit wieder verlässt. Er hat immer noch starke Schmerzen in der Hand und neue Schmerzen an der Hüfte. Einen Beleg für den Krankenhaus-Besuch bekommt er nicht – er meint, dass das daran läge, weil er keine Krankenversicherung hat.

Als Anlass für diese gewaltvollen Übergriffe geben die Beamt:innen später an, dass sie Bubacar X. schwankend und offensichtlich desorientiert gesehen hätten. Ihre Kontrolle sei eine "gefahrenabwehrende Maßnahme" gewesen, mit dem Ziel "den Mann in einem Krankenhaus einem Arzt vorzustellen und ihn gegebenenfalls psychologisch betreuen zu lassen."

Die Polizei kann tatsächlich seit zweieinhalb Jahren im Wrangelkiez und in weiteren sogenannten kriminalitätsbelasteten Orten (KbO) wie Warschauer Brücke, Görlitzer Park, Kottbusser Tor, Alexander- und Hermannplatz systematisch und verdachtsunabhängig Personenkontrollen durchführen.

Die vier Beamt:innen, die Herrn X. zu Boden brachten, gehören der Brennpunkt- und Präsenzeinheit (BPE) an.

Der Beamte, der Herrn Bubaca X. mit seinem Knie im oberen Rücken die Luft nahm, war schon in der Vergangenheit eines rassistischen Übergriffs beschuldigt worden. Er soll einer Schwarzen Person gegen den Kopf getreten haben – das Verfahren wegen Körperverletzung im Amt sei eingestellt worden.

Bubaca X. war im Jahre 2015, also mit 17 Jahren, nach Deutschland geflüchtet und hatte Asyl beantragt. Seit dessen Ablehnung im Jahre 2017 lebt er ohne sicheren Aufenthalt, ohne Arbeitserlaubnis und ohne feste Bleibe in Berlin.

Gegen ihn wird jetzt aufgrund dieses polizeilichen Übergriffs ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte eingeleitet.

Auf die Frage der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus Berlin, inwiefern der "Griff zur Fixierung des Verdächtigen auf dem Boden mithilfe des Knies auf Brust, Rücken oder Nacken Bestandteil polizeilicher Ausbildung" sei, antwortete der Innensenat: "Die beschriebene Verhaltensweise ist nicht Bestandteil der polizeilichen Ausbildung."

*ND 30.8.22;
Wrangelkiez United 9.11.22;
Abgeordnetenhaus Berlin 19/13547*

21. August 22

Weimar – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 20/5773

23. August 22

Rostock in Mecklenburg-Vorpommern. Ein Flüchtling wird von einer Person auf der Straße rassistisch beleidigt und anschließend gestoßen, sodass der Betroffene sich verletzt.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung ein.

*LOBBI (Polizei);
LT DS MeckPom 8/2077;
BT DS 20/5773*

24. August 22

Köthen im Landkreis Anhalt-Bitterfeld – Bundesland Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird ein 28 Jahre alter Geflüchteter aus Guinea-Bissau gegen 16.00 Uhr von zwei Männern angegriffen.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS SaAnh 8/2048;
BT DS 20/4253*

26. August 22

Rostock in Mecklenburg-Vorpommern. Ein Geflüchteter wird rassistisch beleidigt und mit dem Tode bedroht. Anschließend würgt der Angreifer den Betroffenen mit beiden Händen und wiederholt dabei seine Todesdrohung, lässt dann jedoch ab.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung ein.

*LOBBI (Polizei);
LT DS MeckPom 8/2077;
BT DS 20/5773*

26. August 22

Leipzig im Bundesland Sachsen. Gegen 23.17 Uhr greifen unbekannte Täter:innen eine Unterkunft für Geflüchtete in der Linienstraße 15a im Stadtteil Grünau an. Sie werfen mehrere Brandsätze gegen die Fassade des Wohnblocks, in dem 180 Personen wohnen. Dadurch entsteht ein Feuer am Gebäudesockel, das schnell vom Sicherheitsdienst gelöscht werden kann. Verletzt wird durch den Angriff niemand.

Die alarmierte Polizei sichert Spuren der Brandsätze und befragt Bewohner:innen und das Sicherheitspersonal. Das polizeiliche Terrorismus- und Extremismus-Abwehrzentrum (PTAZ) übernimmt die Ermittlungen und sucht nach Zeug:innen des Angriffs.

Das Aktionsbündnis "Leipzig nimmt Platz" ruft anlässlich des Anschlags zu einer Solidaritätsdemonstration mit dem Thema "Pogrome von morgen verhindern" in der Nähe der Unterkunft einige Tage später auf. Bereits in den Jahren 1990 und 1991 griffen Neonazis das Haus, in dem auch damals Geflüchtete wohnten, an.

*LKA Sachsen 27.8.22;
Chronik.LE; S&Z 29.8.22;
Zeit 28.8.22; BT DS 20/5773*

28. August 22

Hoyerswerda im Landkreis Bautzen – Bundesland Sachsen. Kurz nach 22.00 Uhr stürzt sich Guijar Nasrudin aus dem

Fenster des vierten Stocks der Geflüchtetenunterkunft in der Thomas-Müntzer-Straße 25 in die Tiefe. Eintreffende Rettungskräfte können nichts mehr für ihn tun, er verstirbt vor Ort.

Der 53-jährige Geflüchtete aus Pakistan war seit 2015 im Landkreis Bautzen untergebracht und mindestens viermal in verschiedene Unterkünfte umverteilt worden. Herr Nasrudin litt unter den Folgen eines Schlaganfalls sowie einer Hepatitis C. Er war Dialyse-Patient und immer wieder in stationärer Behandlung. Aufgrund seiner gesundheitlichen Verfassung war er arbeitsunfähig, es wurde ihm zeitweise ein gerichtlicher Betreuer zugeteilt.

Sein Asylantrag war trotz seines desolaten Gesundheitszustands vor Jahren abgelehnt worden. Da Herr Nasrudin wegen seines verwehrteten Aufenthaltsstatus keine Krankenkassenscheine erhielt, musste er immer wieder Einzelbehandlungsscheine für ärztliche Untersuchungen beantragen, fachärztliche Untersuchungen waren nur nach vorheriger Prüfung durch das Gesundheitsamt möglich.

Seine medizinische Behandlung wurde außerdem durch die ständige Umverteilung in andere Unterkünfte erschwert. Herr Nasrudins Verzweiflung wuchs mit zunehmender Erkrankung. Hoffnungslos durch die fehlende Aufenthaltsperspektive und zermürbt durch die Behördenpraxis entschied er sich für eine Ausreise nach Pakistan. Aber auch hierbei erhielt er keine Unterstützung seitens der Behörden.

Nach seinem Suizid wird sein Leichnam in Pakistan von den Angehörigen beigesetzt. Nur vier Monate zuvor, hatte sich Ende April eine geflüchtete Person, aus derselben Unterkunft das Leben genommen. (siehe hierzu: Ende April 22)

*sachsen.de 5.9.22;
StA Görlitz/Bautzen 8.9.22;
FRat Sachsen 9.9.22;
Ralph Döcke – Unterstützer;
LT DS Sachsen 7/12006*

28. August 22

Sonneberg – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 20/5773

28. August 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Unterbringung minderjähriger Ausländer:innen (UaM) Feuerbergsstraße gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10550

28. August 22

Roßmann – Rheinland-Pfalz. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/4253

29. August 22

Leipzig-Grünau im Bundesland Sachsen. Von Freitagnachmittag (26. August) und Montagmorgen (29. August) versuchten Unbekannte die Eingangstür der Kita "Entdeckerland" in der Kändlerstraße 11 in Brand zu setzen. Die Kita wurde beschädigt, aber ein Feuer brach nicht aus. In dieser Kita werden geflüchtete Kinder aus der Ukraine betreut, jedoch bleibt sie an Wochenenden geschlossen.

Das polizeiliche Terrorismus- und Extremismus-Abwehrzentrum (PTAZ) beginnt mit den Ermittlungen, da ein politisches Motiv nicht ausgeschlossen werden kann. Ob ein Zusammenhang mit dem Brandanschlag in der Linienstraße am 26. August besteht, wird untersucht.
(siehe auch: 26. August 22)

*LKA Sachsen 30.8.22;
SäZ 30.8.22;
Spiegel 30.8.22*

29. August 22

Hansestadt Hamburg, Feuerwehr und Polizei werden in die Erstversorgung für minderjährige Geflüchtete (UmA) Stader Straße gerufen, weil eine dort wohnende minderjährige Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10550

29. August 22

Hansestadt Hamburg, Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Achterdars gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10550

30. August 22

Neubrandenburg im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte in Mecklenburg-Vorpommern. Ein Mann wird beim Warten an einer roten Ampel aus dem offenen Fenster eines nebenstehenden Fahrzeugs heraus rassistisch beleidigt. Nachdem sich der Betroffene an der nächsten roten Ampel durch eine Geste zur Wehr setzt, steigt der Angreifer aus, beschädigt den Seitenspiegel des Betroffenen und schlägt ihn anschließend zweimal mit beiden Fäusten auf die Brust.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LOBBI (Polizei);
LT DS MeckPom 8/2077;
BT DS 20/5773*

30. August 22

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt ein 18 Jahre alter Bewohner aus Tunesien einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/12006

31. August 22

Greifswald im Landkreis Vorpommern-Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird einem Geflüchteten von einem Unbekannten mit der Hand auf den Kopf geschlagen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS MeckPom 8/2077;
BT DS 20/5773*

31. August 22

Diepholz – Niedersachsen. Politisch motiviert werden mehrere Personen beleidigt und getreten.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*BT DS 20/5773;
Innenministerium NieSa 6.6.23*

31. August 22

Weiden – Bayern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung greift ein Mann eine geflüchtete Person aus rassistischen Motiven an.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Bayern 18/27987;
BT DS 20/4253*

31. August 22

Garching – Bayern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung greift ein Mann eine geflüchtete Person aus rassistischen Motiven an und verletzt sie.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Bayern 18/27987;
BT DS 20/5773*

August 22

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Gemeinschaftsunterkunft unternimmt ein 44 Jahre alter Bewohner aus Syrien einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/12006

August 22

Gießen im Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt in der Erstaufnahmeeinrichtung ein 29 Jahre alter Geflüchteter aus Guinea einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/10627

August 22

Baden-Württemberg. Im Ankunftszentrum Heidelberg für Asylbewerber:innen unternimmt ein 23 Jahre alter Mann aus dem Irak einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

August 22

Baden-Württemberg. Im Ankunftszentrum Heidelberg für Asylbewerber:innen unternimmt eine 23 Jahre alte Frau aus Tunesien einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

August 22

Landkreis Karlsruhe in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen (AU) unternimmt ein 43 Jahre alter Mann aus Nigeria einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

August 22

Landkreis Neckar-Odenwald in Baden-Württemberg. In einer vorläufigen Unterbringung für Asylbewerber:innen (VU) unternimmt ein 36 Jahre alter Mann aus dem Irak einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

August 22

Landkreis Böblingen in Baden-Württemberg. In einer Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 38 Jahre alter Mann aus dem Iran einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

August 22

Tübingen in Baden-Württemberg. In der Erstaufnahme-Einrichtung für Asylbewerber:innen unternimmt eine 25 Jahre alte Frau aus Serbien einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

August 22

Landeshauptstadt München im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Nigeria einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/27961

August 22

Großkarolinenfeld im bayerischen Landkreis Rosenheim. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus der Republik Moldau einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/27961

August 22

Landkreis Schweinfurt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Geldersheim unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Sturz aus einer Höhe.

LT DS Bayern 18/27961

August 22

Augsburg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Vergiftung/Verätzung.

LT DS Bayern 18/27961

2. September 22

Schlüchtern im hessischen Main-Kinzig-Kreis. Eine 2016 aus dem Irak geflohene Familie wird Opfer eines rassistisch motivierten Angriffs. Die Mutter, ihre drei Kinder – 14, 10 und fünf Jahre alt – sowie eine Freundin der Mutter werden um die Mittagszeit in der Schlüchterner Innenstadt von einem Hund angebellt. Die Mutter kommentiert das Verhalten des Hundes, woraufhin dessen Besitzer beginnt, die Familie rassistisch zu beleidigen. Die Mutter wehrt sich verbal, es folgen weitere rassistische und sexistische Beleidigungen. Als sich die älteste Tochter in die Auseinandersetzung einmischt, wirft der Hundebesitzer mit Obst aus seinem Garten nach der Familie.

Als der telefonisch hinzugerufene Familienvater eintrifft, wird dieser vom Hundebesitzer mit einem Schaufelstil attackiert. Er kann den Angriff abwehren, woraufhin sich der Hundebesitzer mit einem Stock bewaffnet und sich erneut der Mutter zuwendet. Diese fällt angesichts der drohenden Gewalt in Ohnmacht. Der Rettungsdienst erscheint am Tatort und versorgt die Familie, Vater und Tochter tragen leichte Verletzungen davon.

Die inzwischen eingetroffene Polizei rät der Familie zu einer Onlineanzeige sowie dazu, zukünftig einen anderen Nachhauseweg zu nutzen. Nach dem Eingang mehrerer Anzeigen ermitteln Polizei und Staatsschutz.

*Fuldaer Zeitung 16.9.22;
LT DS Hessen 20/10624*

3. September 22

Spremberg im brandenburgischen Landkreis Spree-Neiße. Eine Geflüchtete aus Afghanistan, die mit ihren Töchtern unterwegs ist, wird von mehreren Rassist:innen beleidigt und angepöbeln. Als die Töchter die Provokateure auffordern, die Beleidigungen zu unterlassen, bewerfen diese die Mutter mit Steinen und Stöcken.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung ein.

*OPP;
BT DS 20/5773*

3. September 22

Pößneck – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 20/5773

4. September 22

In Güstrow im Landkreis in Mecklenburg-Vorpommern. Ein Mann geht auf eine Gruppe jugendlicher Geflüchteter zu und beleidigt diese rassistisch. Anschließend schlägt er einem der Geflüchteten ins Gesicht.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung ein.

*LOBBI (Polizei);
LT DS MeckPom 8/2077;
BT DS 20/5773*

4. September 22

Berlin. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/4253

4. September 22

Landkreis Nordsachsen im Bundesland Sachsen. Ein 24 Jahre alter Geflüchteter aus Georgien nimmt sich das Leben.

LT DS Sachsen 7/12006

4. September 22

Erfurt – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/5773

5. September 22

Chemnitz im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt ein 23 Jahre alter Bewohner aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/12006

6. September 22

Wolfsburg – Niedersachsen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 20/5773

6. September 22

Buchholz – Niedersachsen. Politisch motiviert kommt es nach rassistischen Beleidigungen einer geflüchteten Person gegenüber auch zu gefährlicher Körperverletzung.

*BT DS 20/5773;
Innenministerium NieSa 6.6.23*

7. September 22

Eisenach – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 20/5773

8. September 22

Ansbach im bayerischen Regierungsbezirk Mittelfranken. Im Bereich des Parkplatzes Feuerbachstraße nahe des Bahnhofs, wird kurz nach 18.00 Uhr ein 30 Jahre alter Mann von ihm verfolgenden Polizeibeamt:innen gestellt. Dann flüchtet der Mann zu Fuß in Richtung Welslerstraße, wo er eingeholt wird. Mit zwei Messern in den Händen bewegt er sich auf die Beamt:innen zu, und als er sechs bis sieben Meter von ihnen entfernt ist, geben zwei Polizisten mehrere Schüsse auf ihn ab – dreifach getroffen bricht er zusammen. Noch vor Ort erliegt er seinen Verletzungen.

Bei dem Mann handelt es sich um einen Geflüchteten aus Afghanistan, dessen Duldung in einer Woche ablaufen wird. Er war 2015 nach Deutschland geflüchtet, hatte Asyl beantragt, das 2021 abgelehnt worden war. Seit zwei Jahren lebte er in einer örtlichen Gemeinschaftsunterkunft.

Es stellt sich schnell heraus, dass er in psychiatrischer Behandlung war, weil in seinem Zimmer Antidepressiva gefunden wurden. Er war – laut Polizei – in der Vergangenheit mehrmals wegen Körperverletzungsdelikten und einem Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz aktenkundig geworden.

Die jetzige Verfolgung durch die Polizei hatte den Grund, dass er im Bereich des Parkhauses der Feuerbachstraße einen 17-Jährigen zu Boden gebracht hatte und ihn – Messer in der Hand – mit dem Leben bedrohte. Dabei – so Zeug:innen – rief er mehrmals "Allahu Akbar". Ein 20-jähriger Passant kam dann dem Jugendlichen zu Hilfe und konnte den Angreifer vertreiben. Der 20-Jährige erlitt dabei mehrere Schnittverletzungen und der Jugendliche trug Würgemale davon. Aufgrund der Notrufe von Passant:innen war dann die Polizei erschienen.

Im Rahmen der Ermittlungen äußert die Staatsanwaltschaft fünf Tage nach den Zwischenfällen, dass die Todesschüsse der 25 und 22 Jahre alten Polizisten "gerechtfertigt" waren. Die Ermittlungen wären noch nicht beendet – es konnte bisher weder ein islamistischer noch ein terroristischer Hintergrund für das Handeln des Afghanen belegt werden.

Im März 2023 schließt die Staatsanwaltschaft die Vorermittlungsverfahren gegen die Polizisten ab. Die Schussabgaben von einem Beamten, der Arm und Brustkorb traf und dem Kollegen, der den Hals traf, seien wegen Lebensgefahr berechtigt und ein Warnschuss in der Kürze der Zeit nicht möglich gewesen.

Das gegen den erschossenen Afghanen gesondert eingeleitete Ermittlungsverfahren wird bei der Generalstaatsanwaltschaft geführt und ist zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen.

*Polizei Mittelfranken 9.9.22;
br24 9.9.22; SZ 9.9.22;
NZ 14.9.22; SZ 13.12.22;
StA Ansbach 2.3.23*

9. September 22

Berliner Bezirk Lichtenberg. Im Ortsteil Alt-Hohenschönhausen erscheinen am frühen Morgen zwei Polizisten an der Wohnung eines syrischen Ehepaares. Ein Haftbefehl wegen Erschleichens von Leistungen soll vollstreckt werden. Der 30-jährige Asylbewerber Herr H. war wegen dreimaligen Fahrens ohne Ticket in Bus und Bahn zu einer Geldstrafe von 750 Euro verurteilt worden, die er noch nicht bezahlt hatte.

"Schuhe anziehen, Sie kommen jetzt mit, sonst gehen Sie ohne Schuhe." Als die 28 Jahre alte Frau H. den Beamten von hinten anfasst und sagt: "Die Kinder schlafen", antwortet dieser laut und drohend: "Vorsicht, fass mich nicht an!"

Herr H. versucht zu verhandeln und beteuert: "Ich bezahle." Als seine Frau erneut sagt: "Die Kinder schlafen", kommt als Antwort: "Verpiss Dich!"

Dann schubst der Beamte Jörg K. Herrn H. gegen einen Schrank und bringt ihn mithilfe des Kollegen schmerzhaft zu Boden. Sie versuchen, ihn mit Handschellen zu fesseln. Nun bekommen die drei kleinen Kinder Angst und schreien in Panik. "Guck mal meine Kinder", sagt Herr H. und die Antwort ist: "Bin ich der Verbrecher oder Du?"

Als Frau H. sagt, dass sie ihren Mann nicht schlagen sollen, erwidert Jörg K.: "Das ist mein Land und Du bist hier Gast", und dann: "Halt die Fresse und fass mich nicht noch einmal an ... () ... ich bring Dich ins Gefängnis", und wiederholt letzteres noch zweimal.

Nachdem Herr H. die Geldstrafe bezahlt hat, gehen die Beamten wieder und hinterlassen schockierte, schreiende Kinder und gedemütigte Eltern – Herr H. ist am Arm verletzt.

Das Ehepaar geht am selben Tag noch zur Polizei, erstattet Anzeige wegen Körperverletzung und legt ein Handy auf den Tisch, mit dem Frau H. die Schikanen und Beleidigungen der Beamten circa fünf Minuten lang heimlich filmen konnte.

Die beiden Beamten selbst leiten Ermittlungen wegen Widerstands, tätlichen Angriffs und versuchter Gefangenenerfreierung gegen das Paar ein.

Die "Ermittlungsgruppe Zentral" vom Staatsschutz des Landeskriminalamtes (LKA), die für politisch motivierte Kriminalität bei der Berliner Polizei zuständig ist, leitet Ermittlungen gegen die Beamten ein. Nicht zum ersten Mal wird der Polizist Jörg K. strafversetzt – jetzt kommt er zunächst in den Innendienst. Sein Verhalten sei "nicht mit den Leitlinien der Berliner Polizei in Einklang zu bringen", so ein Behördensprecher.

*TS 14.9.22; BZ 17.9.22;
taz 18.9.22; BeZ 20.9.22;
BK 21.9.22*

10. September 22

Bautzen – Sachsen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS Sachsen 7/12008;
BT DS 20/5773*

10. September 22

Halle im Bundesland Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird in der Südlichen Innenstadt ein 54 Jahre alter Geflüchtete aus Mosambik gegen 11.00 Uhr von einem Mann angegriffen.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS SaAnh 8/2048;
BT DS 20/5773*

10. September 22

Eggenfelden – Bayern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 20/4253

10. September 22

Lindenberg – Bayern. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/5773

12. September 22

Rostock in Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung werden zwei geflüchtete Personen von einem Angreifer verbal und körperlich attackiert.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS MeckPom 8/2077;
BT DS 20/5773*

13. September 22

Cottbus im Bundesland Brandenburg. Ein Geflüchteter aus Pakistan wird in der Spremberger Vorstadt von mehreren Rechten aus rassistischen Motiven körperlich angegriffen.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung ein.

*OPP (Polizei);
BT DS 20/5773*

13. September 22

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt ein 32 Jahre alter Bewohner aus dem Iran einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/12006

13. September 22

Bundesland Sachsen. In der Alfred-Kästner-Straße der Leipziger Südvorstadt kommt es um 9.30 Uhr zu einem dramatischen Abschiebungsversuch. Der 26-jährige Palästinenser Mohammad Al-K. soll nach Jordanien abgeschoben werden. Er verbarrikadiert sich in der Wohnung, droht sich zu töten und verletzt sich selbst mit einem Messer.

Zeitgleich werden von Aktivist:innen der Gruppe "Leipzig nimmt Platz" mehrere Demonstrationen auf der Karl-Liebknecht-Straße und der Bernhard-Göring-Straße angemeldet. Bis zu 100 Personen kommen vor Ort, versperren mit Sitzblockaden die Zufahrt zum Haus und demonstrieren lautstark und mit Transparenten gegen die Abschiebung.

Gegen 14 Uhr räumt die Polizei den Ost-Zugang des Hauses, das Sondereinsatzkommendo (SEK) rückt an und versucht Mohammad Al-K. zum Verlassen der Wohnung zu bewegen.

Im Hinterhof befinden sich Nachbar:innen, Familienangehörige und einige Pressevertreter:innen, als die Feuerwehr einen Sprungkasten unter dem – von innen – blutverschmierten Fenster der Wohnung errichtet. Spezialeinheiten in Kettenhemden und Maschinenpistolen begeben sich auf die Feuerwehr-Treppe unter dem Fenster.

Nach einigen Stunden der Verhandlungen zwischen LKA-Beamten:innen und Mohammad Al-K. und nicht zuletzt durch das Zureden seines Bruders, der unter dem Fenster steht, öffnet der Schwerverletzte seine Wohnungstür. Als er austritt, stürzen sich die SEK-Beamten:innen auf ihn und werfen ihn zu Boden.

Er wird dann auf einer Trage zum Krankenwagen gebracht und unter den Rufen der Demonstrant:innen ("Du bist nicht allein!") abgefahren.

Im Universitätsklinikum erfolgt gegen 3.30 Uhr die operative Versorgung seines verletzten Armes und die Bewachung durch drei Polizeibeamten:innen wird fortgesetzt. Obwohl die Abschiebung vorerst ausgesetzt ist, wird vom Amtsgericht Dresden ein Haftbefehl gegen ihn erlassen.

Als er sechs Tage später aus dem Krankenhaus abgeholt und direkt ins Abschiebegefängnis gebracht werden soll, haben sich circa 40 Unterstützer:innen, darunter seine Eltern und

Geschwister vor dem Eingang versammelt und protestieren gegen die weitere Inhaftierung.

Polizeibeamten:innen – diesmal in Zivil – holen ihn ab und fahren ihn nach Dresden.

Da seit März diesen Jahres die dortige Haftanstalt nicht in Betrieb ist, weil dort niemand einsaß, wird die Einrichtung in diesem Falle allein für Mohammad Al-K. wieder hochgefahren.

Seinen Unterstützer:innen gelingt sehr schnell, einen Härtefallantrag erfolgreich einzubringen, sodass er nach zwei Nächten im Gefängnis – tatsächlich an seinem Geburtstag – aus der Haft wieder entlassen wird.

Im Jahre 2016 war der damals 18-jährige Mohammad Al-K. mit seinen Eltern, seinen beiden Brüdern und seiner Schwester nach Deutschland geflüchtet. Seit vier Jahren arbeitete er in Vollzeit für den Lukas-Bäcker am Augustusplatz – zuletzt als Schichtleiter. Die Ausländerbehörde verweigerte ihm stets die Arbeitserlaubnis, auch als sein Arbeitgeber einen Ausbildungsplatz anbot.

Er gilt als staatenlos und ist nach Ablehnung seines Asylantrages seit 2019 ohne Aufenthaltsgenehmigung und somit ausreisepflichtig.

Obwohl die Härtefallkommission längst positiv entschieden hat, steht die Zustimmung des Innenministers Armin Schuster (CDU) im Juni 2023 immer noch aus.

*SäZ 14.9.22; LVZ 14.9.22;
Kreuzer 14.9.22;
FRat Sachsen 15.9.22;
LVZ 17.9.22; Spiegel 20.9.22;
FRat Sachsen 26.1.23;
FRat Sachsen*

13. September 22

Landkreis Bautzen – Bundesland Sachsen. Eine 23 Jahre alte Frau wird ohne ihren Mann (25) und den fünfjährigen Sohn nach Nordmazedonien abgeschoben. Damit ist die Familie getrennt.

*LT DS Sachsen 7/12010;
LT DS Sachsen 7/12015*

13. September 22

Magdeburg – Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 20/5773

13. September 22

Erfurt – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/5773

13. September 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Unterbringung minderjähriger Ausländer:innen (UmA) Feuerbergsstraße gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10550

13. September 22

Gelsenkirchen im Bundesland Nordrhein-Westfalen. Als am frühen Morgen kurz vor 6.00 Uhr im Stadtteil Schalke Beamten:innen der Ausländerbehörde vor dem Wohnhaus eines 51

Jahre alten Mannes stehen, um ihn in den Kosovo abzuschieben, verriegelt dieser die Wohnungstür. Mit einer Schusswaffe bedroht er die Beamt:innen dann von einem Fenster aus. Nachdem polizeiliche Spezialkräfte anrücken und das Haus absperren, springt der Mann aus dem ersten Stock und verletzt sich bei dem Aufprall in einem Kellerschacht schwer. Rettungskräfte bringen ihn zur stationären Behandlung ins Krankenhaus.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Besitzes der Schusswaffe gegen ihn ein.

*Polizei Gelsenkirchen 13.9.22;
WAZ 13.9.22; WAZ 14.9.22*

14. September 22

Berliner Bezirk Spandau. Im Wohnheim für seelisch und psychisch kranke Menschen (Herberge zur Heimat) in der Falkenseer Chaussee erscheinen gegen 11.00 Uhr drei Polizeibeamt:innen, ein Arzt und Sanitäter:innen mit Krankenwagen, um den Bewohner Kupa Ilunga Medard Mutombo in eine geschlossene psychiatrische Einrichtung zu bringen. Es liegt ein Beschluss des Amtsgerichts Spandau vor.

Als der 64-jährige Herr Mutombo die Tür einen Spalt öffnet und die Polizei erkennt, bekommt er Panik und wehrt sich in Todesangst gegen seine Festnahme. Mit massiver Gewalt überwältigen und fixieren sie ihn am Boden.

Sein gesetzlicher Betreuer ist anwesend und beobachtet, wie ein "stämmiger Beamter" sein Knie in den Nacken von Herrn Mutombo drückt. "Wie bei George Floyd", sagt er später dazu. Ein Beamter wischt Herrn Mutombo das Blut mit einer Decke aus dem Gesicht. Als 13 weitere Polizeibeamt:innen eintreffen, drängen sie alle in das drei mal sechs Meter große Zimmer und schließen von innen die Tür ("Wir wollen keine Touristen"). Der draußen wartende Betreuer und ein Mitarbeiter des Heimes hören dann den Ruf: "Er atmet nicht mehr. Reanimierung!"

Nach 20 Minuten dauernden Reanimierungsversuchen auf einer Wiese vor dem Heim wird der Bewusstlose ins Waldkrankenhaus Spandau gebracht: "Herzstillstand nach körperlicher Auseinandersetzung. Wiederbelebung nach 25 Minuten", lautet der Bericht.

Da sich sein Zustand dort wieder verschlechtert, erfolgt fünf Tage später die Verlegung auf eine Intensivstation des Berliner Universitätsklinikums Charité. Herr Mutombo erliegt seinen Verletzungen am 6. Oktober 22 – die Todesursache laut Obduktionsbericht ist: "Sauerstoffmangel bedingter Hirnschaden".

Kupa Ilunga Medard Mutombo war nach seiner Flucht aus dem Kongo und bei seiner Ankunft in Deutschland im Jahre 1995 schon an Schizophrenie erkrankt und deshalb auch nicht in der Lage, die Anhörung im Asylverfahren zu absolvieren. Herr Mutombo bekam eine Duldung, einen gesetzlichen Betreuer, Unterbringung und medizinische Versorgung. Er lebte die letzten 20 Jahre in dem Spandauer Heim, war medikamentell gut eingestellt, sein Bruder Mutombo Mansamba besuchte ihn wöchentlich.

Kupa Ilunga Medard Mutombo war ein kindlich-fröhlicher Mensch, der gerne lachte und von dem die Betreuer:innen sagen, dass sie nie eine Art von Aggressivität an ihm festgestellt haben.

Im Herbst ging es ihm allerdings schlecht, denn er nahm seine Tabletten nicht mehr, wodurch seine Krankheitssymptome so deutlich wurden, dass das Amtsgericht Spandau eine vorläufige Unterbringung in der geschlossenen Psychiatrie anordnete, um eine "körperlich-seelische Verelendung" und eine Verwahrlosung zu verhindern, was den "Verlust der

Unterkunft" bedeutet hätte. Wegen Gefahr im Verzug wurde die sofortige Wirksamkeit der Entscheidung angeordnet. Da der Beschluss am 24. August 22 getroffen wurde, stellt sich nicht nur sein Bruder die Frage, warum mit der Umsetzung des Gerichtsbeschlusses zehn Tage lang gewartet wurde.

Er fragt sich auch, warum er, der seit Jahren wöchentlich seinen Bruder im Heim besucht hatte, von der Verlegung und von der Einweisung in die Krankenhäuser nichts erfahren habe – weder von der Heimverwaltung noch von der Polizei.

Die Polizei selbst veröffentlichte eine kurze Beschreibung der Ereignisse vom 14. September erst zehn Tage später. Darin heißt es u.a.: Beim Abführen aus dem Zimmer habe Herr Mutombo weiter "massiv Widerstand" geleistet und sei dann "in dessen Folge" (!) kollabiert.

Erst die behandelnden Ärzt:innen der Charité informieren den Bruder, als Kupa Ilunga Medard Mutombo dort eingeliefert wird. Dieser befindet sich auf der Intensivstation im tiefen Koma und wacht auch nicht wieder auf.

Die Berliner Staatsanwaltschaft leitet ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannte ein und noch vor dem Abschluss erklärt ein Pressesprecher der Staatsanwaltschaft, dass keine "Anhaltspunkte für eine massive äußere mechanische Gewaltwirkung ... zu erkennen" seien.

Mutombo Mansamba gegenüber der taz: "Bevor die 16 Polizisten in das Heim gekommen sind, war mein Bruder intakt. Er war psychisch krank, aber er lebte ... Als sie weggingen, lag er halb tot im Krankenhaus. Wenn einer sagt: Keine Hinweise auf Fremdverschulden, dann koche ich."

Am 9. Juni 23 stellt die Berliner Staatsanwaltschaft das Todesermittlungsverfahren ein, denn es gebe zu wenig "Anhaltspunkte für ein Fremdverschulden", so ein Sprecher. Die Rechtsanwältin der Familie, Regine Götz, legt Beschwerde ein, da wesentliche Fragen noch völlig unbeantwortet sind.

Warum wurde überhaupt die Polizei geholt, wo doch andere Transporte von Herrn Mutombo vorher auch ohne Polizei stattgefunden hatten? Warum hat das Landeskriminalamt (LKA) nicht alle Polizeibeamt:innen und Augenzeug:innen, die am Tatort waren, angehört?

Die beteiligten Polizeibeamt:innen haben größtenteils nur schriftlich Stellung genommen und der behandelnde Arzt wurde gar nicht befragt. "Eine Vernehmung des behandelnden Arztes erschien angesichts der Erkenntnisse der Rechtsmedizin nicht zielführend", so der Pressesprecher der Staatsanwaltschaft.

Warum wurde Kupa Ilunga Medard Mutombo nach der Einlieferung ins Krankenhaus nicht rechtsmedizinisch untersucht, obwohl zu diesem Zeitpunkt die Staatsanwaltschaft noch gar nicht ermittelte? Deshalb seien auch äußere Verletzungen nicht mehr feststellbar gewesen.

"Ich habe das Gefühl, dass die Beamten absolut nichts zu befürchten hatten", sagt der Bruder des Toten vor dem Hintergrund, dass schon zu Beginn der Ermittlungen die Polizeipräsidentin Slowik jedes Fremdverschulden negierte.

*ReachOut 6.10.22;
taz 10.10.22; BK 12.10.22;
WSWS 27.10.22;
taz 15.12.22; taz 16.12.22;
ReachOut 6.6.23; BeZ 8.6.23*

15. September 22

Cottbus im Bundesland Brandenburg. In der Innenstadt an einem Supermarkt wird ein Geflüchteter aus Indien von einem Mann rassistisch beleidigt und körperlich angegriffen.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung ein.

*OPP (Polizei);
BT DS 20/5773*

15. September 22

Gotha – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 20/57731

15. September 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Auf dem Sülzbrack gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10550

15. September 22

Queidersbach – Rheinland-Pfalz. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/4253

16. September 22

Dresden im Bundesland Sachsen. Gegen 17.30 Uhr beleidigt ein 42-jähriger Deutscher auf der Michelangelostraße im Stadtteil Zschertnitz einen 30 Jahre alten Geflüchteten aus Afghanistan zunächst rassistisch und fordert ihn auf Deutsch zu sprechen. Dann schlägt er auf ihn ein. Der Betroffene erleidet leichte Verletzungen.

Die Polizei nimmt die Ermittlungen wegen Beleidigung und Körperverletzung auf und sucht nach Zeug:innen.

*Polizei Dresden 18.9.22;
DNN 18.9.22;
BT DS 20/5773;
LT DS Sachsen 7/11447*

17. September 22

Sittensen im niedersächsischen Landkreis Rotenburg. Ein Brand im Erdgeschoss der hiesigen Flüchtlingsunterkunft kann durch Bewohner:innen aus dem Obergeschoss, die durch den Rauch alarmiert wurden, mit Wasser gelöscht werden. Ein an einem Wäscheständer hängendes T-Shirt war – offensichtlich durch Brandstiftung – in Brand gesetzt worden. Die zehn Geflüchteten aus dem Sudan stellen einen 34 Jahre alten Deutschen im Eingangsbereich. Nach einem kurzen Streitgespräch, geht dieser nach draußen und verschwindet mit einem Auto. Kurze Zeit später kann er von der Polizei festgesetzt werden.

Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen des Verdachts der politisch motivierten schweren Brandstiftung auf.

*Polizei Rotenburg 18.9.22;
SZ 18.9.22; BT DS 20/5773;
Innenministerium NieSa 6.6.23*

18. September 22

Halle im Bundesland Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird in einer Diskothek in der Altstadt gegen 5.00 Uhr ein 24 Jahre alter Geflüchteter aus dem Irak von einer oder mehreren unbekannt Personen angegriffen und verletzt.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS SaAnh 8/2238;
BT DS 20/5773*

18. September 22

Wiesbaden – Hessen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Hessen 20/10624;
BT DS 20/5773*

19. September 22

Rostock in Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird ein Geflüchteter von zwei Personen erst beleidigt und dann attackiert.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS MeckPom 8/2077;
BT DS 20/5773*

19. September 22

Aschheim – Bayern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung greift ein Mann eine geflüchtete Person aus rassistischen Motiven an.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Bayern 18/27987;
BT DS 20/4253*

20. September 22

Dresden-Strehlen im Bundesland Sachsen. Ein 17-jähriger Geflüchteter aus dem Libanon und zwei Begleiter:innen fahren mit der Buslinie 61 in Richtung Löbtau. Gegen 15.00 Uhr kommt ein Paar kurz vor der Haltestelle S-Bahnhof Strehlen auf ihn zu und fordert ihn auf, ruhig zu sein. Kurz danach schlägt der Mann den Jugendlichen und die Frau spuckt ihn an. Die beiden Täter:innen verlassen an der Haltestelle den Bus und können entkommen. Der Busfahrer alarmiert die Polizei. Der Betroffene erleidet Verletzungen und erstattet eine Anzeige.

Die Polizei beginnt mit den Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung und sucht nach Zeug:innen des Angriffs.

*Polizei Dresden 21.9.22;
RAA Sachsen; SÄZ 21.9.22*

21. September 22

Schwerin in Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird einem Geflüchteten von einem Angreifer mehrmals mit den Fäusten und Gegenständen gegen den Kopf geschlagen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS MeckPom 8/2077;
BT DS 20/5773*

21. September 22

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt ein 61 Jahre alter Bewohner aus der Ukraine einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/12006

23. September 22

Höhenkirchen-Siegertsbrunn – Bayern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung vernährte eine Person aus unbekannt Motiven Rasierklingen in Kleiderspenden, sodass eine geflüchtete Person sich daran verletzte.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährlicher Körperverletzung.

*LT DS Bayern 18/27987;
BT DS 20/5773*

24. September 22

Gera – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 20/5773

25. September 22

Apolda – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/5773

27. September 22

Chemnitz im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung nimmt sich ein 72 Jahre alter Geflüchteter aus der Ukraine das Leben.

LT DS Sachsen 7/12006

28. September 22

Kassel im Bundesland Hessen. Gegen 4.30 Uhr wird die kurdische Familie G. aus dem Schlaf gerissen und mit der Tatsache konfrontiert, dass die Abschiebung anstehe. Genau an diesem Tag wollte der Familienvater Azad G. beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) einen Asylfolgeantrag mit neuen Belegen stellen. Durch einen fünftägigen Psychiatrie-Aufenthalt hatte sich die persönliche Vorstellung von Azad G. beim BAMF verzögert.

Durch Intervention von Unterstützer:innen kann die Abschiebung abgewendet werden, jedoch wird Azad G. in Abschiebehaft genommen und ist dadurch von seiner Familie getrennt. Nach einigen Tagen kommt er wieder frei.

Am 6. Dezember 22 kommt das Abschiebekommando um 5.00 Uhr morgens und das Ehepaar G. mit seinen vier kleinen Kinder wird zum Flughafen gefahren und mit einem eigens gecharterten Flugzeug in die Türkei abgeschoben.

Die Familie war im Jahre 2020 nach Deutschland gekommen, weil gegen Azad G. ein türkischer Haftbefehl vollstreckt werden sollte, denn er hatte im Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat (IS) verletzte Kämpfer:innen zu medizinischen Behandlungen gebracht.

Obwohl er den türkischen Haftbefehl bei der Asyl-Antragsstellung vorlegen konnte, war sein Asylbegehren abgelehnt worden. Nach der Abschiebung droht ihm die Gefängnisstrafe.

Pro Asyl 15.12.22

28. September 22

Winterbach – Baden-Württemberg. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird eine Geflüchtete aus dem Iran von einer oder mehreren Personen angegriffen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS BaWü 17/4876;
BT DS 20/5773*

29. September 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Zentrale Erstaufnahme (ZEA) Ankunfts-Zentrum Bargkoppeltstieg (Nr. 10 – 14) gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10550

29. September 22

Flughafen Hamburg. Ein 28 Jahre alter Türke soll nach Istanbul abgeschoben werden. Er war bei einem Termin in einer Ausländerbehörde in Schleswig-Holstein festgenommen worden, bei dem er davon ausgegangen war, dass sein Ausbildungsvertrag als Elektriker bestätigt werden würde.

Im Flugzeug fängt der Mann an zu würgen, woraufhin er wieder aussteigen soll. Er gibt an, dass er aus einer kleinen Plastikflasche, die zur Hälfte mit Benzin gefüllt ist, getrunken hat. Er würgt und spuckt weiter, sodass er stark nach Benzin riecht. Die gerufenen Sanitäter:innen geben bekannt, dass die Menge an Benzin, die er getrunken habe, nicht lebensbedrohlich sei, er sei flugreisetauglich, nur wäre es "für die Airline nicht schön", wenn er sich weiter übergeben würde und Durchfall hätte.

Zu diesem Zeitpunkt hat die Bundespolizei sein Gepäck bereits ausgeladen und die Abschiebung wird abgebrochen.

Der Mann wird mit dem Rettungswagen ins Krankenhaus Barmbek gefahren.

*Abschiebungsbeobachtung HH 2022:
Sozialministerium S-H 1.6.23*

September 22

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Gemeinschaftsunterkunft unternimmt ein 31 Jahre alter Bewohner aus Nigeria einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/12006

September 22

Meißen im Bundesland Sachsen. In einer Gemeinschaftsunterkunft unternimmt ein 37 Jahre alter Bewohner aus dem Iran einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/12006

September 22

Darmstadt im Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt in der Erstaufnahmeeinrichtung ein 28 Jahre alter Geflüchteter aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/10627

September 22

Gießen im Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt in der Erstaufnahmeeinrichtung ein 28 Jahre alter Geflüchteter aus Tunesien einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/10627

September 22

Gießen im Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt in der Erstaufnahmeeinrichtung ein 41 Jahre alter Geflüchteter aus Algerien einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/10627

September 22

Gießen im Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt in der Erstaufnahmeeinrichtung ein 30 Jahre alter Geflüchteter aus Tunesien einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/10627

September 22

Neustadt im hessischen Landkreis Marburg-Biedenkopf. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt in der Erstaufnah-

meeinrichtung ein 24 Jahre alter Geflüchteter aus Bosnien-Herzegovina einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.
LT DS Hessen 20/10627

September 22

Gießen im Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt in der Erstaufnahmeeinrichtung ein 30 Jahre alter Geflüchteter aus Tunesien einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.
LT DS Hessen 20/10627

September 22

Neustadt im hessischen Landkreis Marburg-Biedenkopf. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt in der Erstaufnahmeeinrichtung ein 21 Jahre alter Geflüchteter aus der Türkei einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.
LT DS Hessen 20/10627

September 22

Büdingen im hessischen Wetteraukreis. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt in der Erstaufnahmeeinrichtung ein 22 Jahre alter Geflüchteter aus Somalia einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.
LT DS Hessen 20/10627

September 22

Gießen im Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt in der Erstaufnahmeeinrichtung ein 66 Jahre alter Geflüchteter aus der Ukraine einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.
LT DS Hessen 20/10627

September 22

Landkreis Esslingen in Baden-Württemberg. In einer Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 25 Jahre alter Mann aus der Türkei einen Suizidversuch.
LT DS BaWü 17/4875

September 22

Landkreis Ludwigsburg in Baden-Württemberg. In einer Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 28 Jahre alter Mann aus Nigeria einen Suizidversuch.
LT DS BaWü 17/4875

September 22

Landkreis Ludwigsburg in Baden-Württemberg. In einer Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 36 Jahre alter Mann aus Nigeria einen Suizidversuch.
LT DS BaWü 17/4875

September 22

Stadt Ludwigsburg in Baden-Württemberg. In einer Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 35 Jahre alter Mann aus Tunesien einen Suizidversuch.
LT DS BaWü 17/4875

September 22

Kreisstadt Rosenheim im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Vergiftung/Verätzung.
LT DS Bayern 18/27961

September 22

Kreisstadt Neumarkt in der Oberpfalz – Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus dem Irak einen Suizidversuch durch Sturz aus einer Höhe.
LT DS Bayern 18/27961

September 22

Bad Königshofen im Grabfeld im bayerischen Landkreis Rhön-Grabfeld. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus dem Kosovo einen Suizidversuch durch Vergiftung/Verätzung.
LT DS Bayern 18/27961

September 22

Landkreis Schweinfurt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Geldersheim unternimmt eine Person aus Algerien einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.
LT DS Bayern 18/27961

September 22

Augsburg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Vergiftung/Verätzung.
LT DS Bayern 18/27961

3. Quartal 22

Saalfeld – Thüringen. Politisch motiviert kommt es zu einem körperlichen Angriff auf Asylbewerber:innen.
Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.
LT DS Thüringen 7/7259

3. Quartal 22

Suhl – Thüringen. Politisch motiviert kommt es zu mindestens zwei Angriffen auf Asylbewerber:innen.
Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.
LT DS Thüringen 7/7259

2. Oktober 22

Erfurt – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.
BT DS 20/5773

5. Oktober 22

Brandenburg an der Havel im Bundesland Brandenburg. Ein 12 Jahre altes Flüchtlingskind wird von einem Mann rassistisch beleidigt und dann körperlich angegriffen.
Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung ein.
OPP (Polizei); BT DS 20/5773

7. Oktober 22

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt ein 19 Jahre alter Bewohner aus Syrien einen Suizidversuch.
LT DS Sachsen 7/12006

7. Oktober 22

München – Bayern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung greift ein Mann eine geflüchtete Person aus rassistischen Motiven an.
Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährlicher Körperverletzung.
LT DS Bayern 18/27987; BT DS 20/5773

8. Oktober 22

Rostock in Mecklenburg-Vorpommern. Zwei geflüchtete Personen werden von einer Gruppe aus über zehn Personen verbal beleidigt und danach gemeinschaftlich aus rassistischen Motiven angegriffen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

LOBBI (Polizei);
LT DS MeckPom 8/2077;
BT DS 20/5773

8. Oktober 22

Dessau-Roßlau im Bundesland Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung werden im innerstädtischen Bereich Nord gegen 0.05 Uhr zwei Geflüchtete aus Syrien (21 und 23 Jahre alt) von einer oder mehreren unbekanntenen Personen angegriffen und verletzt.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

LT DS SaAnh 8/2001;
BT DS 20/5773

8. Oktober 22

Flensburg an der deutsch-dänischen Grenze im Bundesland Schleswig-Holstein. Im Zusammenhang mit ihrem nicht erlaubten Grenzübertritt wird eine geflüchtete Person aus Afghanistan festgestellt und mit Verdacht auf Affenpocken und Krätze in ein Krankenhaus gebracht.

BT DS 20/6318

8. Oktober 22

Hannover – Niedersachsen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/5773

10. Oktober 22

Apolda – Thüringen. Am Nachmittag wird in einer Industriebranche in der Nähe einer Unterkunft für ukrainische Geflüchtete ein Feuer entzündet und Holzpaletten beginnen zu brennen. Die Feuerwehr wird von Augenzeug:innen gerufen und kann eine Gasexplosion verhindern.

Nur wenige Meter vom Brandherd entfernt finden die herbeigerufenen Feuerwehrleute eine geöffnete Gasflasche mit Acetylen. Dieses Gas bildet in Verbindung mit Luft ein leicht entzündbares Gemisch. Die Polizei geht nach Angaben eines Sprechers davon aus, dass der unbekannte Täter die Gasflasche mitgebracht und dort deponiert hat. Er habe offenbar einen größeren Schaden verursachen wollen.

Bei den Löscharbeiten wurde ein Feuerwehrmann verletzt, er erlitt eine Hüftprellung. Eine sofort eingeleitete Fahndung nach dem unbekanntem Brandstifter bleibt ergebnislos. Die Kriminalpolizei ermittelt. Auch die Staatsanwaltschaft Erfurt ist eingebunden und bestätigt die Ermittlungen. Spezialist:innen sichern noch am Tag Spuren, die Untersuchungen werden fortgesetzt.

Spiegel 11.10.22

10. Oktober 22

Bundesland Rheinland-Pfalz in einer Ortschaft nahe der Landeshauptstadt Mainz. Als die Polizei gegen Abend erscheint, um einen circa 40 Jahre alten Mann aus Pakistan abzuholen, gerät dieser in Panik und fügt sich mit einem Messer Ver-

letzungen zu. Nach Vernähung und sonstiger Versorgung der Wunde wird der Mann zum Flughafen Frankfurt am Main gebracht und von dort am nächsten Morgen – zusammen 21 weiteren Geflüchteten – in Richtung Islamabad ausgeflogen.

Der Mann, der seit 2015 in Deutschland lebte, meldete sich nach der Abschiebung nicht mehr bei seinen Unterstützer:innen.

Hum Hain Pakistan

11. Oktober 22

Landeshauptstadt Schwerin in Mecklenburg-Vorpommern. Die Polizei wird gegen 1.15 Uhr in die Gemeinschaftsunterkunft gerufen, weil eine dort wohnende Person ihren Suizid ankündigte.

Die Person kommt zur Versorgung ins Krankenhaus.

LT DS MeckPom 8/2078

11. Oktober 22

Eberswalde im brandenburgischen Landkreis Barnim. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird eine 46 Jahre alte Geflüchtete aus der Ukraine von einem 49-Jährigen rassistisch beleidigt und körperlich attackiert.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

OPP (Polizei);
BT DS 20/5773;
LT DS Brbg 7/6942

11. Oktober 22

Mainz – Rheinland-Pfalz. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/5772

13. Oktober 22

Guben im brandenburgischen Spree-Neiße-Kreis. Gegen 15.00 Uhr kontrollieren Beamt:innen des Zolls und der Bundespolizei einen Kleintransporter (Kühlkastenwagen) aus Litauen. Darin befinden sich 18 Menschen unter lebensgefährlichen Bedingungen. In völliger Dunkelheit, ohne Luftzufuhr, völlig ungesichert hocken die Geflüchteten auf dem stark verschmutzten Boden. Die Menschen klagen über starken Hunger, Durst und äußern sanitäre Bedürfnisse.

Es sind zwölf iranische, vier afghanische und zwei irakische Staatsangehörige im Alter von fünf bis 44 Jahren. Dabei sind ein fünfjähriger Junge, ein zehnjähriges Mädchen und zwei alleinreisende 14-Jährige.

Der 32-jährige litauische Fahrer kommt in Untersuchungshaft und Ermittlungen wegen des Verdachts des Einschleusens von Ausländer:innen unter einer das Leben gefährdenden Behandlung werden aufgenommen.

Nachdem die Geflüchteten offiziell um Asyl gebeten haben, werden sie in die Erstaufnahme-Einrichtung Eisenhüttenstadt gebracht.

BPol Berlin 14.10.22;
TAG24 14.10.22

13. Oktober 22

Hannover – Niedersachsen. An der Stadtbahn-Haltestelle "Krügerskamp" der Linie 6 Richtung Nordhafen kommt es zu verbalen Streitereien zwischen einem Mann und Schulkindern mit Flüchtlings- und Migrationshintergrund. Diese Auseinandersetzung setzt sich dann in der Bahn fort, als alle eingestiegen sind. Es kommt zu Handgreiflichkeiten, rassistischen

Beleidigungen, bis der Mann mit einem Messer versucht, das Bein eines 12-Jährigen zu verletzen.

Als die Bahn hält, flüchtet der Täter in Richtung Feldbuschwende. Er bleibt vorläufig verschwunden und die Polizei sucht nach Zeug:innen.

Polizeiliche Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung eingeleitet.

*Polizei Hannover 20.10.22;
HAZ 15.10.22; BT DS 20/5773;
Innenministerium NieSa 6.6.23*

14. Oktober 22

Hagenow im Landkreis Ludwigslust-Parchim in Mecklenburg-Vorpommern. Ein Geflüchteter wird von einer Person rassistisch beleidigt und anschließend geschlagen. Dabei wird sein Handy beschädigt.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LOBBI (Polizei);
LT DS MeckPom 8/2077;
BT DS 20/5773*

14. Oktober 22

Chemnitz im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt ein 23 Jahre alter Bewohner aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/12006

14. Oktober 22

Dresden-Neustadt im Bundesland Sachsen. Gegen 21.35 Uhr geraten zwei 17-jährige Geflüchtete aus Tschetschenien und Afghanistan im Bereich der Freitreppe am Königsufer in eine Kontrolle einer Gruppe Jugendlicher durch die Polizei. Während dieser greift ein 45-jähriger Zivilpolizist sie körperlich an. Er verletzt einen der beiden mit einer Taschenlampe am Kopf, den anderen am Hals und Kopf. Andere anwesende Beamte:innen greifen dabei nicht ein. Die beiden Jugendlichen werden später nochmals am Alaunpark von Polizist:innen kontrolliert und ohne Grund auf eine Polizeistation mitgenommen. Sie treffen dort erneut auf den Täter. Dieser beleidigt und bedroht die Betroffenen massiv.

Die Polizei Dresden leitet gegen den Polizeibeamten ein Straf- und Disziplinarverfahren wegen des Verdachts auf zweifache Körperverletzung im Amt ein. Nach Darstellung der Polizei sollen anwesende Polizeikräfte das Verhalten des Kollegen beobachtet, ihn angesprochen und noch während des Einsatzes am Königsufer ein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet haben.

*Polizei Dresden 19.10.22;
RAA Sachsen;
SäZ 19.10.22*

15. Oktober 22

Kreisstadt Görlitz im Bundesland Sachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung werden Gegenstände durch das Fenster einer dezentralen Geflüchteten-Unterkunft geworfen.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Sachbeschädigung.

*LT DS Sachsen 7/12008;
BT DS 20/7214*

15. Oktober 22

Bundesland Bayern. Bei polizeilichen Kontrollen der Grenzübergänge Lindau und Füssen wird ein Personenkraftwagen festgestellt, in dem sich – neben dem Fahrer und Beifahrer – eine 32-jährige Frau mit ihren sechs Kindern befindet. Drei

Kinder sind mit ihr zusammen auf dem Rücksitz und weitere drei werden liegend und ungesichert im Kofferraum gefunden.

Gegen den 41-jährigen tunesischen Fahrer mit gültiger Aufenthaltserlaubnis für Deutschland wird eine Strafanzeige wegen lebensgefährdender Einschleusung von Ausländer:innen und Verdachts des Fahrens ohne Fahrerlaubnis gestellt. Sein Beifahrer, ein 30 Jahre alter Türke, erhält ebenfalls eine Anzeige wegen Einschleusung und wird nach Österreich zurückgewiesen.

Die Mutter und die Kinder werden ins AnKER-Zentrum Augsburg gebracht.

BPol München 17.10.22

16. Oktober 22

Krefeld im Bundesland Nordrhein-Westfalen. Während einer Versammlung von circa 50 ukrainischen Geflüchteten im Gemeindesaal der Liebfrauenkirche wird gegen 17.30 Uhr Pfefferspray freigesetzt, durch das 13 Personen Augen- und Atemwegsreizungen erleiden. Zehn Personen können nach Behandlung vor Ort entlassen werden – drei Personen werden zur weiteren Behandlung ins Krankenhaus gebracht.

Der anfängliche Verdacht eines Terroranschlags bestätigt sich nicht, denn es wird schnell ein 13-Jähriger aus Krefeld festgestellt, der angibt, einem Freund die "Räuberleiter" gehalten zu haben, der dann das Pfefferspray verteilt hat.

*Polizei Krefeld 16.10.22;
RP 17.10.22*

18. Oktober 22

Dresden – Pirnaische Vorstadt im Bundesland Sachsen. Gegen 9.30 Uhr beleidigt ein Mann in einem Bus der Linie 62 zwischen Johannstadt und dem Pirnaischen Platz einen 36-jährigen Geflüchteten aus Afghanistan rassistisch. Dann schlägt er dem Betroffenen eine Flasche auf den Kopf.

Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen gefährlicher Körperverletzung auf und sucht nach Zeug:innen.

*Polizei Dresden 19.10.22;
TAG 24 19.10.22;
BT DS 20/5773;
LT DS Sachsen 7/11447*

19. Oktober 22

Landeshauptstadt Schwerin – Ortsteil Stern Buchholz in Mecklenburg-Vorpommern. Die Polizei wird gegen 9.45 Uhr in die Erstaufnahme-Einrichtung gerufen, weil eine dort wohnende Person ihren Suizid ankündigte.

Die Person kommt zur Versorgung ins Krankenhaus.

LT DS MeckPom 8/2078

19. Oktober 22

Gemeinde Blowatz – Ortsteil Groß Strömkendorf im Landkreis Nordwestmecklenburg – Bundesland Mecklenburg-Vorpommern. Gegen 21.20 Uhr bricht an einer Außenwand des reetgedeckten ehemaligen Hotels "Schäfereck" ein Feuer aus. Das Haus wird zur Zeit als Flüchtlingsunterkunft genutzt. Die dort lebenden 14 Bewohner:innen aus der Ukraine und drei Mitarbeiter:innen können sich retten. Die Feuerwehr kann den Brand unter Kontrolle bringen, allerdings brennt das Haus fast vollständig nieder. Die Polizei geht von Brandstiftung mit politischem Motiv aus, daher nimmt der Staatsschutz die Ermittlungen auf.

Nur wenige Stunden bevor der Brand ausbrach, waren Polizei und Mitarbeiter:innen des Landratsamts wegen einer Hakenkreuz-Schmiererei am Eingang des Hauses gerufen worden. Bei dem Besuch wurden Überwachungskameras und

weitere Sicherheitsmaßnahmen überprüft, allerdings konnten die Beamt:innen keine akute Bedrohung durch Rechtsextreme feststellen.

Vor dem Brandanschlag hatten zwischenzeitlich in dem Haus knapp 170 Ukrainer:innen gelebt. Am 16. November 22 wird ein 32 Jahre alter Feuerwehrmann festgenommen, der vorsätzlich mit Hilfe eines Brandbeschleunigers das Feuer gelegt haben soll. Der Tatverdächtige sitzt in Untersuchungshaft. Ihm werden weitere Taten zur Last gelegt. Beweise für eine rassistisch motivierte Tat werden von den Ermittler:innen nicht erkannt.

Fast fünf Monate nach der Tat erhebt die Schweriner Staatsanwaltschaft am 16. März 23 Anklage wegen schwerer Brandstiftung in einem Fall und Brandstiftung in fünf weiteren Fällen gegen den Mann.

*Polizei Rostock 19.10.22;
Spiegel 20.10.22; Welt 20.10.22;
SZ 20.10.22; Zeit 20.10.22; Zeit 21.10.22;
taz 21.10.22; LN 21.10.22; ndr 21.10.22;
SZ 17.11.22; Welt 20.11.22; SVZ 29.12.22;
taz 16.3.23; NK 17.03.23; LN 18.03.23*

20. Oktober 22

Landeshauptstadt Dresden – Bundesland Sachsen. Ein abgelehnter Geflüchteter wird nach knapp eineinhalb Jahren Deutschland-Aufenthalt abgeschoben. Dadurch ist er von seiner 26 Jahre alten Frau, dem einjährigen Sohn und der neugeborenen Tochter getrennt.

LT DS Sachsen 7/12010

20. Oktober 22

Bitterfeld im Landkreis Bitterfeld-Wolfen – Bundesland Sachsen-Anhalt. In einem Geschäft werden gegen 17.30 Uhr eine 14-jährige und eine 38 Jahre alte Ukrainerin aus rassistischen Motiven beleidigt, geschlagen und verletzt.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung. Die Tatverdächtigen können nicht ermittelt werden.

*Mobile Beratung SaAnh;
Jahresbilanz 2022;
LT DS SaAnh 8/2088;
BT DS 20/5773*

20. Oktober 22

Frankfurt im Bundesland Hessen. Azeem X., Geflüchteter aus Pakistan, erscheint in Begleitung einer Unterstützerin zu seinem Termin um 13.00 Uhr in der Ausländerbehörde, um eine Duldung zu bekommen. Die beiden warten lange, werden hingehalten, belogen und vertröstet, bis schließlich zwei Polizisten erscheinen und Azeem X. verhaften. Er soll noch heute mit einer Maschine gegen 17.30 Uhr über Doha nach Pakistan abgeschoben werden.

Allein durch die unmittelbare Intervention des Rechtsanwalts, der auch den Asylfolgeantrag gestellt hatte, kann die Abschiebung verhindert werden – jedoch nicht die Abschiebungshaft in Darmstadt.

Erst nach 21 Tagen in quälender Ungewissheit wird Azeem X. die Flüchtlingeigenschaft zuerkannt und er kommt aus dem Gefängnis frei.

Der Mann sollte bereits am 10. Mai 22 mit vielen anderen in einer Sammelabschiebung von Frankfurt aus nach Islamabad abgeschoben werden. Jedoch hatte die Polizei ihn nicht in der Wohnung seines deutschen Lebenspartners angetroffen. Bei diesem Ereignis wurde sein Freund von den Beamt:innen heftig attackiert, weil dieser ihnen den unberechtigten Zutritt zu seiner Wohnung nicht gewähren wollte, die Polizeibe-

amt:innen es dann aber mit körperlicher Gewalt durchsetzten. Der Freund erstattete in der Folge Anzeige wegen Körperverletzung.

Ab diesem Zeitpunkt wurde es für Azeem X. zunehmend gefährlich, denn er wusste, im Falle seiner Abschiebung droht ihm die Todesstrafe. Homosexualität wird in Pakistan schwer bestraft und die beiden Männer, die heiraten wollten, hatten schon sämtliche Urkunden und Nachweise – die in Pakistan auf Echtheit überprüft worden waren – beim Standesamt eingereicht. Es war klar, dass die Homosexualität des Mannes auch in pakistanischen Behörden bekannt ist.

Hum Hain Pakistan

20. Oktober 22

Freiburg – Baden-Württemberg. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird eine Geflüchtete aus Guinea von einem Mann – rassistisch motiviert – angegriffen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung..

*LT DS BaWü 17/4876;
BT DS 20/5773*

21. Oktober 22

Hoyerswerda im Landkreis Bautzen – Sachsen. Gegen 21.20 Uhr beleidigen Jugendliche auf dem Parkplatz des Lausitz Center vier geflüchtete Mädchen aus der Ukraine zunächst rassistisch und greifen sie dann körperlich an. Zwei der Betroffenen erleiden leichte Verletzungen.

Der Polizei gelingt es, mehrere der Täter:innen kurz nach dem Angriff festzusetzen. Das polizeiliche Terrorismus- und Extremismus-Abwehrzentrum (PTAZ) nimmt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung auf.

*Polizei Görlitz 22.10.22;
SZ 25.10.22;
taz 26.10.22;
BT DS 20/5773;
LT DS Sachsen 7/12008*

22. Oktober 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Zentrale Erstaufnahme (ZEA) Ankunftszentrum Bargkoppeltstieg (Nr. 10 – 14) gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10550

25. Oktober 22

Güstrow im Landkreis Rostock in Mecklenburg-Vorpommern. Eine geflüchtete Personen wird von einer Frau und deren Sohn rassistisch beleidigt. Anschließend würgt die Frau den Betroffenen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LOBBI (Polizei);
LT DS MeckPom 8/2077;
BT DS 20/5773*

26. Oktober 22

Flensburg an der deutsch-dänischen Grenze im Bundesland Schleswig-Holstein. Im Zusammenhang mit ihrem nicht erlaubten Grenzübertritt erleidet eine geflüchtete Person aus dem Irak eine Ohnmacht.

BT DS 20/6318

27. Oktober 22

Halberstadt im Landkreis Harz – Bundesland Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird in

einem Bekleidungsgeschäft gegen 17.50 Uhr ein 27 Jahre alter Geflüchteter aus dem Iran von einem Mann angegriffen.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung ein.

*LT DS SaAnh 8/2008;
BT DS 20/5773*

27. Oktober 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Erstaufnahme-Einrichtung (EA) Neuer Höltingbaum gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10550

27. Oktober 22

Flughafen Frankfurt am Main im Bundesland Hessen. Bei Wartungsarbeiten wird eine männliche Leiche im Fahrwerksschacht einer Lufthansa-Maschine (Airbus A340-300) gefunden.

Die Maschine war nach fünfeinhalb-stündigem Direktflug aus dem Iran um 5.00 Uhr in Frankfurt gelandet.

*TAG 24 28.10.22; RTL-News 28.10.22;
BT DS 20/6318*

28. Oktober 22

Berlin – Reinickendorf. Der 29-jährige ukrainische Flüchtling Yevhenii P., der eine Mütze mit Ukrainewappen trägt, bemerkt beim abendlichen Einkauf im Drogeriemarkt am Kurt-Schumacher-Platz, dass er von zwei Personen verfolgt wird. Die beiden Männer beleidigen P. homophob und ukraine-feindlich auf Russisch. Er konfrontiert die beiden Männer, woraufhin weitere Beleidigungen und auch Morddrohungen folgen. Der Sicherheitsdienst des Ladens greift ein und verweist die beiden Männer des Ladens.

Sie warten jedoch vor dem Geschäft auf P., der beginnt mit seiner Handykamera zu filmen. Daraufhin attackieren ihn die beiden Männer mit Faustschlägen. Der Ukrainer geht zu Boden und verliert kurzzeitig das Bewusstsein. Die Täter fliehen und Yevhenij P. wird ins Krankenhaus gebracht. Dort wird eine Prellung der linken Gesichtshälfte und ein Strecksehnenauriss am Finger festgestellt. Letzteres ist besonders problematisch für ihn, denn er hat Angst, dass er seinen Beruf als Friseur nicht mehr ausüben kann.

TS 4.11.22

28. Oktober 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Schlenzigstraße gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10799

28. Oktober 22

Bundesland Niedersachsen. Sehnde im Ortsteil Höver in der Geflüchtetenunterkunft für Menschen aus der Ukraine in der Prof.-Plühr-Straße. Gegen 20.30 Uhr spielen zwei Jungen im Alter von 12 und 14 Jahren an der Außentreppe der Unterkunft, als sie durch einen Knall erschrecken. Es stellt sich heraus, dass ein 34-Jähriger mit einer Waffe auf sie geschossen hat. Sie bleiben jedoch unverletzt.

Der Staatsschutz des Zentralen Kriminaldienstes Hannover übernimmt die Ermittlungen wegen des Verdachts der schweren Körperverletzung. Bei einer Hausdurchsuchung eines 34 Jahre alten Tatverdächtigen wird eine CO2-Waffe sichergestellt.

*Polizei Hannover 7.11.22;
Innenministerium NieSa 6.6.23;
BT DS 20/5773*

29. Oktober 22

Fehrbellin im brandenburgischen Landkreis Ostprignitz-Ruppin. An einer Autobahn-Raststätte wird ein türkischer Geflüchteter von einem Mann rassistisch beleidigt und tödlich angegriffen.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der Körperverletzung ein.

*OPP (Polizei);
BT DS 20/5773*

29. Oktober 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Brookkehre gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10550

31. Oktober 22

Plate im Landkreis Ludwigslust-Parchim in Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Landesregierung wird eine geflüchtete Person von einem Angreifer geschubst.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS MeckPom 8/2077;
BT DS 20/5773*

31. Oktober 22

Neukieritzsch im Landkreis Leipzig – Bundesland Sachsen. Gegen 2.00 Uhr werfen zwei Männer aus einem fahrenden Auto heraus Pyrotechnik auf eine Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete. In dem Lager, das sich im Ortsteil Großzössen in der Lobstädter Straße befindet, wohnen 80 Personen. Durch den Angriff wird niemand verletzt.

Die alarmierte Polizei kann Reste von Pyrotechnik auf dem Gelände der Unterkunft und dem Gehweg davor sicherstellen. Das polizeiliche Terrorismus- und Extremismus-Abwehrzentrum (PTAZ) beginnt mit den Ermittlungen.

*Polizei Dresden 31.10.22;
MDR Sachsen 31.10.22;
BT DS 20/5773;
LT DS Sachsen 7/12008*

31. Oktober 22

Dresden – Bundesland Sachsen. Gegen 17.30 Uhr zünden Unbekannte Pyrotechnik in der Briefkastenanlage einer Unterkunft für Geflüchtete in der Wendel-Hipler-Straße. Es entsteht ein Sachschaden von 500 Euro.

Der Staatsschutz der Polizei Dresden beginnt mit den Ermittlungen und sucht nach Zeug:innen.

*Polizei Dresden 1.11.22;
Antifa Recherche Team Dresden (twitter) 2.11.22*

31. Oktober 22

Trier – Rheinland-Pfalz. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tödlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 20/5772

Oktober 22

Erzgebirgskreis im Bundesland Sachsen. In einer Gemeinschaftsunterkunft unternimmt ein 43 Jahre alter Bewohner aus dem Irak einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/12006

Oktober 22

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Gemeinschaftsunterkunft unternimmt ein 41 Jahre alter Bewohner aus Syrien einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/12006

Oktober 22

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Gemeinschaftsunterkunft unternimmt ein 55 Jahre alter Bewohner aus der Ukraine einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/12006

Oktober 22

Gießen im Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt in der Erstaufnahmeeinrichtung ein 43 Jahre alter Geflüchteter aus dem Iran einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/10627

Oktober 22

Gießen im Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt in der Erstaufnahmeeinrichtung ein 19 Jahre alter Geflüchteter aus Algerien einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/10627

Oktober 22

Gießen im Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt in der Erstaufnahmeeinrichtung ein 42 Jahre alter Geflüchteter aus den USA einen Suizidversuch.

LT DS Hessen 20/10627

Oktober 22

Neustadt im hessischen Landkreis Marburg-Biedenkopf. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt in der Erstaufnahmeeinrichtung ein 35 Jahre alter Geflüchteter aus dem Libanon einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/10627

Oktober 22

Baden-Württemberg. Im Ankunftszentrum Heidelberg für Asylbewerber:innen unternimmt ein 19 Jahre alter Mann aus dem Irak einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

Oktober 22

Stadt Ludwigsburg in Baden-Württemberg. In einer Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 41 Jahre alter Mann aus der Türkei einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

Oktober 22

Sigmaringen in Baden-Württemberg. In der Landeserstaufnahme-Einrichtung für Asylbewerber:innen unternimmt eine 23 Jahre alte Frau aus Tunesien einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

Oktober 22

Ingolstadt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Sturz aus einer Höhe.

LT DS Bayern 18/27961

Oktober 22

Ingolstadt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/27961

Oktober 22

Landeshauptstadt München im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus dem Jemen einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/27961

Oktober 22

Landeshauptstadt München im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Jordanien einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/27961

Oktober 22

Passau im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/27961

Oktober 22

Bamberg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Marokko einen Suizidversuch durch Erhängen.

LT DS Bayern 18/27961

Oktober 22

Landkreis Schweinfurt im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft in Niederwerm unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Vergiftung/Verätzung.

LT DS Bayern 18/27961

2. November 22

Rostock in Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung werden zwei geflüchtete Personen von zwei anderen Personen angerempelt, woraufhin es zu einer körperlichen Auseinandersetzung kommt.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS MeckPom 8/2077;
BT DS 20/5773*

3. November 22

Wittenburg im Landkreis Ludwigslust-Parchim in Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird einer geflüchteten Person von einer anderen Person ins Gesicht geschlagen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS MeckPom 8/2077;
BT DS 20/5773*

4. November 22

Lambrechtshagen im Landkreis Rostock in Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird einem Geflüchteten von drei Personen der Fuß in der Hauseingangstür eingeklemmt.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS MeckPom 8/2077;
BT DS 20/5773*

4. November 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (öU) Brookkehre gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10550

5. November 22

Sülzhayn im thüringischen Landkreis Nordhausen. Am Abend wird eine Unterkunft für geflüchtete Ukrainer:innen von unbekanntem Täter:innen mit Hakenkreuzen beschmiert und eine Fensterscheibe eingeschlagen. Der Wachschutz hat eine Gruppe von Menschen mit einem Auto wegfahren sehen und die Polizei informiert.

Der Schutz von Unterkünften für Geflüchtete sei daraufhin im Landkreis Nordhausen erhöht worden.

spiegel online 7.11.22

5. November 22

Ilmenau – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/5773

6. November 22

Schwerin in Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird eine geflüchtete Person von einer unbekanntem Person geschlagen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS MeckPom 8/2077;
BT DS 20/5773*

8. November 22

Rehna im Landkreis Nordwestmecklenburg in Mecklenburg-Vorpommern. Eine geflüchtete Frau wird von zwei anderen Frauen rassistisch beleidigt, geschubst und geschlagen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LOBBI (Polizei);
LT DS MeckPom 8/2077;
BT DS 20/5773*

8. November 22

Justizvollzugsanstalt Aachen im Bundesland Nordrhein-Westfalen. Ein psychisch schwer kranker, suizidgefährdeter und unter gesetzlicher Betreuung stehender 33-jähriger Gefangener wird nach Kinshasa in die Demokratische Republik Kongo abgeschoben, obwohl das Verwaltungsgericht Düsseldorf angeordnet hatte, die Abschiebung abzubrechen.

Das Gericht hatte gegen 12.00 Uhr beschlossen, dass der Mann aus dem Landkreis Viersen, der wegen einer Freiheitsstrafe einsaß, im Hinblick auf seine Reisefähigkeit ärztlich untersucht werden müsse. Es ordnete zudem an, die bereits laufende Abschiebung abzubrechen: "Hier liegen hinreichende Anhaltspunkte dafür vor, dass der Antragsteller wegen einer (psychischen) Erkrankung nicht reisefähig sein könnte bzw. die Durchführung der Abschiebung weitere Schutzpflichten auslösen könnte", heißt es in der Begründung. Die Gefängnispsychologin, die den Mann betreute, gab vor Gericht an, vor der Abschiebung eine Beobachtung zur Suizidprävention alle 15 Minuten für die Nacht angeordnet zu haben. Der Mann erfuhr zudem erst einen Tag vor der geplanten Abschiebung den konkreten Abschiebetermin. Vorkehrungen, auch in medizinischer Hinsicht, zu treffen, wurde ihm so verwehrt.

Der Gerichtsbeschluss wurde wenige Minuten nach 12.00 Uhr an den Kreis Viersen sowie an die Anwältin des Mannes übermittelt. Zu diesem Zeitpunkt befand dieser sich im Zuge der laufenden Abschiebung bereits im Flughafen Brüssel. Kurz zuvor hatte seine Rechtsanwältin mit ihm über das Handy eines ihn begleitenden Bundespolizisten telefoniert. Als sie den Gerichtsbeschluss über die gleiche Rufnummer mitteilen wollte, war diese jedoch nicht mehr erreichbar.

In der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linken Bundstagsfraktion schreibt die Bundesregierung, dass grundsätzlich bei Bekanntwerden einer gerichtlichen Eilentscheidung zum Abbruch einer Rückführung versucht werde, die Begleitbeamten über Mobiltelefon zu informieren. Warum es im konkreten Fall in den 13 Stunden zwischen dem Gerichtsbeschluss und der Landung in Kinshasa (1.25 Uhr am 9. November) bei einer Zwischenlandung auf Zypern nicht gelungen ist, die Begleitbeamten zu verständigen, gibt die Bundesregierung nicht an. Umstände des Einsatzes oder der mobilfunktechnischen Rahmenbedingungen könnten dem im Einzelfall entgegenstehen, heißt es.

Der abgeschobene Mann war im Jahr 1996 als Siebenjähriger mit seiner Familie nach Deutschland geflüchtet. Seine gesamte Familie lebt in Deutschland. Er stand zuletzt aufgrund einer psychischen Erkrankung unter gesetzlicher Betreuung. Diese umfasste die Bereiche Organisation ambulanter und stationärer Hilfen, Gesundheitsfürsorge, Vertretung gegenüber Behörden und Sozialversicherungssträgern und Wohnungsangelegenheiten. Im ersten Halbjahr 2022 befand er sich aufgrund seiner Erkrankung rund dreieinhalb Monate in stationärer Behandlung. Die Klinik bescheinigte dem Mann ein komplexes psychiatrisches Krankheitsbild mit einer posttraumatischen Belastungsstörung, einer depressiven Störung, einer emotional-instabilen Persönlichkeitsstörung sowie dem Verdacht auf eine chronische Schmerzstörung mit somatischen und psychischen Faktoren.

*VG Düsseldorf 27 L 2380/22;
Abschiebungsreporting NRW 6.12.22;
jW 22.12.22; RP 11.1.23;
Abschiebungsreporting NRW 17.1.23;
BT DS 20/5396*

8. November 22

Bundesautobahn (BAB) 6 im Bundesland Bayern. Im Zusammenhang mit ihrem nicht erlaubten Grenzübertritt werden drei geflüchtete Personen aus Syrien in einem PKW festgestellt. Sie hatten am Vortag in der Slowakei einen Verkehrsunfall, leiden unter Gesichtsprellungen und Schädel-Hirn-Traumata und kommen in ein Krankenhaus.

BT DS 20/6318

9. November 22

Halle im Bundesland Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird in der Nördlichen Innenstadt ein 21 Jahre alter Geflüchteter aus Syrien gegen 14.15 Uhr von einem Mann angegriffen.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung ein.

*LT DS SaAnh 8/2479;
BT DS 20/5773*

10. November 22

Weimar – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/5773

10. November 22

Landeshauptstadt Düsseldorf vom Bundesland Nordrhein-Westfalen. Im Zusammenhang mit ihrem nicht erlaubten Grenzübertritt soll eine geflüchtete Person aus Syrien von Bundespolizist:innen erkennungsdienstlich behandelt werden. Die Person wehrt sich gegen die Maßnahme und klagt anschließend über Schmerzen im Arm. Die verletzte Person stellt später einen Strafantrag wegen Körperverletzung gegen die Beamt:innen. Dieses Verfahren wird eingestellt.

BT DS 20/6318

12. November 22

Lubmin im Landkreis Vorpommern-Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird eine geflüchtete Person von einer anderen Person angegriffen und am Handgelenk verletzt.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS MeckPom 8/2077;
BT DS 20/5773*

12. November 22

Halle im Bundesland Sachsen-Anhalt. Als ein 13 Jahre altes Mädchen aus der Ukraine in der Magdeburger Straße einen Waggon der Straßenbahnlinie 2 verlassen will, stellt eine von zwei circa 16-Jährigen ihr ein Bein, sodass sie hinstürzt. Unter rassistischen Beleidigungen und Beschimpfungen wird sie dann weiter attackiert, wodurch sie leicht verletzt wird – auch ihr Handy geht zu Bruch.

Die Kriminalpolizei nimmt Ermittlungen auf, sucht nach Augenzeug:innen und fahndet nach den Täter:innen des Überfalls.

*Polizei Halle 13.11.22;
Mobile Beratung SaAnh*

14. November 22

Zeuthen im brandenburgischen Landkreis Dahme-Spreewald. Als ein irakischer Geflüchteter und ein Deutscher in einem Lokal ein Hausverbot gegen einen Nazi durchsetzen wollen, wehrt sich dieser und greift die beiden an. Dabei äußert er rassistische und verfassungsfeindliche Parolen.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung ein.

*OPP (Polizei);
BT DS 20/5773*

15. November 22

Bundesland Sachsen. Vom Flughafen Leipzig startet um 21.30 Uhr ein Flugzeug mit 15 Personen aus Deutschland und einer Person aus Tschechien, die allesamt nach Islamabad (Pakistan) abgeschoben werden.

Die Abschiebung eines Mannes, der Vater eines deutschen Kindes ist, konnte juristisch verhindert werden, sodass er vom Flughafen zurück zum Bahnhof gebracht werden konnte.

Hum Hain Pakistan

16. November 22

Köln – Nordrhein-Westfalen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Eine Person wird dabei verletzt. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

LT DS NRW 18/3051

17. November 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Erstaufnahme-Einrichtung (EA) Sportallee gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10550

17. November 22

Offenbach – Hessen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS Hessen 20/10624;
BT DS 20/5773;
BT DS 20/7214*

19. November 22

Heilbad Heiligenstadt – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 20/5773

20. November 22

Chemnitz im Bundesland Sachsen. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird im Stadtteil Bernsdorf eine geflüchtete Person tätlich angegriffen.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS Sachsen 7/11890;
LT DS Sachsen 7/12008;
BT DS 20/5773*

22. November 22

Rostock in Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird eine geflüchtete Person von einer unbekannt Person attackiert.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

*LT DS MeckPom 8/2077;
BT DS 20/5773*

22. November 22

Unterbringungseinrichtung für Ausreisepflichtige (UfA) Büren in Nordrhein-Westfalen. Nach fünf Jahren Deutschland-Aufenthalt befindet sich ab heute der 26 Jahre alte Desmond O. aus Xanten in Abschiebungshaft. Er war um 4.00 Uhr in seiner Unterkunft in Xanten abgeholt worden. Die Landeskreisbehörde Wesel hat seine Abschiebung nach Nigeria für den 29. November eingeleitet.

Desmont O. ist körperlich schwer krank und leidet zudem unter schweren Depressionen. Nach drei Operationen und der Anlegung eines künstlichen Darmausgangs steht die vierte Darm-Operation direkt an. Seit Beginn der Haft hat er das Essen eingestellt und nimmt ausschließlich Schmerz-Medikamente ein. Er hat demzufolge sieben Tage lang keinen Stuhlgang. Es geht ihm immer schlechter und einen Tag vor seiner geplanten Abschiebung blutet er auf der Zunge. Unterstützer:innen alarmieren die Öffentlichkeit und machen auf seine lebensbedrohliche Situation aufmerksam.

Tatsächlich wird er am Tag seiner geplanten Abschiebung ins Krankenhaus gebracht und ist somit aus der Haft entlassen.

Desmont O. lebt seit fünf Jahren in Nordrhein-Westfalen – zuvor war er in Italien gewesen, von wo aus er mit 250 Euro nach Deutschland weitergeschickt worden war.

Als er 2018 krank wurde, kam er ins Bethanien-Krankenhaus nach Moers und musste sich dort mehrmals komplizierten Darm-Operationen unterziehen. Trotz dieser gesundheitlichen Probleme schloss er einen zweijährigen Deutschkurs mit dem Ergebnis A2 erfolgreich ab und arbeitete zwei Jahre lang als Pflegekraft in einem Krankenhaus in Xanten.

Ab August 2022 begann er eine Ausbildung zum Koch in einem Altenheim. Nach Entlassung aus der Haft kann er diese Ausbildung fortsetzen.

Eine Abschiebung nach Nigeria hätte ihn in akute Lebensgefahr gebracht, weil dort die medizinischen Möglichkeiten für ihn gar nicht existieren.

*Aktion Bleiberecht 28.11.22;
Aktion Bleiberecht 30.11.22;
Bericht des Betroffenen*

24. November 22

Parchim im Landkreis Ludwigslust-Parchim in Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird eine geflüchtete Person von einer anderen Person angegriffen und geschubst. Der Betroffenen wird danach die Wohnungstür in den Rücken gestoßen.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS MeckPom 8/2077;
BT DS 20/5773*

24. November 22

Hansestadt Hamburg – Erstaufnahme-Einrichtung Harburger Poststraße. Gegen 2.45 Uhr klopfen Mitarbeiter:innen des Amtes für Migration und Beamten der Polizei in der 5. Etage an die Zimmertür eines 19 Jahre alten afghanischen Flüchtlings. Seine Rückschiebung nach Kroatien – entsprechend dem Dublin-Verfahren – steht an.

Das Zimmer ist leer und im offenen Fenster sind zusammengeknottete Bettlaken zu sehen. Ein Wachmann der Einrichtung beobachtet, wie der 19-Jährige aus dem Fenster in die Tiefe stürzt. Kurze Zeit später wird er schwer verletzt circa 10 Meter unter seinem Fenster auf einem Vordach entdeckt und kann dann von der Feuerwehr mit einer Drehleiter geborgen werden. Er kommt mit einem Rettungswagen ins Krankenhaus.

*taz 25.11.22; HA 25.11.22;
Hamburg 1 24.11.22*

26. November 22

Landeshauptstadt Magdeburg in Sachsen-Anhalt. Eine sechsköpfige Familie aus Syrien wird gegen 19.00 Uhr im Allee-Center (Supermarkt) von einem deutschen Paar rassistisch beleidigt – es entsteht eine verbale Auseinandersetzung. Plötzlich werden die Betroffenen (im Alter von 0 bis 41 Jahren) auch körperlich angegriffen, bespuckt und weiter angepöbelt.

Die Polizei wird gerufen und beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung. Das aggressive Paar kann schließlich nicht ermittelt werden.

*Polizei magdeburg 28.11.22;
Magdeburg-Klickt.de 28.11.22;
LT DS SaAnh 8/2236*

November 22

Erzgebirgskreis im Bundesland Sachsen. In einer Gemeinschaftsunterkunft unternimmt ein 31 Jahre alter Bewohner aus dem Iran einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/12006

November 22

Erzgebirgskreis im Bundesland Sachsen. In einer Gemeinschaftsunterkunft unternimmt ein 49 Jahre alter Bewohner aus dem Irak einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/12006

November 22

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Gemeinschaftsunterkunft unternimmt ein 28 Jahre alter Bewohner aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/12006

November 22

Neustadt im hessischen Landkreis Marburg-Biedenkopf. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt in der Erstaufnahmeeinrichtung ein 32 Jahre alter Geflüchteter aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Selbstverletzung.

LT DS Hessen 20/10627

November 22

Baden-Württemberg. Im Ankunftszentrum Heidelberg für Asylbewerber:innen unternimmt eine 43 Jahre alte Frau aus Nordmazedonien einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

November 22

Baden-Württemberg. In der Landeserstaufnahmeeinrichtung Karlsruhe für Asylbewerber:innen (Christian-Griesbach-Haus) unternimmt ein 20 Jahre alter Mann aus Guinea einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

November 22

Landkreis Karlsruhe in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen (AU) unternimmt eine 31 Jahre alte Frau aus der Türkei einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

November 22

Landkreis Hohenlohe in Baden-Württemberg. In einer Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 54 Jahre alter Mann aus Palästina einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

November 22

Landkreis Heidenheim in Baden-Württemberg. In einer Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt eine 57 Jahre alte Frau aus der Ukraine einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

November 22

Landkreis Ravensburg in Baden-Württemberg. In einer Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 36 Jahre alter Mann aus Mazedonien einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

November 22

Landkreis Offenburg in Baden-Württemberg. In einer Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 25 Jahre alter Mann aus Gambia einen Suizid.

LT DS BaWü 17/4875

November 22

Deggendorf im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Aserbaidschan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/27961

November 22

Hengersberg im bayerischen Landkreis Deggendorf. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Syrien einen Suizidversuch durch Sturz aus einer Höhe.

LT DS Bayern 18/27961

November 22

Ortenburg im bayerischen Landkreis Passau. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Georgien einen Suizid durch Sturz aus einer Höhe.

LT DS Bayern 18/27961

November 22

Roding im bayerischen Landkreis Cham. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus dem Iran einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/27961

November 22

Erlangen im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Syrien einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/27961

November 22

Würzburg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Somalia einen Suizidversuch durch Sturz aus einer Höhe.

LT DS Bayern 18/27961

November 22

Kreisstadt Bad Kissingen im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Guinea einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/27961

2. Dezember 22

Velten – Brandenburg. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/5773

3. Dezember 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Neuer Deich gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10550

4. Dezember 22

Landkreis Altötting im Bundesland Bayern. Kurz vor Burgkirchen an der Alz endet die hochdramatische Fahrt eines Fluchtfahrzeugs.

Bereits in Freilassing (Landkreis Berchtesgadener Land) war der Bundespolizei ein Kombi aufgefallen, der mit deutlich überhöhter Geschwindigkeit über die Saalbrücke in Richtung Stadtmitte fuhr. Mit Blaulicht und Anhaltesignalgebern nahmen die Polizeibeamt:innen die Verfolgung auf, jedoch beschleunigte der Kombi und raste mit 150 km/h in Richtung

Laufen davon. Der Fahrer durchfuhr den Ort mit immer noch 100 km/h, touchierte den rechten Fahrbahnrand und erreichte die Bundesstraße 20. Trotz starken Nebels und niedriger Außentemperaturen raste der Wagen mit knapp 220 km/h in Richtung Tittmoning (Landkreis Traunstein) weiter. Auf der Strecke von Tittmoning nach Burgkirchen verlor der Fahrer die Kontrolle, verunglückte und der Wagen landete in einem Feld.

Der 48 Jahre alte Fahrer aus Syrien kann noch am Fahrzeug festgenommen werden. Ein flüchtender 18-jähriger Palästinenser wird von Beamt:innen eingeholt und letztlich nach Österreich zurückgeschickt.

Auf der Rücksitzbank befinden sich drei Syrer im Alter von 12 bis 16 Jahren und im Kofferraum wird noch ein 14-Jähriger aus Syrien vorgefunden – alle sind unverletzt. Der Fahrer steht – laut Drogentest - unter dem Einfluss von THC (Cannabis) – er kommt in Untersuchungshaft und wird sich wegen Einschleusens von Ausländern unter lebensgefährlichen Bedingungen, Einschleusung von minderjährigen unbegleiteten Ausländern, Gefährdung des Straßenverkehrs sowie Führen eines Autos unter Einfluss berauschender Mittel verantworten müssen.

Die vier Jugendlichen werden in die Obhut des zuständigen Jugendamtes gegeben. (siehe auch: 12. Januar 22)

*Berchtesgadener Anzeiger 6.12.22;
PNP 7.12.22*

6. Dezember 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Unterbringung minderjähriger Ausländer:innen (UmA) Feuerbergsstraße gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10550

8. Dezember 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Erstaufnahme-Einrichtung (EA) Neuer Hölftigbaum gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10550

12. Dezember 22

Der 32 Jahre alte Abdullohi Shamsiddin aus Dortmund soll über München nach Duschanbe (Tadschikistan) abgeschoben werden. In seiner Verzeiflung und Panik schlägt er seinen Kopf so hart gegen eine Wand, dass sein Nasenbein bricht. Die Abschiebung wird ausgesetzt und er kommt – nach medizinischer Versorgung – ins Abschiebegefängnis Büren (Nordrhein-Westfalen).

Der Vater zweier Söhne im Alter von neun Monaten und drei Jahren, war im Jahre 2009 nach Deutschland geflüchtet und hatte Asyl beantragt. Er befürchtet nach einer Abschiebung Folter und Inhaftierung in Tadschikistan.

Tadschikische Menschenrechtler:innen in Europa, den USA und zahlreiche Menschen in Dortmund protestieren gegen die geplante Abschiebung von Abdullohi Shamsiddin.

Tadschikistan ist einer der repressivsten Staaten der Welt. Seit mehr als dreißig Jahren herrscht dort Emomali Rachmon, der Oppositionelle und ihre Verwandten verfolgen lässt und die Pressefreiheit unterdrückt, indem Journalist:innen in Haft kommen. Es gibt Hunderte politische Gefangene, Folter, Schauprozesse und Tötungen friedlicher Demonstrant:innen – auch Auftragsmorde an Oppositionellen, die ins Exil flohen.

Abdullohi Shamsiddin ist der Sohn eines bekannten Oppositionspolitikers, der Führungsmitglied der in Tadschikien

tan verbotenen Islamischen Partei der Wiedergeburt (IPWT) ist. Dieser wurde in Deutschland, zusammen mit seiner Frau, als politisch verfolgt anerkannt – sie leben in Aachen. In Abwesenheit erfolgte seine Verurteilung im Herkunftsland zu einer Strafe von 15 Jahren Gefängnis.

Eine weitere Gefahr für Abdullohi Shamsiddin ist die Tatsache, dass seine nach religiösem Recht mit ihm verheiratete Frau, Sumaja Pirowa, eine Nichte von Muhiddin Kabiri ist, der wiederum Vorsitzender der IPWT ist. Auch dieser musste das Land verlassen, floh in die EU und wurde als Flüchtling anerkannt. Er gilt als größter Feind des Präsidenten Rachmon. Frau Pirowa bekam mit dieser Begründung in Litauen internationalen Schutz. Anträge auf Familienzusammenführung ignorierten die deutschen Behörden.

Auch Abdullohi Shamsiddin begründete seine Asylanträge mit seinen engen Verbindungen zur IPWT. Sie wurden abgelehnt wegen zunächst falscher Identitätsangaben und weil die Behörden die Vater-Sohn-Verwandtschaft nicht glaubten.

Ein Einzelrichter des Gelsenkirchener Verwaltungsgerichtes winkte im Januar 2023 in zwei Entscheidungen im Eilverfahren die Abschiebung durch – nach Aktenlage und ohne mündliche Verhandlung. Nur wenige Tage nach der Zurückweisung eines dritten Asylfolgeantrages durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Dabei glaubte das Gericht immer noch nicht an die Abstammung Abdullohi Shamsiddins von seinem Vater. Das Ergebnis eines selbst veranlassten DNA-Tests in Büren warten die Ämter nicht ab. Am 18. Januar 23 erfolgt seine Abschiebung.

Zunächst ist unbekannt, was dem 32-Jährigen passiert ist. Angehörige und Unterstützer:innen können ihn nicht erreichen. Offizielle Stellen wie die Generalstaatsanwaltschaft und der Innenminister bestreiten eine Inhaftierung, wissen angeblich auch nichts von einem Gefangenen mit dem Namen.

Es melden sich jedoch Augenzeug:innen, die berichten, dass Abdullohi Shamsiddin schon am Flughafen von tadschikischen Sicherheitskräften festgenommen wurde.

Erst Ende Januar kann er sich aus dem Gefängnis heraus melden. Er befindet sich in Duschambe in Untersuchungshaft unter menschenunwürdigen Bedingungen und wird u.a. auch vom Geheimdienst GKNB verhört.

Erst am 9. Februar gelingt es ihm, mit seiner Frau zu telefonieren.

Am 29. März 2023 wird Abdullohi Shamsiddin zu sieben Jahren Straftaft verurteilt. Der Vorwurf: er habe einen oppositionellen Social-Media-Post "geliked", was einem "Aufruf zum Extremismus" gleichkomme.

Es wird bekannt, dass Vertreter:innen der Deutschen Botschaft den Prozess in Duschambe beobachtet haben, und auch das Auswärtige Amt bestätigt die Verurteilung zu der langen Haftstrafe.

"Das Rahmon-Regime hat meinen Vater getötet, mich zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt und jetzt meinen Sohn Abdullohi zu 7 Jahren verurteilt", schreibt sein Vater auf Facebook.

Trotz alledem kooperieren die NRW-Behörden weiter mit dem Rachmon-Regime. Denn Anfang März 2023 ist erneut eine tadschikische Delegation bei der Zentralen Ausländerbehörde Essen zu Gast, um weitere Abschiebungen vorzubereiten.

Bei einer ersten Sammelanhörung im Juni 2022 in Essen sind nach Angaben der Bundesregierung von 34 vorgeladenen abgelehnten Asylbewerber:innen 25 als tadschikische Staatsbürger:innen identifiziert worden, sodass die tadschikische Botschaft Passersatzpapiere für die Abschiebungen ausstellen kann.

Unter ihnen war auch Abdullohi Shamsiddin. Trotz der drohenden Abschiebung sei er optimistisch gewesen, sagt eine Unterstützerin. Schließlich hätten die Behörden jetzt endlich gewusst, wer er wirklich sei.

Das Bundesaußenministerium berichtete vor kurzem, dass es in Tadschikistan keine Rechtsstaatlichkeit und keine unabhängige Justiz gibt und verwies auf Beweise für Folter in den Gefängnissen und die Inhaftierung von IRPR-Anhänger:innen.

*Abschiebungsreporting NRW 21.12.22;
Abschiebungsreporting NRW 25.1.23;
ai 10.3.23; FAZ 11.3.22;
BT DS 20/6291;
Abschiebungsreporting NRW 24.3.23;
Human Rights Watch 20.3.23;
Abschiebungsreporting NRW 8.5.22*

13. Dezember 22

Eberswalde in Brandenburg. Gegen 1.00 Uhr nachts klopfen zwei Polizist:innen in einer Gemeinschaftsunterkunft an eine Zimmertür und kündigen dem Bewohner, der die Tür öffnet, die sofortige Abschiebung in sein Herkunftsland Tschad an. Der Betroffene sagt "Nein" und schließt die Tür.

Eine halbe Stunde später stürmt eine Großeinheit Polizist:innen dasselbe Zimmer, sie schlagen mit einem Gegenstand auf den Mann ein, drücken ihn zu Boden und fesseln seine Hände und Füße mit Plastikbindern. Die Polizist:innen sollen ihm dabei etwas in den Bauch gespritzt haben, er wird daraufhin sofort bewusstlos und wacht erst wieder am Flughafen von Adis Abeba in Äthiopien auf. Bei ihm sind zwei deutsche Polizist:innen, die ihn der äthiopischen Polizei übergeben.

Von dieser wird er in ein Passagierflugzeug nach N'djamena (Tschad) gesetzt. Dort kommt er ohne Gepäck und Geld an und wird drei Stunden von der tschadischen Polizei verhört, bevor er freikommt. Zu seiner Familie, die mittlerweile in Niger lebt, kann er nicht, er ist vollkommen mittellos und kann sich die Reise nicht finanzieren.

Der Geflüchtete hatte vor der gewaltsamen Abschiebung neun Jahre in Deutschland gelebt und war auf der Suche nach einer neuen Arbeitsstelle, wofür er zuletzt bei der Ausländerbehörde eine Arbeitsgenehmigung beantragte. Doch anstatt seinen Antrag zügig zu bearbeiten, organisierten die Mitarbeiter:innen des Landkreises Barnim seine Abschiebung.

*Barnim solidarisch 19.12.22;
FRat Brbg, 19.12.22;
BT DS DS 20/5795*

Mitte Dezember 22

Kreisstadt Osnabrück – Bundesland Niedersachsen. In seinem fünfmonatigen Aufenthalt im Flüchtlingshaus Sedanstraße der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen (LAB) wird der Bewohner Syed S. mehrmals von Mitarbeiter:innen des privaten Sicherheitsdienstes tätlich angegriffen. In einem Falle erstattet er Anzeige bei der Polizei, mit genauester Beschreibung des Täters. Die Ermittlungen werden jedoch nach kurzer Zeit eingestellt, weil der Täter nicht gefunden wird.

Der 58 Jahre alte Syed S., Englischlehrer aus Pakistan, ist der Flüchtlingssprecher des mit über 630 Menschen eng belegten Hauses. Aufgrund seiner Funktion schreibt er viele Briefe an die Verwaltung, weil die Bewohner:innen die Zustände in dem Lager nicht mehr ertragen und sich dagegen wehren wollen.

Zusammen mit der Initiative No Lager Osnabrück geht er schließlich an die Öffentlichkeit. "Wie Tiere" werden wir dort gehalten, sagt er: "Es geht um mangelhaft und unzureichende Essensversorgung, respektlose und beleidigende Behandlung durch Mitarbeiter*innen im Lager, Bedrohungen und Gewalt

durch Sicherheitspersonal und die Ausbeutung geflüchteter Menschen im Rahmen der sogenannten 80-Cent-Jobs."

Monatelang ist der Schulunterricht für die Kinder ausgefallen, was die Verwaltung der LAB mit Überbelegung begründet. Trotz seiner gesundheitlich kritischen Situation aufgrund einer Krebserkrankung ist Syed S. sehr oft mit leerem Magen schlafen gegangen.

Syed S. hatte aufgrund seines offen praktizierten christlichen Glaubens in Pakistan seine Arbeit als Lehrer verloren und als er zum Christentum konvertierte, verstieß ihn seine Familie. Die Taliban hatten ihn entführt und misshandelt – Narben und ein Brandmal an den Armen zeugen von der Folter. Später musste er sich drei Jahre lang in einer Kirche verstecken, bevor es ihm gelang, aus dem Land zu fliehen.

Die erhoffte Freiheit und Sicherheit nach seinem Ankommen in Deutschland hat er – aufgrund der geschilderten Verhältnisse – noch nicht gefunden.

*FRat NieSa 14.12.22;
No Lager Osnabrück 14.12.22;
Hasepost 14.12.22;
NOZ 23.3.23*

15. Dezember 22

Sangerhausen im Landkreis Mansfeld-Südharz – Bundesland Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird ein 45 Jahre alter Geflüchteter aus Syrien in einem Jugendwohnheim im Ortsteil Wippra gegen 9.00 Uhr von einem 21-jährigen Mann angegriffen.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS SaAnh 8/2479;
BT DS 20/5773*

15. Dezember 22

Sangerhausen im Landkreis Mansfeld-Südharz – Bundesland Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung wird ein 45 Jahre alter Geflüchteter aus Syrien in einem Jugendwohnheim im Ortsteil Wippra gegen 9.00 Uhr von einem 21-jährigen Mann angegriffen.

Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS SaAnh 8/2479;
BT DS 20/5773*

15. Dezember 22

Schleswig-Holstein. Polizeipräsidium Itzehoe. Laut Auskunft des Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung hat sich ein 23 Jahre alter Geflüchteter aus Afghanistan mit einer Rasierklinge die Unterarme aufgeschnitten, um seine Abschiebung zu verhindern.

Sozialministerium S-H 1.6.23

15. Dezember 22

Wartenberg-Rohrbach – Rheinland-Pfalz. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/5772

16. Dezember 22

Bundesland Nordrhein-Westfalen. Ein Ehepaar mit drei minderjährigen Kindern wird vom Flughafen Düsseldorf nach Tirana (Albanien) abgeschoben. Die 17-jährige Tochter befindet sich in der 19. Schwangerschaftswoche und nach

Aussagen der Frauenärztin handelt es sich dabei um eine Risikoschwangerschaft. Sie ist geistig eingeschränkt und besuchte in Köln eine Förderschule.

Nach der Abschiebung kommt die Familie zunächst in einem Roma-Viertel der nordalbanischen Stadt Shkodra unter.

*KStA 17.1.22;
FRat Köln 29.3.23*

17. Dezember 22

Bützow im Landkreis Rostock in Mecklenburg-Vorpommern. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung werden vier Geflüchtete von zwei Personen verbal und körperlich attackiert.

Die Polizei beginnt Ermittlungen wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

*LT DS MeckPom 8/2077;
BT DS 20/5773*

21. Dezember 22

Gotha – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf Körperverletzung.

BT DS 20/5773

22. Dezember 22

Neubrandenburg im mecklenburg-vorpommerschen Landkreis Mecklenburgische Seenplatte. Die Polizei wird gegen 11.30 Uhr in die Gemeinschaftsunterkunft gerufen, weil eine dort wohnende Person ihren Suizid ankündigte.

LT DS MeckPom 8/2078

22. Dezember 22

Barth im mecklenburg-vorpommerschen Landkreis Vorpommern-Rügen. Die Polizei wird gegen 5.20 Uhr in die Gemeinschaftsunterkunft gerufen, weil eine dort wohnende Person ihren Suizid ankündigte.

Die Person kommt zur Versorgung ins Krankenhaus.

LT DS MeckPom 8/2078

25. Dezember 22

Schmölln – Thüringen. Laut Auskunft der Bundesregierung kommt es zu einem tätlichen Angriff auf einen oder mehrere Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkunft oder Wohnung. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts auf gefährliche Körperverletzung.

BT DS 20/5773

26. Dezember 22

Friedland im mecklenburg-vorpommerschen Landkreis Mecklenburgische Seenplatte. Gegen 22.00 Uhr bricht in einer Wohnung der dritten Etage einer kommunalen Gemeinschaftsunterkunft ein Feuer aus. In dem Haus mit acht Wohnungen leben 46 Geflüchtete aus Afghanistan, Lybien und Syrien. Die Feuerwehr ist mit fast 60 Einsatzkräften vor Ort, um den Brand zu löschen. Über eine Drehleiter werden zwölf Personen aus der über der in Brand stehenden Wohnung gerettet.

Durch die starke Rauchentwicklung erleiden drei Erwachsene und acht Kinder Verletzungen. Zwei der Kinder und eine Erwachsene haben die afghanische Staatsangehörigkeit, sechs Kinder und ein Erwachsener sind in Lybien geboren, aber zur Zeit staatenlos. Ein Erwachsener hat die syrische Staatsangehörigkeit. Dieser kann vor Ort von den Rettungskräften ausreichend versorgt werden, während die anderen Verletzten mit Atembeschwerden und dem Verdacht auf Rauchgasvergiftung ins Krankenhaus kommen.

Die acht Wohnungen sind durch den Brand und das Löschwasser vorerst nicht bewohnbar – eine Wohnung ist komplett zerstört. Später kommen die Bewohner:innen in eine Unterkunft nach Neubrandenburg.

Zwei Familien kommen kurz danach nach Friedland zurück, da sie in Neubrandenburg erneut Opfer eines Anschlags auf ihre dortige Unterkunft wurden. Laut Polizei sei ein Gegenstand in ein Fenster geworfen worden – Augenzug:innen sprechen von einem Böller.

Über einen Monat später, im Februar 2023, steht fest, dass das Feuer in Friedland durch Brandstiftung verursacht wurde. Die Staatsanwaltschaft nimmt Ermittlungen auf.

*ndr 27.12.22; OZ 27.12.22;
Welt 28.12.22; TS 28.12.22;
NK 28.12.22; NK 31.12.22;
NK 1.2.23*

27. Dezember 22

Leipzig im Bundesland Sachsen. In einer Aufnahmeeinrichtung unternimmt eine 13 Jahre alte Bewohnerin aus Afghanistan einen Suizidversuch. Am 31. Dezember verletzt sie sich erneut.

LT DS Sachsen 7/12006

27. Dezember 22

Hansestadt Hamburg. Feuerwehr und Polizei werden in die Flüchtlingsunterkunft (örU) Weidengrasweg gerufen, weil eine dort wohnende Person einen Selbsttötungsversuch unternimmt.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10799

31. Dezember 22

Halberstadt im Landkreis Harz – Bundesland Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landes- und Bundesregierung kommt es gegen 21.00 Uhr auf der Straße zu einem Angriff auf einen 24-jährigen Geflüchteten aus Afghanistan, der dabei verletzt wird.

Die Polizei leitet Ermittlungen wegen des Verdachts auf Körperverletzung ein.

*LT DS SaAnh 8/2479;
BT DS 20/5773*

Dezember 22

Kassel im Bundesland Hessen. Die Familie Rahimi aus Afghanistan kämpft seit sechs Jahren um die Einreise ihres zehnjährigen Sohnes Emran.

Herr Rahimi war bereits 2015 alleine aus Afghanistan geflüchtet, weil er für die damalige Regierung in Korruptionsfällen ermitteln sollte und daraufhin von Taliban-Angehörigen bedroht worden war. Er hatte in Deutschland Asyl beantragt, was jedoch abgelehnt wurde.

2016 wurde eine schwere Krebserkrankung der dreijährigen Tochter festgestellt und mit Unterstützung einer Hilfsorganisation gelang es, die medizinische Behandlung des Kindes in Deutschland durchzusetzen. Jedoch allein die Mutter durfte mitreisen, der vierjährige Emran musste als "Pfand für ihre Rückkehr" bei den Großeltern zurückgelassen werden.

Da die medizinische Behandlung und Begleitung der Tochter über die Jahre fortgesetzt werden musste, bemühten sich die Eltern intensiv, die Erlaubnis zu bekommen, den Jungen nach Deutschland kommen zu lassen.

Inzwischen wohnt Emran seit einem halben Jahr mit seinem Großvater in Pakistan, damit von hier aus ein Visum bei der Deutschen Botschaft beantragt werden kann.

Sogar seine Mutter reiste im vergangenen August dorthin, um ihren Sohn zu unterstützen. Sie musste aber ohne ihn wieder abreisen.

Frau Rahini leidet unter Epilepsie, einer Krankheit, die sich durch die jahrelange traumatisierende Trennung von ihrem Sohn zunehmend verschlechtert.

*BM 1.1.22;
FRat Hessen 4.1.22;
BM 28.12.22*

Dezember 22

Zwickau im Bundesland Sachsen. In einer Gemeinschaftsunterkunft unternimmt ein 28 Jahre alter Bewohner aus Indien einen Suizidversuch.

LT DS Sachsen 7/12006

Dezember 22

Gießen im Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt in der Erstaufnahmeeinrichtung ein 19 Jahre alter Geflüchteter aus Kuwait einen Suizidversuch.

LT DS Hessen 20/10627

Dezember 22

Gießen im Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung unternimmt in der Erstaufnahmeeinrichtung ein 19 Jahre alter Geflüchteter aus Kuwait einen Suizidversuch.

LT DS Hessen 20/10627

Dezember 22

Landkreis Rastatt in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen (AU) unternimmt eine 14-jährige Jugendliche aus der Ukraine einen Suizid.

LT DS BaWü 17/4875

Dezember 22

Landkreis Ludwigsburg in Baden-Württemberg. In einer Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt eine 32 Jahre alte Frau aus Indien einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

Dezember 22

Landkreis Ludwigsburg in Baden-Württemberg. In einer Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 30 Jahre alter Mann aus Nigeria einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

Dezember 22

Stadt Ludwigsburg in Baden-Württemberg. In einer Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt eine 31 Jahre alte Frau aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

Dezember 22

Zolling im bayerischen Landkreis Freising. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Nigeria einen Suizid durch Erhängen.

LT DS Bayern 18/27961

Dezember 22

Oberviechtach im bayerischen Landkreis Schwandorf. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Armenien einen Suizidversuch durch Erhängen.

LT DS Bayern 18/27961

Dezember 22

Ebersdorf im bayerischen Landkreis Coburg. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Afghanistan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/27961

Dezember 22

Rehau im bayerischen Landkreis Hof. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus dem Irak einen Suizidversuch durch Vergiftung/Verätzung.

LT DS Bayern 18/27961

Dezember 22

Augsburg im Bundesland Bayern. In einer Flüchtlingsunterkunft unternimmt eine Person aus Kasachstan einen Suizidversuch durch Schnitt- oder Stichverletzung.

LT DS Bayern 18/27961

Im Jahre 2022

Nach Auskunft der Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales haben sich 19 Geflüchtete selbst verletzt oder versucht, sich umzubringen.

(Eine Selbstverletzung ist hier bereits dokumentiert)

Abgeordnetenhaus Berlin 19/14848

Im Jahre 2022

Sachsen-Anhalt. Laut Auskunft der Landesregierung gab es einen Suizid eines geflüchteten Menschen aus Afghanistan.

LT DS Sa.Anh 8/1344

LT DS Sa.Anh 8/2496

Im Jahre 2022

Landeshauptstadt Magdeburg im Bundesland Sachsen-Anhalt. In einer Wohnung verletzt sich eine geflüchtete Person selbst oder versucht, sich zu töten.

Die Person kommt ins Krankenhaus zur stationären Behandlung, wird nach einer Woche entlassen und die Therapie wird ambulant fortgesetzt.

LT DS Sa.Anh 8/1344

Im Jahre 2022

Landeshauptstadt Magdeburg im Bundesland Sachsen-Anhalt. In einer Gemeinschaftsunterkunft verletzt sich eine geflüchtete Person selbst oder versucht, sich zu töten.

Die Person kommt ins Krankenhaus zur stationären Behandlung, wird nach drei Wochen entlassen und die Therapie wird ambulant fortgesetzt.

LT DS Sa.Anh 8/1344

Im Jahre 2022

Coswig im Landkreis Wittenberg – Bundesland Sachsen-Anhalt. In einer Wohnung verletzt sich eine geflüchtete Person selbst oder versucht, sich zu töten.

Die Person kommt ins Krankenhaus zur stationären Behandlung, wird nach der Entlassung durch Einbindung der Hausarzt-Praxis und Klinik anlassbezogen und fortlaufend weiter behandelt.

LT DS Sa.Anh 8/1344

Im Jahre 2022

Magdeburg im Bundesland Sachsen-Anhalt. In der Landesaufnahme-Einrichtung geschehen drei Selbstverletzungen durch eine oder mehrere geflüchtete Personen.

Jedesmal erfolgt die Erstversorgung durch eine Rettungswagen-Besatzung mit anschließender Einlieferung ins Krankenhaus zur stationären Behandlung.

LT DS Sa.Anh 8/1344

Im Jahre 2022

Magdeburg im Bundesland Sachsen-Anhalt. In der Zentralen Aufnahmestelle (ZASt) verletzt sich eine geflüchtete Person selbst oder versucht, sich zu töten.

Es erfolgt die Erstversorgung durch eine Rettungswagen-Besatzung mit anschließender Einlieferung ins Krankenhaus zur stationären Behandlung.

LT DS Sa.Anh 8/1344

Im Jahre 2022

Schleswig-Holstein. Laut Auskunft des Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung haben sich in 42 Fällen Bewohner:innen von Gemeinschaftsunterkünften für Asylbewerber:innen selbst verletzt oder versucht, sich zu töten.

Sozialministerium S-H 1.6.23

Im Jahre 2022

Hansestadt Hamburg. In den öffentlich-rechtlichen Unterbringungen und Unterkünften mit der Perspektive Wohnen, die von Fördern & Wohnen AöR (F&W) verwaltet werden, kam es zu 26 Suizidversuchen. Davon sind hier bereits 11 Geschehnisse einzeln dokumentiert.

Weitere acht Suizidversuche und ein Suizid fanden in Wohnunterkünften statt.

In der Clearingstelle Erstversorgung des Landesbetriebs Erziehung und Beratung (LEB) unternahm eine jugendliche Person einen Suizidversuch.

Hamburgische Bürgerschaft DS 22/10550

Im Jahre 2022

Bundesland Niedersachsen. Das Innenministerium teilt mit, dass an den Standorten und Außenstellen der Landesaufnahmebehörde (LAB), wie Bad Fallingb., Oldenburg, Braunschweig, Osnabrück, von zwei Frauen und fünf Männern im Alter von 20 bis 47 Jahren insgesamt sieben Suizidversuche unternommen wurden. Die Herkunftsregionen der Betroffenen sind der Nahe Osten, der Kaukasus, der Balkan und die Ukraine.

Innenministerium NieSa 5.6.23

Im Jahre 2022

Bundesland Niedersachsen. Das Innenministerium teilt mit, dass in Gemeinschaftsunterkünften in den Landkreisen Cloppenburg, Diepholz, Schaumburg und der Region Hannover von zwei Frauen und drei Männern im Alter von 17 bis 32 Jahren Suizidversuche unternommen wurden. Das geschah durch Einnahme von Tabletten und Schnittverletzungen mit Messern. Die Herkunftsregionen der Betroffenen sind der Mittlere Osten, Südamerika, der Balkan und Südasiens.

Innenministerium NieSa 5.6.23

Im Jahre 2022

Bundesland Niedersachsen. Das Innenministerium teilt mit, dass sich in dezentralen Wohnungen oder Wohngemeinschaften zwei Asylbewerber:innen selbst töteten und eine Person einen Suizidversuch unternahm.

Innenministerium NieSa 5.6.23

Im Jahre 2022

Bundesland Niedersachsen. Das Innenministerium teilt mit, dass sich während ihrer Abschiebung fünf abgelehnte Asylbewerber im Alter von 24 bis 58 Jahren selbst verletzen. Das geschah in Braunschweig, Harsum, Ilsede, Wardenburg und am Frankfurter Flughafen. Sie alle kamen dann entweder in ein Krankenhaus oder in ihre Wohnungen zurück. Die Herkunftsregion der Betroffenen ist der Nahe Osten.

Innenministerium NieSa 5.6.23

Im Jahre 2022

Bundesland Niedersachsen. Das Innenministerium teilt mit, dass eine geflüchtete Person in Göttinger Polizeigewahrsam einen Suizidversuch unternahm.

Innenministerium NieSa 5.6.23

Im Jahre 2022

Bundesland Niedersachsen. Das Innenministerium teilt mit, dass eine geflüchtete Person in Polizeigewahrsam während ihrer Abschiebung einen Suizidversuch unternahm.

Innenministerium NieSa 5.6.23

Im Jahre 2022

Bundesland Niedersachsen. Das Innenministerium teilt mit, dass ein Asylbewerber in Hannoveraner Polizeigewahrsam einen Suizidversuch unternahm.

Innenministerium NieSa 5.6.23

Im Jahre 2022

Bundesland Niedersachsen. Das Innenministerium teilt mit, dass es in der Abschiebehaft-Abteilung Langenhagen der JVA Hannover einen Suizidversuch einer gefangenen Person gab.

Innenministerium NieSa 5.6.23

Im Jahre 2022

Bundesland Niedersachsen. Das Innenministerium teilt mit, dass sich eine gefangene Asylbewerberin in der JVA Vechta und ein Asylbewerber in der JVA Sehnde selbst töteten. Das geschah durch Strangulationen mit einem Bettlaken und einer Schnur. Die Verstorbenen sind 32 und 34 Jahre alt. Ihre Herkunftsregionen sind der Nahe Osten und das europäische Ausland.

Innenministerium NieSa 5.6.23

Im Jahre 2022

Bundesland Niedersachsen. Das Innenministerium teilt mit, dass in der JVA Sehnde und JVA Wolfenbüttel von drei gefangenen Geflüchteten im Alter von 22 bis 33 Jahren Suizidversuche unternommen wurden. Das geschah mit Schnittverletzungen an den Armen und durch Strangulationen mit verknoteten Socken oder Bettlaken. Die Herkunftsregionen der Betroffenen sind der Nahe Osten und Afrika.

Die Gefangenen kamen nach ihrem Aufenthalt in einem öffentlichen Krankenhaus zurück in die Justizvollzugsanstalten und wurden dort in einem "besonders gesicherten Haftraum ohne gefährdende Gegenstände" unter Kamera-Überwachung untergebracht und medizinisch, psychiatrisch bzw. psychologisch begleitet.

Innenministerium NieSa 5.6.23

Im Jahre 2022

Bundesland Niedersachsen. Das Innenministerium teilt mit, dass es in einer Kommune einen Suizidversuch einer geflüchteten Person gab, die nicht in Besitz einer Arbeits- oder Ausbildungslaubnis war.

Innenministerium NieSa 5.6.23

Im Jahre 2022

Trier im Bundesland Rheinland-Pfalz. Laut Auskunft der Landesregierung kam es in der hiesigen Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA) bei den Bewohner:innen zu sechs Suizidversuchen beziehungsweise Selbstverletzungen.

LT DS RhPf 18/6023

Im Jahre 2022

Speyer im Bundesland Rheinland-Pfalz. Laut Auskunft der Landesregierung kam es in der hiesigen Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA) bei den Bewohner:innen zu einem Suizidversuch.

LT DS RhPf 18/6023

Im Jahre 2022

Kreisstadt Kusel im Bundesland Rheinland-Pfalz. Laut Auskunft der Landesregierung kam es in der hiesigen Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA) bei den Bewohner:innen zu einem Suizid und zwei Suizidversuchen.

LT DS RhPf 18/6023

Im Jahre 2022

Hermeskeil im Landkreis Trier-Saarburg – Bundesland Rheinland-Pfalz. Laut Auskunft der Landesregierung kam es in der hiesigen Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA) bei den Bewohner:innen zu drei Suizidversuchen beziehungsweise Selbstverletzungen.

LT DS RhPf 18/6023

Im Jahre 2022

Bitburg im Landkreis Bitburg-Prüm – Bundesland Rheinland-Pfalz. Laut Auskunft der Landesregierung kam es in der hiesigen Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA) bei den Bewohner:innen zu 12 Suizidversuchen beziehungsweise Selbstverletzungen.

LT DS RhPf 18/6023

Im Jahre 2022

Abschiebehafteneinrichtung Darmstadt-Eberstadt im Bundesland Hessen. Laut Auskunft der Landesregierung haben fünf Gefangene Suizidversuche unternommen – hinzu kommt ein Suizidversuch von einer Person, die in außerhessischer Zuständigkeit dort untergebracht war.

LT DS Hessen 20/10627

Im Jahre 2022

Landkreis Karlsruhe in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen (AU) unternimmt ein 30 Jahre alter Mann aus Algerien einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

Im Jahre 2022

Landkreis Karlsruhe in Baden-Württemberg. In einer Anschlussunterbringung für Asylbewerber:innen (AU) unternimmt eine 40 Jahre alte Frau aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

Im Jahre 2022

Landkreis Ludwigsburg in Baden-Württemberg. In einer Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 20 Jahre alter Mann aus dem Irak einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

Im Jahre 2022

Landkreis Lörrach in Baden-Württemberg. In einer Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt eine 14 Jahre alte Jugendliche aus dem Irak einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

Im Jahre 2022

Landkreis Lörrach in Baden-Württemberg. In einer Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 24 Jahre alter Mann aus Eritrea einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

Im Jahre 2022

Landkreis Lörrach in Baden-Württemberg. In einer Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 21 Jahre alter Mann aus Algerien einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

Im Jahre 2022

Landkreis Lörrach in Baden-Württemberg. In einer Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt eine 14 Jahre alte Jugendliche aus Turkmenistan einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

Im Jahre 2022

Landkreis Lörrach in Baden-Württemberg. In einer Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt eine 18 Jahre alte Frau aus Kosovo einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

Im Jahre 2022

Landkreis Lörrach in Baden-Württemberg. In einer Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt eine 21 Jahre alte Frau aus Syrien einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

Im Jahre 2022

Landkreis Lörrach in Baden-Württemberg. In einer Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 15 Jahre alter Jugendlicher aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

Im Jahre 2022

Landkreis Lörrach in Baden-Württemberg. In einer Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt eine 16 Jahre alte Jugendliche aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

Im Jahre 2022

Landkreis Lörrach in Baden-Württemberg. In einer Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt eine 20 Jahre alte Frau aus der Türkei einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

Im Jahre 2022

Landkreis Lörrach in Baden-Württemberg. In einer Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt eine 14 Jahre alte Jugendlicher aus der Ukraine einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

Im Jahre 2022

Landkreis Rottweil in Baden-Württemberg. In einer Unterbringung für Asylbewerber:innen unternimmt ein 35 Jahre alter Mann aus Afghanistan einen Suizidversuch.

LT DS BaWü 17/4875

Im Jahre 2022

Bundesland Thüringen. Nach Auskunft der Landesregierung kam es in kommunalen Unterkünften zu einem Suizid und 23 Suizidversuchen oder Selbstverletzungen bei Geflüchteten.

LT DS Thüringen 7/8553

Zusammenfassung des Jahres 2022

Mindestens zwei Personen starben auf dem Wege in die BRD oder an den Grenzen, 59 Geflüchtete verletzten sich auf dem Wege in die BRD oder an den Grenzen.

26 Menschen töteten sich selbst angesichts ihrer drohenden Abschiebung oder starben beim Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen. Davon befanden sich zwei Personen in Haft.

Mindestens 470 Geflüchtete verletzten sich selbst oder versuchten sich umzubringen und überlebten z.T. schwer verletzt. Davon befanden sich 24 Personen in Haft.

Sechs Geflüchtete wurden durch Zwangsmaßnahmen oder Mißhandlungen während der Abschiebung verletzt.

Drei Geflüchtete wurden nach der Abschiebung mißhandelt oder hilflos sich selbst überlassen. Eine Irakerin wird direkt in Rumänien inhaftiert, dann verliert sich ihre Spur.

Bei Maßnahmen wie Abschiebungen, Festnahmen, in der Haft, in Behörden oder auf der Straße durch Polizei, anderes Bewachungspersonal oder Verantwortliche wurden 20 Geflüchtete verletzt. Davon befanden sich zwei Personen in Haft. Drei Geflüchtete starben durch Polizeikugeln und ein Mann durch Polizeigewalt.

Ein Geflüchteter starb durch unterlassene Hilfeleistung in seiner Unterkunft.

Bei Bränden und Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte und durch sonstige Umstände in Lagern wurden 15 Personen z.T. erheblich verletzt oder erkrankten.

Bei rassistischen Attacken im öffentlichen Bereich wurden 333 Geflüchtete tätlich angegriffen und dabei z.T. schwer verletzt. Eine Person erlag den schweren Verletzungen.